

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 14. Dezember 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Zusatzen in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummernzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Kreis- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (täglich 2-fachgedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzeilige und Schloßzeilenmanipulationen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die neue Duma.

Es gibt, Preußen natürlich ausgenommen, kein europäisches Land, in dem der Wille des Volkes bei den Wahlen so verzerrt und gefälscht wird wie in Rußland. Ein krasses Beispiel dafür ist die kürzlich zusammengesetzte vierte Reichsduma. Obwohl sich der Wille des Volkes bei den Wahlen unabweisbar gegen das herrschende Regierungssystem gewendet hat, ist die neue Duma, dank dem Wahlgesetz des Staatsreichs und den infamen Wahlpraktiken der Regierung, nach ihrer Zusammensetzung nur berufen, ein gehorames Instrument des kleinen Häufleins der Privilegierten und Bestehenden zu sein, das seit der Niederwerfung der Revolution die Volksvertretung als eines seiner wichtigsten Unterdrückungsmittel betrachtet. Schon ein Blick auf das Stärkeverhältnis der verschiedenen Klassen und Stände im Reich und in der Volksvertretung zeigt, in welchem klaffenden Widerspruch diese beiden Faktoren zu einander stehen. Die Ungenauigkeit der russischen Bevölkerungsstatistik und die Unrichtigkeit des Wahlgesetzes, das die verschiedenen Kurien durcheinander würfelt, macht einen genauen Vergleich unmöglich. Annähernd ergibt sich aber folgendes Bild:

Klasse	Stärke der einzelnen Klassen und Stände in Prozenten	Ihre Vertretung in der Duma
Großgrundbesitz	0,5	49
Geistlichkeit	0,5	11
Großbürgertum	1	15
Mittel- und Kleinbürgertum	10	10
Arbeiter und Angestellte	11	3
Bauernschaft	77	12

Nicht man noch in Betracht, daß die Vertretung der Bauernschaft von dem Junkertum und der Administration nach ihrem Gutdünken ernannt worden ist, daß ferner die Geistlichkeit als gehorame Kolonne mit dem Junkertum marschiert, so gewinnt man ein ziemlich deutliches Bild von der Stärke der einzelnen Bevölkerungsklassen in der Duma. Im großen und ganzen kann man sagen, daß Junkertum, Geistlichkeit und Großbourgeoisie die überwältigende Mehrheit in der neuen Duma haben, und daß die Demokratie eine winzige Minderheit in ihr bildet. Diese Schlussfolgerung ist ausschlaggebend für die Bewertung des sozialen Kräfteverhältnisses in der Duma, das bei allen einschneidenden politischen und sozialen Reformen in die Erscheinung treten wird. Will man aber neben dieser fundamentalen Tatsache auch die Verschiebungen in der sozialen Struktur der herrschenden Klassen und die beginnenden Mächtigkeitsverschiebungen kennen lernen, so müssen neben den Ergebnissen der letzten Wahlen auch die Parteiverhältnisse in der neuen Duma einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Nichts ist so bezeichnend für die russischen Volksvertretungen von Staatsreichs Gnaden, wie die politische Formlosigkeit und Fluktuation im Lager der Regierungsparteien. Während die Linksparteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Progressisten, sich durch ihre straffe Geschlossenheit dem Typus der politischen Parteien Westeuropas nähern, herrscht in der Mitte und auf der Rechten der Duma ein heilloser Wirrwarr, der namentlich beim Beginn der Session alle Grenzen zwischen den Parteien verwischt. Da gibt es Oktoberisten und rechtes Zentrum, Rationalisten, gemäßigte Rechte und extreme Rechte. Abgesehen von einem Teile der Oktoberisten, gibt es zwischen allen diesen Elementen keinen nennenswerten Unterschied. Es sind die bezahlten Vertreter der junkerlich-kerksalen Reaktion, durch Welter- und Protektionswirtschaft an den Wogen der Regierung geschmiebt, die den Monarchismus und Nationalismus — ihre wichtigsten Schlagworte und Losungen — nur soweit anerkennen, als sie mit ihrer Hilfe die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft des Großgrundbesitzes aufrecht zu erhalten vermögen. In der vorigen Duma bedurften die Rechtsparteien noch eines Puffers zwischen sich und den bürgerlichen Oppositionsparteien. Als eine solche Partei nahm die Oktoberistenpartei, die auf dem Boden der Revolutionsfurcht einen Bloß der städtischen Großbourgeoisie und des Landadels herzustellen suchte, eine führende ausschlaggebende Stellung ein. Bei den letzten Wahlen jedoch suchten einerseits die Junkerpartei, der Konfessionen an die Oktoberisten münde, andererseits die zu einer größeren Selbstständigkeit gelangten Schichten des Großbürgertums die Oktoberistenpartei aus ihrer führenden Stellung herauszuwerfen. Diese, gleichzeitig von rechts und links erfolgte, Zerreibung des oktobristischen Duma-Zentrums ist eines der wichtigsten Ergebnisse der letzten Dumawahlen.

Die Parteiverhältnisse in der vierten Duma können zurzeit folgendermaßen gekennzeichnet werden: Auf der Rechten: 50 extreme Rechte, 85 Nationalisten, 35 rechtes Zentrum; in der Mitte: 100 Oktoberisten; auf den Linken: 37 Progressisten, 60 Kadetten, 20 Polen und Muselmänner, 20 Parteiloze, 7 radikale Bauernabgeordnete (Trudowiks) und 15 Sozialdemokraten. Im Vergleich mit der dritten Duma bedeutet das eine Erklarung des rechten wie des linken Flügels bei starker Abschwächung des führenden Zentrums. Wie schon die Wahlen des Präsidiums bewiesen haben, sind in der neuen Duma zwei Majoritäten möglich: die rechtsoktobristische (Rechte, Nationalisten und Oktoberisten), und die linksokto-

bristische (Oktoberisten und gemäßigte Opposition). Vorläufig sperren sich die Oktoberisten noch, sich unter das laudinische Joch der Rechtsparteien zu beugen, und benutzen die Unterstützung der liberalen Parteien, um trotz ihrer numerischen Schwäche die führende Rolle in der Duma zu spielen. Ob sie aber früher oder später nach rechts umfallen, ist politisch weniger bedeutungsvoll als die grundlegende Tatsache, daß das Schwinden des Gleichgewichts in der Duma ein Ergebnis desselben Prozesses ist, der die Oktoberistenpartei, die Trägerin des bürgerlich-agrarischen Bloßes, bei den Wahlen auf die Hälfte reduziert hat.

Dieser Prozeß kann nur kurz dahin charakterisiert werden, daß die sozialen und parteipolitischen Gegensätze im Lande im letzten Jahr fünf eine enorme Verschärfung erfahren haben. Die Dumawahlen sind insofern ungemein lehrreich gewesen, als sie eine Musterung der einzelnen Klassen nach ihrem politischen Betätigungsdrang, wie nach ihrem sozialen Gewicht gestatten. Das Proletariat hat sich von den Schlägen der Gegenrevolution erholt und steht mitten drin in einer intensiven wirtschaftlichen und politischen Aufwärtsbewegung; zahlreiche Schichten des städtischen Mittelstandes, namentlich das Heer der Angestellten, ist zu einem bedeutenden Teile dem Einfluß des Liberalismus entrissen, und in das Lager der Sozialdemokratie übergegangen; die soziale Basis des Liberalismus ist durch die Hineinziehung beträchtlicher Schichten des Großbürgertums breiter und fester geworden; nicht nur die Vertreter des Industrie- und Handelskapitals, denen die zügellose Herrschaft des Krantjunktums und der nationalistischen Satrapen in ihrer Entfaltung hinderlich ist, auch einzelne Schichten des landwirtschaftlichen Kapitals sind von den Oktoberisten zu den Progressisten oder Kadetten übergegangen. Die notwendige Folge dieser Linkskwendung der bürgerlichen Kreise, die namentlich in der Eroberung der ersten städtischen Kurie durch die liberalen Parteien zum Ausdruck gelangt ist, hat nicht nur zu einer Zerreibung des oktobristischen Zentrums, sondern auch zu einer Zuspitzung der Klassengegensätze im Lager der herrschenden Parteien geführt. Auf der einen Seite, bei den immer rücksichtsloser auftretenden Repräsentanten des aufstrebenden Kapitalismus, macht sich immer offenkundiger das Bestreben bemerkbar, mit den Ueberresten des Feudalismus, mit der politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft des rückständigen Agrarierentums aufzuräumen. Dieses jedoch klammert sich immer krampfhafter, obgleich seine soziale Basis, der Großgrundbesitz, mit jedem Jahre zusammenschmilzt, an seine politische Vormachtstellung, und scheuten sich nicht einmal, die als unantastbares Heilig-tum gepriesene Geistlichkeit zu den schmutzigen Wahlpraktiken zu benutzen, um diesmal noch einen Pyrrhussieg bei den Wahlen zu erkämpfen.

Es wäre töricht, wollte man an die geschilderten Verschiebungen im Lager der Herrschenden Hoffnungen für eine einschneidende Umgestaltung des russischen Staatswesens knüpfen. Jedenfalls lassen sich aber hieran dieselben Betrachtungen knüpfen, die Marx im Jahre 1855 hinsichtlich Englands nieder schrieb. „Alt und historisch — schrieb er — ist die Lehre, daß überlebte gesellschaftliche Mächte, nominell noch im Besitz aller Attribute der Gewalt, nachdem ihr Daseinsgrund längst unter ihren Füßen weggemobert — fortvegetierend, weil unter den Erben schon Gader über den Antritt der Hinterlassenschaft ausgebrochen ist — sich vor dem letzten Todeskampf noch einmal zusammenschließen, aus der Defensive in die Offensive übergehen, herausfordern statt auszuweichen und extremste Schlüsse aus Prämissen zu ziehen suchen, die nicht nur in Frage gestellt, sondern schon verurteilt sind.“ („Neue Zeit“, XXI, 1, S. 9.) Alle Anzeichen weisen jetzt in Rußland darauf hin, daß der hier so meisterhaft skizzierte Moment immer näher rückt. Die Offensive ist von den überlebten gesellschaftlichen Mächten in einem Augenblick ergriffen worden, wo ihre soziale Basis zusammenschrampt, und die Erben schon am Tore stehen und gebieterisch Einlaß begehren. Die vierte Duma wird in der Geschichte der politischen Entwicklung Rußlands bedeutungsvoll sein, da die sich immer mehr zuspitzenden Kämpfe in ihr sich spiegeln und als Ausgangspunkt dienen werden für den organisierten Kampf der revolutionären Kräfte im Lande.

Die Balkankrise.

Der Konsul Edl, der nach Serbien geschickt worden war, um die Angelegenheit Prochaska zu untersuchen, ist nach Wien zurückgekehrt und man wird ja jetzt bald erfahren, worin die Verletzungen des Völkerrechts bestehen, die die serbischen Soldaten begangen haben sollen. Die ursprünglichen Behauptungen von Vertreibung oder Verstümmelung des Konsuls sind heute schon als freche Lügen entlarvt, die höchstens noch den geistig schwerfälligen Lesern der „Deutschen Tageszeitung“ aufgetischt werden können. Wenn aber das Agrarierblatt so gar nicht erwarten kann, daß Oesterreich den Ehrenstandpunkt hervorhebt, so möchten wir es doch daran erinnern, daß gerade Bismarck es sehr scharf abgelehnt hat, internationale Fragen, bei denen Gut und Blut der Völker auf dem Spiele stehen, nach dem Söf-tinger Kommet und der Privatmenschen-Ehre aufzufassen.

In der Tat muß der Fall Prochaska auch ohne Krieg erledigt werden, sei es, daß die Serben vernünftig genug sind, falls Verletzungen des Völkerrechts vorgekommen sind, ausreichende Genugtuung zu geben, sei es, daß die Sache dem Haager Schiedsgericht überwiesen wird, das gerade für solche Fälle durchaus geeignet ist. Es ist bedauerlich, daß das österreichische Abgeordnetenhaus nicht den Mut gefunden hat, diese Lösung, die eine Resolution unserer Genossen verlangte, der Regierung vorzuschreiben. Daß es sich dabei wirklich um nichts Sozialdemokratisches handelte, beweist am besten die Tatsache, daß auch Prof. Lammasch, der in Oesterreich etwa dieselbe Stellung einnimmt wie bei uns Prof. Laband, gleichfalls für eine solche Erledigung eingetreten ist. Aus London wird übrigens gemeldet, Serbien sei bereit, Genugtuung zu geben.

Der Fall Prochaska.

Wien, 13. Dezember. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Refrutenvorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen. Eine Resolution des Sozialdemokraten Leuthner, daß der Fall Prochaska dem ständigen Haager Schiedsgericht unterbreitet werden solle, wurde abgelehnt. Sodann begann das Haus die Beratung des Pferdebestellungs-gesetzes.

Konsul Edl ist heute hier eingetroffen und hat sich bereits in das Ministerium des Äußeren begeben. Ueber die Veröffentlichung der Berichte verlautet noch nichts.

Die österreichischen Militärgesetze.

Wien, 13. Dezember. Der Justizauschuß, der gestern abend zu einer Spezialdebatte über die dritte Gruppe der Kriegslieferungsvorlagen zusammentrat, tagte heute früh noch fort. Der tschechisch-italische Dr. Hübschmann, der gestern abend gegen 10 Uhr, nachdem schon vor ihm eine Anzahl von Rednern gesprochen hatte, das Wort ergriff, beendete seine Rede erst heute früh 10 Uhr. Der Ausschuß nahm nach Beendigung der Spezialdebatte die dritte Gruppe der Kriegslieferungsvorlagen unverändert an und schloß dann um 7 Uhr früh nach dreizehnhündiger Dauer seine Sitzung.

Kämpfe bei Janina.

Athen, 13. Dezember. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgendes Communiqué: Da man es für zweckmäßig erachtete, daß ein Teil der bei Janina konzentrierten türkischen Truppen während eines gegen die Türken gerichteten Frontangriffs abgelenkt werden, landete die Armee von Epirus bei Santi Quaranta nordwestlich von Janina zwei Bataillone Infanterie und vier Kanonen und machte eine Diverfion, die vollkommen gelang. Sobald die Landung des griechischen Korps bemerkt worden war, wurden den Griechen von Janina acht türkische Bataillone mit zwei Batterien und zwei Belagerungs-schützen entgegengeschickt. Nach einem Scharmügel, das den Griechen ermöglichte, die Stärke der gegen sie kämpfenden Truppen festzustellen, kehrten die Griechen, ohne verfolgt zu werden, nach Santi Quaranta zurück und gingen in guter Ordnung mit allem Kriegsmaterial auf die wartenden Schiffe zurück. Sie wandten sich dann nach einem anderen Punkte der epirotischen Küste. Ihre Verluste betragen fünf Tote und zehn Verwundete, die an Bord der Schiffe gebracht wurden.

Ein amtliches Telegramm des Generals Sapunjakis meldet aus Pendepigadia, daß gestern abend eine allgemeine Offensive gegen die feindlichen Truppen begonnen wurde. Auf der ganzen Front der griechischen Linien wurde während des ganzen Tages erbittert gekämpft. Ohne besonderen Befehl warfen die Griechen die feindlichen Vorposten in wiederholten Angriffen mit dem Bajonett zurück und trieben den Feind bis nach den Befestigungen von Bezani, wo sich die griechische Armee lagerte. Dem Feinde wurden drei Schnellfeuergeschütze, eine große Menge Kriegsmaterial und eine große Zahl Beute abgenommen.

Eine griechisch-türkische Seeschlacht.

Konstantinopel, 13. Dezember. Das türkische Geschwader, das schon seit einigen Wochen in den Dardanellen unter Dampf lag, ist vorgestern Nacht aus der Meerenge ausgelaufen. Zwischen ihm und der im Archipel befindlichen griechischen Flotte ist ein Kampf im Gange.

Paris, 13. Dezember. Der Korrespondent des „Journal“ meldet aus Konstantinopel: Ein im Marineministerium eingetroffenes Telegramm besagt, daß der Kampf mit dem griechischen Geschwader begonnen habe. Das griechische Geschwader ist augenblicklich geteilt.

Die Balkanstaaten.

Paris, 12. Dezember. Der griechische Ministerpräsident Benizelos erklärte einem Mitarbeiter des „Tempo“: Ich bestreite nicht, daß zwischen den Balkanverbündeten mancherlei Probleme zu lösen sind, die durch die Großartigkeit unserer Erfolge verursacht wurden. Ich habe die Gewißheit, daß wir diese Probleme regeln werden, denn für die Verbündeten wäre ein Pruch oder eine Erkaltung der Solidarität weit schlimmer, als gegenseitige Jugeständnisse. Die dauernde Jungigkeit dieser Bündnisse ist für uns eine gemeinsame Notwendigkeit, wenn wir die erzielten Ergebnisse bewahren und uns die Achtung der Welt erhalten wollen.

Die Türkei und Griechenland.

London, 13. Dezember. Wie das Reutersche Bureau aus Konstantinopel erfährt, haben die türkischen Delegierten zur Friedenskonferenz die Weisung erhalten, Unterhandlungen mit den griechischen Delegierten vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes durch Griechenland abzulehnen.

Forderungen Rumäniens.

Bukarest, 13. Dezember. Im Senat hielt heute der neue Präsident Cantacuzene eine Rede, in der er ausführte, Rumänien könne, gestützt auf seine glänzende Finanzlage und seine mächtige Armee, mit Vertrauen der Entwidlung der Verhältnisse entgegensehen. Um eine ruhige Zukunft zu sichern, sei es notwendig, daß das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den europäischen Orientstaaten aufrechterhalten werde und daß die Brüder in Mazedonien das Recht erlangten, sich der rumänischen Sprache in Schule und Kirche zu bedienen und sich ihr geistliches Oberhaupt zu wählen. Bei diesen legitimen Ansprüchen könne die Regierung auf die unbedingte Mitwirkung der ganzen Nation rechnen.

Kommunale Kämpfe in Kiel.

Die Stadt Kiel hat in diesem Jahre schon drei wichtige kommunale Wahlen hinter sich, die von dem starken Einfluß der Sozialdemokratie in der Marinerestbezirk zeugen, nämlich eine Oberbürgermeisterwahl, die Stadtverordnetenwahlen und die Bürgermeisterrwahl. Die Stadtverordnetenwahlen brachten der Sozialdemokratie einen Zuwachs von 10 Mandaten und eine Stellung im Rathhaus, wie sie wohl nirgends in den anderen deutschen Großstädten die Sozialdemokratie besitzt. Die Stadtverordnetenversammlung in Kiel besteht aus 48 Stadtverordneten, davon sind jetzt 24 Sozialdemokraten. Alle kampfhaftesten Anstrengungen des geeinigten Bürgertums, die seit dem Beginn der Beteiligung der Kieler Sozialdemokratie an den Stadtverordnetenwahlen gemacht worden sind, um ihren Siegeslauf aufzuhalten, sind bisher gescheitert. Der Justuswall von 1200 W. wurde von der Sozialdemokratie niedergedrückt. Das Bestreben, Kiel außerhalb der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung zu stellen und der Stadt das Dreiklassenwahlrecht zu geben, wurde glänzend abgelehnt. Das Stimmenverhältnis zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum in den letzten vier Jahren hat sich immer mehr zugunsten der Sozialdemokratie verschoben. Die Sozialdemokratie mußte 1900: 7815, 1910: 10 496, 1911: 11 908, 1912: 12 089. Auf die Kandidaten des bürgerlichen Blocks fielen Stimmen: 1900: 8087, 1910: 8033, 1911: 9580, 1912: 9190. Am zweiten Wahltage 1912 sank die Stimmenzahl des Bürgertums sogar auf 8780.

Der Einfluß, den die Sozialdemokratie in der Kieler Kommunalpolitik ausübt, konnte nicht ohne Wirkung auf ihre Stellung zu den Magistratswahlen bleiben. In Schleswig-Holstein werden nämlich die Mitglieder des Magistrats einschließlich der Bürgermeister durch die wahlberechtigten Bürger gewählt, und zwar gilt dafür dasselbe Wahlrecht, das für die Stadtverordnetenwahlen gilt. Jeder ist wahlberechtigt in Kiel, der seit einem Jahre zu einem Einkommen von über 1200 W. eingeschätzt ist. Allerdings haben die Bürger nicht das freie Vorschlagsrecht der Kandidaten. Eine sogenannte Präsentationskommission, die aus sämtlichen Magistratsmitgliedern und einer gleichen Anzahl von Stadtverordneten besteht, hat der Bürgererschaft drei Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen. In dieser jeweiligen Präsentationskommission haben nun die sozialdemokratischen Vertreter immer reger mitgearbeitet und versucht, möglichst Kandidaten zur Präsentation zu bringen, die fortschrittlich und sozial gestimmt sind. Sie versuchten auch, wenn es sich um die Besetzung von unbeforderten Stadtratsposten handelte, einen Sozialdemokraten mit zur Präsentation zu bringen, doch wurde ihr Vorschlag immer von den bürgerlichen Stadtverordneten der Präsentationskommission und sämtlichen Magistratsmitgliedern niedergestimmt. Der letzte Wahlsieg bei den Stadtverordnetenwahlen und die Stellung, die dadurch die sozialdemokratische Fraktion einnimmt, verwickelte die Gründe für die Wahlbeteiligung bei den Magistratswahlen. Dazu kommt die Stellung des Magistrats unter der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung. Der Magistrat ist ein Kollegium, in dem alle Mitglieder gleichberechtigt sind, der Oberbürgermeister führt den Vorsitz, hat die Befehlsbefugnisse auszuführen und die Oberaufsicht über die städtische Verwaltung. Magistrat und Stadtverordnete beraten und beschließen in gemeinsamer Sitzung über alle Vorlagen, sobald sie aus dem Stadium der Vorberatungen heraus sind, wobei die Stadtverordneten auch in den Kommissionen mitwirken. Die Abstimmung erfolgt allerdings so, daß jedes Kollegium für sich getrennt abstimmt, erst das Stadtverordnetenkollegium, dann der Magistrat. Eine Vorlage gilt nur als angenommen, wenn sie sowohl bei den Stadtverordneten als auch bei dem Magistrat die Mehrheit findet.

Schon im April d. J., als das Oberbürgermeisteramt neu besetzt werden mußte, machte sich eine starke Strömung innerhalb unserer Partei für die Wahlbeteiligung geltend. Das Bürgertum hatte den zweiten Bürgermeister Lindemann für dieses Amt ausgetreten. Lindemann war aber im Frühjahr 1909, trotzdem er erst eben nach Kiel gekommen war, energisch für das Dreiklassenwahlrecht eingetreten. Die sozialdemokratische Wahlbeteiligung wäre auch sicher erfolgt und Lindemann nicht zum Oberbürgermeister gewählt worden, wenn er nicht auf die Anfragen, die die sozialdemokratischen Mitglieder der Präsentationskommission damals an alle drei Kandidaten gerichtet hatten, die schriftliche Antwort gegeben hätte, daß er gegen eine Jenseitserhöhung und gegen die Dreiklassenwahl sei. Weil die Sozialdemokratie nicht für Lindemann eintreten wollte, beschloß sie Wahlenthaltung, und so konnte das Bürgertum seinen Lindemann wählen.

Auch jetzt, bei der Besetzung des Amtes eines zweiten Bürgermeisters, hatten die sozialdemokratischen Mitglieder der Präsentationskommission an alle drei Kandidaten Fragen über ihre Stellung zum Schleswig-Holsteinischen Kommunalwahlrecht, zur Arbeiterfrage, Sozialpolitik, städtischen Regie usw. gerichtet. Es ergab sich nach den schriftlichen Antworten, daß die drei Kandidaten sehr unterschiedlich zu bewerten waren. Besonders in der Frage des Kommunalwahlrechts hat nur einer der Kandidaten, Stadtrat Dr. Gradenwitz, Sietlin eine klare und ungewöhnliche Antwort gegeben. Er sprach sich gegen eine Verschlechterung des Wahlrechts, dagegen für seinen weiteren Ausbau durch Einführung der geheimen Stimmabgabe und der Verhältniswahl aus. Die andern beiden Kandidaten, der Beigeordnete Holz-Ebersfeld und der Bürgermeister Rodig-Potsdam, drückten sich um eine ungewöhnliche Antwortung der Frage herum. Damit war für die Sozialdemokratie das Eintreten für Gradenwitz gegeben.

Der Beschluß des Sozialdemokratischen Vereins für Wahlbeteiligung sollte aber eine unerwartete Wirkung haben. Er hat wie Sprengpulver im Bürgertum gewirkt. In den wenigen Tagen zwischen der Vorstellung der drei Kandidaten vor der wahlberechtigten Bürgerschaft in der Präsentationsversammlung und vor der Wahl sind im Bürgertum Kämpfe von einer Erbitterung geführt worden, wie sie Kiel noch nicht erlebt hat. Einen Tag vor dem Beschluß des Sozialdemokratischen Vereins hatte der Vorstand des Liberalen Vereins das Eintreten für Gradenwitz beschlossen, der

Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei sein soll. Dieser Beschluß des auf kommunalpolitischen Gebiete einflusslosen Vereins hätte nicht viel Erregung hervorgerufen, wenn nicht die Sozialdemokratische Wahlbeteiligung zugunsten Gradenwitz beschlossen hätte. Der Bürgervereinsauschuß, der von den einzelnen bürgerlichen Kommunalvereinen gegründet wurde, um das Bürgertum bei den Wahlen gegen die Sozialdemokratie zu einem, der sich aber immer mehr zu einer autokratischen Körperschaft herausgebildet hat, die den Kommunalvereinen der einzelnen Wahlbezirke die Kandidaten aufzuzwingen sucht, hatte die Kandidatur Holz auf den Schild erhoben. Er machte den Bürgermeisterwahlkampf zu einem Kampf gegen die Sozialdemokratie und sah in dem Vorgehen des Liberalen Vereins eine Zersplitterung des Bürgertums. Er ging in der Presse in der gefälligsten Weise gegen den Vorstand des Liberalen Vereins vor und scheute selbst vor der Erpreßeraktion nicht zurück, indem er drohte, daß wenn der Vorstand des Liberalen Vereins nicht kein Begehre, sich die Folgen bei den Landtagswahlen zeigen würden. (Der Fortschrittler Hoff kann nur durch einiges Vorgehen des gesamten Bürgertums wiedergewählt werden.) Die Wirkung der Kampfkampfe des Bürgervereinsauschußes war: es erhielten Dr. Gradenwitz 10 888, Holz 9211, Rodig 22 Stimmen. In den Stimmen für Gradenwitz stecken mindestens auch 2000 bürgerliche Stimmen, die der Bürgervereinsauschuß durch seine Kampfmethode in das gegnerische Lager getrieben hat. Die Sozialdemokratie ist mit ungefähr 9000 Stimmen angetreten. Der Bürgervereinsauschuß hat also eine schwere Niederlage erlitten.

Die Sozialdemokratie ist sich selbstverständlich darüber klar, daß sie an die Wahl des durch ihre Wahlbeteiligung Gewählten keine überschwenglichen Hoffnungen knüpfen darf. Die Einwirkung auf die Zusammensetzung des Magistrats ist aber geboten, um so mehr, als bei ihrer nach den Stadtverordnetenwahlen erregenen Position Konflikte zu erwarten sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Dezember 1912.

Vertagung des Abgeordnetenhauses.

Am Freitag ist auch das Abgeordnetenhaus in die Ferien gegangen, nachdem es sich vorher noch einige Stunden über die steuerliche Entlastung der mittleren und kleineren Städte, über den städtischen Realcredit und über die Kreditnot des städtischen und ländlichen Grundbesitzes unterhalten hatte.

Zur Frage der steuerlichen Entlastung der mittleren und kleineren Städte, zu deren Erörterung eine freikonserervative Interpellation Anlaß gegeben hatte, sprach von unserer Seite Senoffe Hirsch, der die finanzielle Notlage der meisten preussischen Städte unumwunden anerkannte, aber mit Recht die Schuld daran der Gesetzgebung und vor allem unserer Wirtschaftspolitik beimah und eine gründliche Reform des Kommunalabgabengesetzes in der Richtung verlangte, daß den Gemeinden neue Steuerquellen eröffnet werden. Als solche Steuerquelle bezeichnete er vor allem kommunale Zuschläge zur Ergänzungssteuer, die heute sehr gering bemessen ist und in voller Höhe der Staatskasse zuschießt, ohne daß die Gemeinden daran Anteil haben.

Einen breiten Raum nahm die Frage der Kreditnot ein. Neben einer Interpellation Krich (nail.) und Genossen betr. die Kreditnot des städtischen und ländlichen Grundbesitzes stand ein Antrag Dr. Arendt (fl.) und Genossen betr. Untersuchungen über den städtischen Realcredit zur Debatte. Von verschiedenen bürgerlichen Rednern wurden lange Klagen über die Not der Hauswirte angestimmt und ein staatliches Eingreifen verlangt. Der Landwirtschaftsminister, der die Regierung in dieser Frage vertrat, steht der Anregung skeptisch gegenüber, er fürchtet, daß dann der Staat gezwungen sein wird, im Laufe der Jahre recht viel Grundstücke in der Substanz zu erwerben. Die Sozialdemokratie kam noch nicht zu Worte, da die Besprechung wegen vorgerückter Zeit abgebrochen werden mußte.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, der einen national-liberalen Antrag betr. Aufhebung der Arreststrafen gegen untere Beamte und in Verbindung damit eine Reihe von Beamtenpetitionen betraf, mußte aus dem gleichen Grunde abgesetzt werden. Namens der Sozialdemokratie gab Dieblich dem Bedauern seiner Freunde darüber Ausdruck, daß die Wünsche der Beamten vor Weihnachten nicht mehr erfüllt werden. Offenbar dieser sozialdemokratischen Anregung folgend, beantragte Abgeordneter Dr. Arendt (fl.), noch schnell debattelos den Antrag auf Aufhebung der Arreststrafen anzunehmen, und das Haus trat diesen Anträge bei, beschloß aber auf die Anregung der Sozialdemokraten, die Beamtenpetitionen möglichst bald nach Weihnachten zu beraten.

Die nächste Sitzung, in der der Finanzminister den Etat einbringen wird, ist auf Mittwoch, den 8. Januar 1913, anberaumt.

Kriegsminister und Schatzsekretär.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt einen alarmierenden Artikel, in welchem sie behauptet, daß sich die Beziehungen zwischen Kriegsministerium und Reichsschatzamt in letzter Zeit so zugepunkt haben, daß die Harmonie augenblicklich als völlig gestört gelten kann. Der Kriegsminister ist nach den Angaben des genannten Unternehmerblattes bestrebt, den Wünschen, die die Unternehmerpresse seit Wochen nach einem rascheren Ausbau des Reichsheeres geäußert hat, Rechnung zu tragen. Der Reichsschatzsekretär soll demgegenüber, gestützt durch den Reichszentralrat, sich mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse des Reiches ablehnend verhalten. Es soll sogar soweit gekommen sein, daß ein scharfer Briefwechsel zwischen dem Kriegsministerium und dem Reichsschatzamt geführt wurde.

Man muß natürlich zunächst eine amtliche Erklärung zu der Alarmnachricht der „Rhein.-Westf. Ztg.“ abwarten. Im Reichstage hatte man jedenfalls bis in die letzten Tage hinein nicht den Eindruck, daß zwischen dem Staatssekretär Schin und dem Kriegsminister v. Heeringen irgendwelche Differenzen bestehen. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ für die es keinen anderen Gesichtspunkt als den eines möglichst hohen Profits für das Großkapital gibt, hat sich mehrfach als eine sehr wenig saubere Quelle erwiesen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch hier wieder eine Ente gezüchtet wurde. Die Unternehmerpresse drängt fortgesetzt darauf, daß größere Anschaffungen für die Armee gemacht werden, daß vaterländische Interessen schützt man vor, Geldsachinteressen dagegen meint man. Vielleicht, daß man nun glaubt, eher zum Ziele zu kommen, wenn man künstlich einen Zwist zwischen den beiden amtlichen Stellen konstruiert. Die „Post“, die die Anschaffungen der „Rhein.-Westf. Zeitung“ abbrüht, kann bereits darauf hinweisen, daß der Kaiser seine Zustimmung zur Aufstellung selbständiger Kavalleriedivisionen im Frieden gegeben habe. Diese Maßnahmen würden ganz naturgemäß erhebliche Kosten verursachen. Solche Änderungen pflegen aber nicht

vom Kriegsminister vorgeschlagen zu werden, sondern sie finden ihre Entschluß in dem völlig unverantwortlichen Militärkabinet des Kaisers. Wenn der Schatzsekretär stän sich solchen Bestrebungen entgegenstemmt, so erfüllt er damit nur seine Pflicht, denn ihm liegt es ob, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu halten, soweit bei der tollen Wirtschaft der letzten Jahre überhaupt noch von einer Ordnung die Rede sein kann. Sicher ist aber soviel, daß man in militärischen Kreisen mit baldigen Neuforderungen rechnen, und man scheint gerade die jetzige Zeit als ganz besonders geeignet hierfür zu erachten. Der vorliegende Militäretat enthält von den ange-deuteten Veränderungen allerdings noch nichts, es müßte denn ein Nachtragsetat eingebracht werden, wenn nicht die Gefahr die den Scharmachern dienstbaren bürgerlichen Abgeordneten in der Budgetkommission mit Anträgen hervortreten sollten, die ihnen von der Sachwaltern der Scharmacher übergeben worden sind und die eine völlige Umgestaltung des Militärsetats herbeiführen sollen. Aber auch in diesem Falle müßte das Einverständnis des Reichsschatzamt erst herbeigeführt werden.

Der „Garten des Abgeordnetenhauses“

beschäftigte am Freitag die Budgetkommission. Zugewogen waren außer einer Reihe Regierungskommissare die Minister des Innern und der Finanzen. Der Referent legte nochmals die bekannte „Geschichte“ des Nachbargrundstückes des Abgeordnetenhauses dar. Er gab auch die Rettungsnachricht bekannt, nach der das Grundstück bereits verkauft ist, er verlangte daher Auskunft von der Regierung. Der Vorsitzende bittet die Minister, zu erklären, was von ihren Ausführungen vertraulich sein soll, und nicht für das Stenogramm und Zeitungsnachrichten verwendet werden darf. Die Verhandlungen über den Rückkauf werden demgemäß für vertraulich erklärt. Die Verhandlungen dauern fort, haben aber bis heute noch zu keinem Resultat geführt. Das heißt also, es ist wahr, daß das Grundstück wirklich endgültig verkauft ist und nun der Regierung von dem Käufer Daumen schrauben angelegt werden!

Wie danach das Finanzministerium noch davon sprechen kann, daß ein „fester Verkauf“ wohl noch nicht stattgefunden habe, ist uns verständlich!

Von freistündiger Seite wird Auskunft darüber verlangt, was denn nun aus der Erholungsstätte für das Abgeordnetenhaus werden solle. Das Finanzministerium erklärt, ob die vollen 2 Morgen zur Verfügung gestellt würden, sei fraglich. Der nochmaligen Anfrage, ob überhaupt etwas zur Verfügung gestellt würde, schließt sich auch das Zentrum an. Vom Zentrum und anderen Seiten wird ferner energisch gegen bindende Verläufe protestiert, bevor der Reichstag die Zustimmung gegeben habe.

Das Finanzministerium gab schließlich die Erklärung ab, daß der Kriegsminister gebeten werden solle, künftig nichts zu veräußern, ohne bei dem preussischen Fiskus vorher anzufragen. Von konservativer Seite wurde wohl zum ersten Male gesagt, daß man das „feste Vertrauen zum Reichstag habe“, daß er dem Verkauf nicht zustimmen werde.

Das Ergebnis der Verhandlungen war die Annahme des folgenden Antrages:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu eruchen 1. dafür Sorge zu tragen, daß die in dem Bauhof zwischen der Leipziger Straße, Wilhelmstraße, Prinz-Albrecht-Straße, Königgräber Straße und dem Leipziger Platz gelegenen, aus dem bestliegenden Plan ersichtlichen Reichs- und Staatsgrundstücke, namentlich die Grundstücke Prinz-Albrecht-Straße 6 und Königgräber Straße 121 nicht in Privat Hände übergehen, sondern 2. geeignete Schritte zu tun, um das an die Westseite des Grundstückes des Abgeordnetenhauses Prinz-Albrecht-Straße 6 belegene unbebaute Grundstück der Heeresverwaltung für den preussischen Staat insbesondere für die Zwecke des Hauses zu erwerben.

Ein Ueberschläuner.

Die gestern von uns mitgeteilte alberne Erklärung der „Nordd. Allgem. Ztg.“, in der mit zweifelhaftem Geschick der Versuch unternommen wird, die letzte Reichstagsrede des Staatssekretärs Delbrück abzuschwächen, begegnet fast in der ganzen Presse, wenn man von den konservativ-ultramontanen Blättern in der Art der „Kreuz-Ztg.“ und der „Deutschen Tagesztg.“ absteht, bitterem Spott. Sogar die freikonservativen und rechtsnational-liberalen Blätter leisten sich das Vergnügen, Herrn Delbrück als erledigtes staatsmännisches Genie zu behandeln. So schreibt die „Post“:

„Wenn demnach Dr. Delbrück in seiner Rede für den Papst aus irgendwelchen Gründen das Recht der Einmischung in die Gewerkschaftsfrage in Anspruch nehmen zu sollen glaubte, so ist das ein Standpunkt, der eigentlich außerhalb der Obliegenheiten und des Pflichtenkreises eines deutschen Staatssekretärs des Innern liegt und der billigerweise dem päpstlichen Staatssekretariat vorbehalten bleiben sollte. Für die deutsche Regierung es sich bei dieser wie bei anderen vatikanischen Meinungs- und Wissensäußerungen vielmehr lediglich um die Frage handelt, ob, inwieweit und in welchem Sinne dadurch deutsche Interessen berührt werden, und je nach dem Ausfall der Antwort hat die Regierung in entsprechender Abstufung die ihr zur Verfügung stehenden Mittel in Anwendung zu bringen, um erforderlichenfalls eine für die Interessen des Reiches schädliche Wirkung vatikanischer Maßnahmen hintanzuhalten. Da nun aber der Reichszentralrat durch seinen vom Staatssekretär zugegebenen Schritt in Rom zur Genüge hatte erkennen lassen, daß hier eine Störung der deutschen Interessenkreise vorlag, so war es eine ebenso überflüssige wie verfehlte Wähe, daß Herr Dr. Delbrück eine Ehrenrettung der Enzyklika unternehmen zu sollen geglaubt hat.“

Wäre viel besser springt die „Rhein.-Westf. Ztg.“ mit Herrn Delbrück um:

„Die Erklärung Delbrücks erscheint uns aber nicht nur vom Standpunkt der absoluten Suprematie des Staates aus bedenklich und ebenso vom Standpunkt aller Parteien, welche die Verquickung von Religion und Politik verhorren, sondern der Staatssekretär hat im besonderen den christlichen Gewerkschaften einen Väterdienst erwiesen, die er in selben Atem als „fürs Staatswohl nützlich und wünschenswert“ gepriesen hat.“

Durch die Zeilen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schießt die Verlegenheit über die Delbrückische Entgegnung. Die offiziöse Rundgebung drückt sich um das Befehlige und Grundfähliche der Enzyklika-Vertheidigung. Diese bleibt bestehen und damit alle Forderungen.“

Armer Delbrück! In seiner Ueberschläunheit wollte er sich für den Fall, daß demnach ein sogenanntes Minister-Revirement eintreten sollte, die Gunst des Zentrums sichern, und nun hat er sich mit seinem edelsten Körperteil in die Kasse gesetzt.

Der Herr Pfarrer als Wahlgenos.

Die kirchlichen Blätter Mittel-Schlesiens enthalten folgende Sammtmachung:

Reichenstein.

Für die am 16. Dezember hier stattfindenden Stadtverordnetenwahlen sind vom katholischen Arbeiterverein als Kandidaten und von Pfarrer Voelker zur Wahl empfohlen für die erste Klasse Bergmann Kunze, für die dritte Klasse Dr. Götter!

Es genügt nicht, daß der angeblich vollständig unpolitische und neutrale „Katholische Arbeiterverein“ die Kandidaten aufstellt, endgültig approbiert sind sie erst, wenn sie vom Pfarrer empfohlen werden!

Die bürgerliche Jugendfürsorge,

die unter der Obhut von Staatsanwälten, Landräten und Gerichtspräsidenten steht, schlägt immer werkwürdigere Wege ein. So wurde in der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge ein Antrag angenommen, der die gesetzgebenden Körperschaften auffordert, für alle jungen Leute, die Arbeiter werden wollen, eine zwangsweise einjährige Lehrzeit einzuführen. Und der Zentralgewerbeverein für Schlesien, dem der Antrag zur Begutachtung überwiesen wurde, fand den Gedanken „sehr beachtenswert“, nur glaubt er nicht an die Zustimmung des Reichstags. Dennoch soll die Sache weiter verfolgt werden.

Militärjustiz.

Ein Reservist war im Sommer dieses Jahres nach Remel zu einer vierzehntägigen Uebung eingezogen worden. Als Schaustücke veranstaltet wurden, erhielt er nebst anderen Kameraden den Befehl, den Platz, von dem aus die Flügel vor sich gehen sollten, abzusperren. Die Menge wollte die Sperre durchbrechen. Das veranlaßte einen Unteroffizier, einem Dragonerregiment den Befehl zu erteilen, in die Menge hineinzurücken! Die Ausführung dieses Befehls suchte der Reservist dadurch zu verhindern, daß er das Pferd des Gefreiten an den Jügeln festhielt. Er wollte dadurch nur das Publikum schützen und ein Unglück verhüten. Wegen dieser Tat mußte er sich vor dem Kriegsgericht in Jauerburg verantworten, das ihn zu sieben Monaten Gefängnis verurteilte und seine sofortige Verhaftung anordnete.

Kasernenerziehung.

In welcher Weise das ganze militärische System noch unter den Mannschaften die Sucht fördert, sich zu überheben und „schlagende“ Beweise einer angenehmen Kommandogewalt zu liefern, zeigen zwei Verhandlungen, die sich am Mittwoch vor dem Kriegsgericht in Erfurt abspielten. Ein im zweiten Jahre dienender Kanonier vom 53. Feldartillerieregiment in Rumburg spielte sich am Vortageabend den Rekruten gegenüber als Vorgesetzten auf. Als ein Rekrut sich die Annahmen nicht gefallen ließ, zog der ältere „Kamerad“ das Seitengewehr und schlug den Rekruten damit auf die Schulter. Das Kriegsgericht verurteilte den schlagfertigen Kameraden zu einer Woche Gefängnis. — Im zweiten Falle hatte ein inzwischen zur Reserve entlassener Gefreiter von den Dragonern in Folge seiner einen anderen Dragoner deshalb mit Ohrfeigen traktiert, weil dieser einen falschen Säbel trug. Der Befehlshaber übt selbst Justiz. Er hieb den Gefreiten mit dem Karabiner über den Kopf, so daß der Gefreite zusammenbrach. Der „gewöhnliche“ Dragoner wurde dafür zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt. Dagegen sprach das Standgericht in Sandershausen, wo der zur Reserve entlassene Gefreite sich zurzeit aufhält, diesen frei. Auf die vom Gerichtsherrn hiergegen eingelegte Berufung hob jedoch das Kriegsgericht Erfurt das Standgerichtsurteil ganz und gar auf und stellte das Verfahren als unzulässig ein, weil der Strafantrag nicht formgerecht gestellt sei. Die beiden kleinen Episoden zeigen, in welchem Umfange und mit welcher Lust in den preußisch-deutschen Kasernen heute noch geprügelt wird.

Wegen einer Lappalie

fällte das Kriegsgericht in Breslau ein drakonisches Urteil. Der Postlester Gachulla hatte sich einen Rausch angetrunken und war in diesem Zustande auf Nachposten gezogen. Da er vor dem wachhabenden Unteroffizier „keine militärische Haltung“ annahm und sich einige respektlose Bemerkungen über ihn erlaubte, entwidelte sich daraus eine Anklage wegen folgender Verbrechen: Trunkenheit im Dienst, Wachvergehen, Achtungsverletzung, Belägen von Vorgesetzten und Ungehorsam. Das Kriegsgericht bedachte dafür den Unglücklichen mit 9 Monaten Gefängnis.

Rußland.

Die Lotsenkalamität in den finnischen Gewässern.

Unser finnischer Mitarbeiter schreibt uns: Kurz vor der Eröffnung der diesjährigen Schifffahrt wurde die finnische Lotsenverwaltung bekanntlich von den Russen okkupiert, da, wie die Regierung behauptete, die Russifizierung der finnischen Lotsenverwaltung eine Lebensfrage für Rußland bedeute. Gegen die Russifizierungsmaßnahmen protestierten die finnischen Lotsen durch massenhaften Austritt aus dem Dienste, worauf die Verwaltung sich genötigt sah, vom Kaspiischen Meer her Ersatzmannschaften nach Finnland zu schaffen. Diese erwiesen sich aber in allen Hinsichten untauglich. Die finnischen Schären, die eine Welt für sich bilden, können nur von eingeborenen Seeleuten besetzt werden, und da diese durch die Russifizierung aus dem Dienst getrieben waren, erlitt die Schifffahrt die größten Verluste und Nachteile.

Während des verflossenen Sommers verging kein Tag ohne Klagen über die unerhörte Unordnung im Lotsenwesen. Schiffe mußten warten, da keine Lotsen zu haben waren; oft erhielten sie auf ihre Anfragen überhaupt keine Antwort. Oft mußten Schiffe umkehren, ohne ihre Frachten abgeladen oder neue aufgenommen zu haben. Oft mußten die Schiffe, da keine Lotsen zu erlangen waren, die Einfahrt auf eigene Gefahr wagen. Zahllose Gavariken waren die Folge davon. Auch die Schiffe, die einen Lotsen erhalten hatten, waren denselben Gefahren ausgesetzt, da die ungeliebten Lotsen sich als vollkommen unzuverlässig erwiesen. Nicht nur in der Führung der Schiffe, auch in der Abdeckung des Fahrwassers befandete die russifizierte Lotsenverwaltung ihre völlige Untauglichkeit. Häufig sind Schiffe gerade infolge der falschegelegten Wasserzeichen aufgelaufen und zugrunde gegangen. — Wie gefährlich diese Zustände sind, beweist die Tatsache, daß ein kaiserlich-russisches Minenschiff hoffnungslos verloren ging. Ein anderes Minenschiff ist auf eine Sandbank festgerannt. Den Verlust des Minenschiffes Nr. 136 hat man erst jetzt bekannt zu geben gewagt. Ebenso bezeichnend ist es, daß selbst die Lotsendampfer oft aufgelaufen sind und Gavariken erlitten haben. Von verunglückten deutschen Schiffen sei die „Haparanta“ genannt. Das schwedische Schiff „Sera“ lag zwei Tage lang im schweren Sturm auf offener See — weil kein Lotse zu haben war! Insgesamt sind im verflossenen Sommer 88 Schiffe in den finnischen Gewässern aufgelaufen, d. h. um 50 Proz. mehr als im Verlauf von 27 Jahren!

China.

Der Anleihenvertrag.

Beking, 12. Dezember. Der von der Sechsmächtegruppe entworfenene Anleihenvertrag, mit dem sich morgen in London eine Konferenz der beteiligten Banken beschäftigen wird, sieht als Sicherung für die 25 000 000 Pfund Sterling der Anleihe die Solzsteuer vor. Mit dem Crispin'schen Bankbankrott soll ein Nebereinkommen getroffen werden, sobald Chinas Zufolge feststeht. Dieses Angebot befreit jedes Monopol so gut wie ganz und mildert die fremde Aufsicht über die Ausgaben Chinas, wie sie ursprünglich beabsichtigt war, wesentlich. Die chinesische Regierung verlangt 10 000 000 Pfund innerhalb der nächsten drei Monate, den Rest im Laufe des nächsten Jahres. Die günstigeren Bedingungen werden in hervorstechendem

Maße auf den Einfluß der Crispin'schen Gruppe zurückgeführt, für China einen wesentlichen Vorteil bedeutet habe. Die Sechsmächtegruppe und China kommen überein, die Solzsteuer zu reorganisieren. Die Verwaltung soll auf zehn Zentralpunkte verteilt werden, an denen chinesische und ausländische Direktoren unter einem Kontrollauschuß arbeiten sollen, in dem sich als tatsächlicher leitender Direktor ein Fremder befinden wird. Dieser wichtige Posten ist dem dänischen Konsul in Tientsin Olesen angetrogen worden, der auf eine 35jährige erfolgreiche Tätigkeit im Seesoldatendienst zurückblicken kann, sechs Jahre englischer Konsul in Nordkorea war und bei sämtlichen Gesandtschaften sehr beliebt ist. Der Posten eines Rechtsbeistandes der chinesischen Regierung ist dem Schwiegersohn des belgischen belgischen Juristen Rolin Jacquemyns, Accoud, angedolten worden.

Amerika.

Justizverbrechen in den Vereinigten Staaten.

Wozu man in Rußland und Preußen die Polizei benutzt, dazu muß in Amerika die Justiz herhalten. Bald werden, wie es vor 25 Jahren in Chicago geschah, später gegenüber Haywood und Genossen und noch neuerdings gegen Citor und Giovanitti mißlungen ist, unter einem riesigen Aufgebot von Detektiven und sonstigen künftigen Salunken große Kapitalprozesse vor den Geschworenen angesetzt, bei denen man günstigenfalls auf völlige Vernichtung des Gegners rechnen kann, aber auch, trotz sorgsamster Ausschließung der Geschworenen, nicht vor einem oder dem anderen ehelichen oder eigenmächtigen Geschworenen, der das ganze seine Geschäft zunichte macht, geschützt ist. Oder man bedient sich, was weniger effektiv, aber viel sicherer ist, der beamteten, speziell der vom Präsidenten ernannten und fast immer den großen Interessen unbedingt ergebenen Bundesrichter. Besonderer Liebe der Bundesjustiz erfreut sich der „Appeal to Reason“, der als Wochenblatt in Girard, Kansas, in einer Auflage von über 500 000 erscheint und in der Zeit vor der Wahl Aufstöße von über einer Million herausgebracht hat. Eine besondere Aufgabe des „Appeal“ ist der Kampf gegen die korrupte Bundesjustiz. Er hat ihre Untertänigkeit unter die schärfsten Kapitalinteressen namentlich in Anwendung des Haftpflichtgesetzes nachgewiesen und eine Anzahl Richter in ihren Beziehungen zu den Korporationen oder ihrer sonstigen Lebensführung unheilbar bloßgestellt. Daher soll er um jeden Preis vernichtet werden. Erst suchte man das mittels Verletzung des Postgesetzes zu erreichen, indem ihm die Vergünstigungen des Zeitungsbetriebes vorenthalten wurden. Als das nicht half, griff die Justiz ein, als deren Organ, im Einverständnis mit der Bundesjustizverwaltung, der Distriktsanwalt S. J. Bone auftritt.

Im vorigen Jahre wurden durch den „Appeal“ grauenhafte Zustände im „Rustler“-Wundesgefängnis Leavenworth (Kansas) aufgedeckt. Ein junger Beamter, der sie festgestellt und seinen Vorgesetzten angezeigt hatte, war entlassen worden, ohne daß Abhilfe erfolgte. Er wandte sich an den „Appeal“, der einige Monate lang die Tatsachen veröffentlichte und als Beweismittel die „Affidavits“ (eidliche Aussagen) der Zeugen zusagte. Neben einer Reihe größtenteils Mißhandlungen, deren eine den Tod herbeigeführt hatte, kamen auch fittliche Verletzungen zur Sprache, darunter die Ausfagen zweier Frauen über von dem Direktor Lemon an ihnen verübte widerrechtliche Unzucht. Die Bundesverwaltung, die nun eingreifen mußte, fand alle Anklagen gerechtfertigt. Lemon und andere wurden entlassen, jedoch nicht angeklagt. Statt dessen wurde — gegen die Herausgeber des „Appeal“ Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Literatur“ erhoben. Genosse D. W. Ahland, der Begründer des „Appeal“, der in den letzten Jahren nur noch mit dem geschäftlichen Teil zu tun hatte, wurde, da er ausfugte, mit der Redaktion nichts zu tun zu haben, des Meineids beschuldigt. Gedrohen durch den im vorigen Jahre seiner Frau widerfahrenen tödlichen Unfall und die ständigen Hefen und Verfolgungen, beging er Selbstmord. Gegen Warren und Genossen wurde verhandelt, jedoch, nach tapferer Verteidigung durch Genossen Sheppard, das Urteil aufgehoben.

Inzwischen hört man von neuen Schurkereien. Gegen Warren, Sheppard und Debs, den Präsidentschaftskandidaten, ist von demselben Bone neue Anklage erhoben worden, die ihre Verhaftung zur Folge hatte. Bone beschuldigt sie, einen Zeugen bestochen zu haben, damit er verschwinde oder falsche Aussagen mache. Es handelt sich um einen ausgekochten Schurken, der im Gefängnis gefessen hat und nachher bei dem „Appeal“ Aufnahme fand, wo er für gelieferte Beiträge 200 Dollar erhielt, die er nun als Bestechungsgeld bezeichnet. Ueber die Machenschaften, die gegen den Stab des „Appeal“ betrieben werden, geben einige weitere eidliche Aussagen, die dort mitgeteilt werden. Aufschluß. Ein A. W. Lovejoy berichtet, daß er durch Vermittlung eines Paters Pomponen (die Art hat immer Bitterung für schmutzige Geschäfte und kapitalistische Verdienste) mit einem Detektive Dueberg, den der berüchtigte General Otis in Los Angeles empfohlen hatte, in Verbindung gebracht wurde. Dieser besorgte ihm ein Dekret als Agent des Generalkonsulsamts und forderte von ihm, auf einen früheren Briefboten Lafater einzuwirken, der (wie er angibt, fälschlich und aus politischem Hass) wegen angeblichen Amtsvergehens suspendiert und mit Anklage bedroht war. Lafater sollte erklären, die Redakteure des „Appeal“ hätten ihn verleitet, Briefe zu fesseln und ihnen zu überliefern. In Lovejoes Wohnung sollte ein Diktat angebracht werden, der ohne Lafaters Wissen diese Aussage aufnehmen sollte. Falls er dies aber nicht zugebe, solle ein anderer seine Stimme nachahmen und in den Apparat sprechen. (Man erinnert sich, daß in dem eben in Indianapolis verhandelten Prozeß gegen die Leiter der Straßenbauer-Gewerkschaft ein solcher, heimlich im Bureau angebrachter Apparat auch eine Rolle spielt, über dessen Wert man nun anders denken wird.) Aus der Aussage Lovejoes geht hervor, daß Dueberg angab, mit der Justizverwaltung und Tafel selbst unter einer Decke zu stehen. Jedemfalls spricht das Schriftstück, das ihn zum Spezialagenten bestellt, für eine Mitwirkung der obersten Verwaltung. Dasselbe Manöver wie gegen Lafater sollte gegen Genossen Whizer, einen „Appeal“-Redakteur, angewandt werden. Lafater hatte man, falls er nicht machte, wegen der anderen Sache Strafloßigkeit versprochen. Auch von Lafater und Whizer liegen eidliche Erklärungen vor, die jene Aussagen stützen. Offenbar handelt es sich um eine große Verschwörung, bei der Otis eine große Rolle spielt; ein Vertreter seiner „Los Angeles Times“ hielt sich seit langem in Girard auf. Mit der Durchführung ist der Bundes-Distriktsanwalt Bone betraut, von dem das Wort berichtet wird: „Ich werde den „Appeal“ zum Bankrott treiben, seine Herausgeber in Verbanung und Selbstmord oder sie hinter die Gitter von Leavenworth bringen.“

Es ist jedenfalls kein Zufall, daß die Prozesse nicht nur gegen den „Appeal“, sondern in den verschiedensten Teilen der Union sich häufen. Es liegt System darin. Unsere Genossen gehen schmerzlichen Kämpfen entgegen. Debs selbst erklärte: „Seit 6 Jahren waren die Bluthunde auf der Spur des „A.“, unterführt von der Bundesregierung und den Geldmächtigen in Wallstreet. Und nach den An-

gaben von Bone, des Agent provocateur, der ein Gehalt als Distriktsanwalt bezieht, ist das Ende jetzt in Sicht; und wir werden uns bald in Sträflingskleidern sehen. Ich betone ausdrücklich, daß die Arbeiterschaft nicht einen roten Cent für meine Verteidigung gegen diese läugerischen Diebe und Brandstahler hergeben soll, die in der Litore von Gerichtsbeamten den Freiweibern dienen, die die Nation berauben und des Volkes Freiheit vernichten. Ich fordere die richterlichen Mandanten und künftigen Subjekte heraus, ihr Schlimmstes zu tun. Ich nehme aus ihrer Hand keinen Pardon an. Ich verachte ihre Varnherzigkeit und verabscheue ihre schandliche Trabestie der Gerechtigkeit. Da ich der Kandidat der Arbeiterklasse für das Weiße Haus (den Präsidentenpalast) gewesen bin, kann ich es mir nicht erlauben, der Kandidat der raubenden Klasse für das Gefängnis zu sein. Ich bin fertig für den Kampf. Ich weiß, um was es sich handelt und bin auf das bitterste Ende vorbereitet. Sie haben nun nur vor. Aber es wird nicht mehr lange dauern, bis wir den Kapitalisten vor dem amerikanischen Volke den Prozeß machen werden.“ — Man sieht auch hier wieder das Schauspiel wie bei allen wichtigen Wahlen und großen Prozessen: Hier die Mameluden der Ausbeutung: Scharfmacher, hohe Beamte, katholische Kirche und Schurken ohne weiteres — dort als Kämpfer und Märtyrer die Vertreter des Volkes und seiner Rechte. Die „Verbrecher“ als Anführer und Richter — die Richter und Ankläger als wahre Verbrecher. Hinter Rußland dürfen heute die Vereinigten Staaten, das Land der Menschenrechte, die Ehre in Anspruch nehmen, die verbrecherischsten Behörden und Justizorgane ihr eigen zu nennen.

Aus der Partei.

Bürgerauswahlfrauen in Unterbaden.

In Plaußstadt (Kreis Mannheim) errangen unsere Genossen bei der Bürgerauswahl für die III. und II. Klasse 12 Sitze; 10 von diesen nahmen sie dem Zentrum und einen den Liberalen ab. Einige hatten sie bisher schon im Besitz. — In Bruchsal gelang es in der III. Klasse, sechs Sitze zu erobern. Hier war unsere Partei bisher unvertreten. Auch dieser Gewinn geht auf Kosten des Zentrums. — In Edingen konnten unsere Genossen zu ihren bisherigen 10 Sitzen noch zwei weitere erlangen. Das Zentrum gewann auf Kosten der Liberalen neun Sitze.

Ballant, Pressensö und Jaurès über den Basler Kongreß.

Paris, 12. Dezember. (Fig. Ver.) Viele Tausende hatten sich gestern in der Salle Wagram versammelt, um den Bericht der Genossen Ballant, Pressensö und Jaurès über den Internationalen Kongreß anzuhören. Die kampfbereiteste Stimmung gab sich ununterbrochen während der Reden durch stürmische Jurufe kund. Als Ballant auf die Folgen des deutsch-französischen Krieges hinwies, brauchte Jaurès auf die Kommuere durch den Saal. Pressensö setzte beredt die geschichtliche Bedeutung des Balkankrieges und der Liquidation der Partei auseinander. Jaurès kennzeichnete das Treiben der Diplomatie, besonders der österreichischen und russischen, erklärte, daß Geheimverträge die Demokratie nicht binden könnten, und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Völker, die man zu gegenseitigem Mord bewaffnet, die Kraft finden werden, sich zum Kampf gegen den Mord zu erheben. — Die Verammlung, der ein Begrüßungsschreiben der Pariser Gasarbeiter zugegangen war, schloß nach Annahme einer Resolution mit dem Ruf „Wieder mit dem Krieg!“ und dem Gesang der Internationale.

Soziales.

Unternehmer-Arbeitsnachweise.

In der Errichtung von Arbeitsnachweisen, die ausschließlich von ihnen selbst beherrscht werden, sehen die Unternehmer ein Mittel, den Arbeitsmarkt zu beherrschen, eine Ausbeutung vorzunehmen und unbeliebte Arbeiter möglichst von den Arbeitsstellen fernzuhalten. Insofern wirken die Arbeitsnachweise genau so wie die Maßregelungen. Aus diesem Grunde ist den einseitigen Arbeitsnachweisen der Unternehmer eine besondere Bedeutung beizumessen. Die die Arbeitsnachweise im „Reichsarbeitsblatt“ ergeben, ist die Zahl solcher Nachweise und ihre Geschäftstätigkeit ziemlich stark im Steigen begriffen. Es wurden gezählt: 1910 218 Nachweise, 1911 32 mehr, nämlich 250. Stellen wurden vermittelt im Jahre 1910: 899 753, im Jahre 1911 schon 1 146 651. Die meisten Unternehmensnachweise zählt mit 72 das Baugewerbe, dann folgt mit 70 das polygraphische Gewerbe, mit 34 die Metallverarbeitung, mit 31 das Handels- und Verkehrsgewerbe. Hier ergibt sich die umfangreichste Geschäftstätigkeit; es wurden 342 830 Stellen vermittelt; dann folgte die Metallverarbeitung mit 337 951 vermittelten Stellen. Dann schließt sich die Gruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwesen mit 200 750 Stellen bei nur 17 Nachweisen an. Bei der gleichen Zahl von Nachweisen wurden für die Industrie der Steine und Erden 116 276 Stellen vermittelt; dann folgt von den Produktionsgewerben das baufachliche mit 109 060 vermittelten Stellen. Die Nachweisungen geben auch einen Ueberblick über die Fluktuation. Der gesamten Zahl von 1 146 651 vermittelten Stellen stehen 1 233 788 überhaupt beschäftigte Arbeiter in den angeschlossenen Gewerben gegenüber. Am stärksten ist die Fluktuation im Handels- und Verkehrsgewerbe. Auf jeden durchschnittlich Beschäftigten kommen 5 Neueinstellungen. Im Baugewerbe entfällt auf je 2 Beschäftigte eine Vermittlung. Im Bergbau, der fast ausschließlich von den Unternehmensnachweisen beherrscht wird, stehen je 4 vermittelten Stellen 7 Beschäftigte gegenüber. In der Metallverarbeitung kommen auf 8 vermittelte Stellen 10 Beschäftigte, in der Industrie der Steine und Erden kommt auf 2 Beschäftigte eine Vermittlung. Mit Ausschluß des Baugewerbes geben die Ziffern ungefähr ein Bild von der tatsächlichen Fluktuation in den einzelnen Gewerben.

Die „Neufrist“ im Lehrvertrage.

Innerhalb des ersten Monats der Lehrzeit, der als „Neufrist“ gilt, kann sowohl der Lehrling wie der Lehrling vom Lehrvertrage zurücktreten. Von diesem ihm gesetzlich zustehenden Recht hatte auch nach Ablauf des ersten Monats ein Lehrling Gebrauch gemacht, der jetzt als Kläger gegen den Buchdruckermeister Ebmeyer auftrat. Der Beklagte verzögerte sich, die vereinbarte Lehrvergütung von 15 M. für den einen Monat zu zahlen, weil der Junge eine Schreibmaschine entzweit gemacht haben sollte, was 12,50 M. Reparaturkosten verursacht habe. Aber auch den Rest von 2,50 M. sollte der Lehrling nicht bekommen. Denn dieser habe durch sein plötzliches Fortbleiben das Geschäft erheblich geschädigt. Der Beklagte meinte, der Lehrling hätte zumindest den Chef vorher verständigen müssen, wenn er die Lehre nicht fortsetzen wollte. Der Prinzipal müsse doch, um einer Schädigung vorzubeugen, sich rechtzeitig Ersatz beschaffen können.

Das Kaufmannsgericht erkannte die Einwendung des Beklagten nicht als berechtigt an. Der Lehrling könne innerhalb der einmonatigen Neufrist ohne weiteres vom Vertrage zurücktreten. Er brauche das nicht vorher anzugeben und sei auch nicht gehalten, Gründe für den Rücktritt anzugeben. Um der Verurteilung zu entgehen, zahlte der Beklagte die von dem Lehrling noch verlangten 2,50 M. vor Urteilsfällung. Hätte der Lehrling den vollen Betrag von 15 M. verlangt, so hätte ihm auch dieser zugesprochen werden müssen, weil nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegen den Anspruch aus dem Arbeitsvertrag eine Aufrechnung innerhalb des Jahresbetrags von 1000 M. unzulässig ist.

Gewerkschaftliches.

Eine „gelbe“ Tageszeitung in Berlin?

Die „Deutsche Warte“, welche im Verlage von Büren in Berlin erscheint und bisher ihre geistige Kost für 50 Pf. monatlich absetzte, führte nur ein sehr kümmerliches Dasein. In einer ganzen Reihe von Zeitungsständen konnte man keine Nummer des Blattes erstehen. Die Zeitungshändler hielten es nicht für nötig, ihren Vorrat mit den Exemplaren einer Zeitung zu belasten, die wenig oder gar nicht verlangt werde.

Die „Deutsche Warte“ ist aber sehr ehrgeizig geworden und will Vorbeeren ernten, wenn sie „gelbe“ sind. Der Verlag hat mit dem Vorstand des gelben Unterstützungsvereins der Siemens-Werke ein Abkommen getroffen. Seit Wochen betreiben gelbe Vertrauensleute eifrig Abonnentensorg für die „Deutsche Warte“. Der Eifer, mit dem man zu Werke ging, findet darin seine Erklärung, daß der Verlag für jeden neuen Abonnenten 50 Pfennig Provision an die Obergelben zahlt. Die Obergelben arbeiten aber nicht im Betrieb, können daher den Abonnentensorg nicht engros betreiben. Daher hat man die gelben Vertrauensleute für die Sache gewonnen und man teilt sich den „Kaub“. Der gelbe Vertrauensmann erhält pro Abonnement 25 Pfennig, und sein „Chef“, als Werksebenleiter, erhält ebenfalls eine Viertel Mark. Außerdem soll die gelbe Vereinskasse auch noch besonders einen Betrag erhalten.

Nun bedenke man: 50 Pfennig kostet das Abonnement pro Monat. Den gleichen Betrag erhalten die gelben Abonnentensammler und dann noch ein Betrag für die Vereinskasse! Wofür liefert denn der Verlag die Zeitung? Hat sich da ein „edler gelber Menschenfreund“ gefunden, der opferfreudig sein Portemonnaie öffnet, oder hat die Firma Siemens Subvention gegeben, wie sie eine solche dem „Bund“ jährlich zahlt?

Man will die „Deutsche Warte“ so allmählich in eine gelbe Tageszeitung umwandeln, um auf Angriffe des „Vorwärts“ und anderer Blätter gegen die „Gelben“ sofort antworten zu können.

Der gelbe Dr. Nathanson, dem man seit dem 1. November d. J. sein Gehalt um 800 M. aufgebessert hat und der jetzt 4800 M., ausschließlich der Beiträge für die Privatbeamtenversicherung, als Geschäftsführer des gelben Vereins erhält, ist als geeignete Kraft ausersuchen, gelbe Artikel für die „Deutsche Warte“ zu liefern. Als ehemaliger „Bundredakteur“ hat er sich schon rühmlichst bemerkbar gemacht. Doch all diese gelben Bemühungen werden Sisyphusarbeit bleiben!

Berlin und Umgegend.

Die Tarifforderungen der Berliner Holzarbeiter

wurden am Donnerstag in einer außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes beraten. Der Versammlung lag ein Vertragsentwurf vor, welcher das Ergebnis von Beratungen der Ortsverwaltung und der Branchenevertreter ist. Wie der Vorsitzende Glöckle ausführte, werden die Verhandlungen über die Arbeitszeit und die Vertragsdauer zwischen den Zentralinstanzen der beiderseitigen Organisationen geführt, während alle übrigen Vertragspunkte zwischen den örtlichen Instanzen geregelt werden. Es haben bereits informativische Verhandlungen, sowohl zentrale wie örtliche, stattgefunden. Bei den zentralen Verhandlungen stellten sich die Arbeitgeber auf den Standpunkt, den die Unternehmerorganisation im Baugewerbe einnimmt: Eine kürzere Arbeitszeit als täglich 9 Stunden darf nicht bewilligt werden. Demgemäß fagen die Arbeitgeber der Holzindustrie: Wo die Arbeitszeit weniger als 54 Stunden wöchentlich beträgt, da wird keine weitere Verkürzung bewilligt. — Die Arbeiter werden sich aber, wie Glöckle betonte, durch diesen Standpunkt der Unternehmer nicht abhalten lassen, für Berlin eine Verkürzung der gegenwärtigen Arbeitszeit zu fordern, was schon dadurch gerechtfertigt ist, daß die zweite Vertragsperiode der Berliner Holzarbeiter keine Arbeitszeitverkürzung gebracht hat. — Während bei den früheren Tarifverhandlungen die Arbeiter eine kürzere, die Arbeitgeber aber eine längere Vertragsdauer verlangten, ist es diesmal umgekehrt. Die Arbeiter wollen, daß der Vertrag auf vier Jahre abgeschlossen werde, die Arbeitgeber wollen dagegen eine kürzere Frist, um möglichst viele Verträge gleichzeitig zum Ablauf zu bringen und auf den einheitlichen Tarifablauf für das ganze Reich hinzuwirken. An der Erreichung dieses Zieles haben die Arbeiter kein Interesse.

Was die Punkte betrifft, welche der lokalen Verhandlung unterliegen, so fordern die Arbeiter eine den Zeitverhältnissen angemessene allgemeine Lohnerhöhung. Ferner sollen für diejenigen Branchen, deren Löhne nicht durch Spezialtarife geregelt sind, Mindeststundenlöhne festgesetzt werden, die als Anfangslöhne zu gelten haben. Da sich in der Tischlerei die Teilarbeit immer mehr einbürgert und ungelernete Arbeiter in steigendem Maße mit Teilarbeiten beschäftigt werden, so ist es notwendig, daß auch für Hilfsarbeiter, welche Tischlerarbeit verrichten, Mindestlöhne festgesetzt werden. Die Entlohnung dieser Arbeiter ist zurzeit eine völlig willkürliche und meist sehr niedrige, sie bedarf deshalb der tariflichen Regelung. Für Montagearbeiten wird eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes gefordert hinsichtlich der Berechnung des Zuschlages und der Fahrzeit. — Großer Wert wird auf die Arbeitsvermittlung gelegt. Die Arbeitgeber machen einen Vorstoß gegen die im jetzigen Tarif festgelegte obligatorische Verwendung des paritätischen Arbeitsnachweises, wobei ihnen die „Berliner Holzzeitung“ in der bereits im „Vorwärts“ gekennzeichneten Weise zu Hilfe kommt. Die Arbeiter dagegen halten unbedingt an dem Obligatorium fest, weil es sich gut bewährt hat und im Interesse beider Teile bestehen bleiben muß.

Die Arbeitsnachweisfrage nahm auch in der Diskussion eine hervorragende Stelle ein. Alle Redner sprachen für die Beibehaltung der obligatorischen Verwendung des Arbeitsnachweises. Diejenigen, welche in der „Holzzeitung“ gegen den Arbeitsnachweis zu Felde ziehen, seien Vertreter der Arbeitgeberinteressen. In diesem Punkt wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche besagt:

„Die Versammlung steht bezüglich des Arbeitsnachweises auf dem Boden des Obligatoriums. Sie erteilt der Kommission den Auftrag, nur in diesem Sinne mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Etwasige Mängel können ohne Schwierigkeit im Rahmen des Obligatoriums beseitigt werden.“

Durch einen weiteren Beschluß beauftragte die Versammlung die Ortsverwaltung, auf Grund des von ihr vorgelegten Entwurfs mit den Arbeitgebern über die Tarifverneuerung zu verhandeln.

Am Montag wird sich eine Versammlung aller Vertrauensmänner mit derselben Angelegenheit beschäftigen.

Der Kampf um den Ausgehtag

im Friseurgewerbe vor Beantragung zu einer stark besuchten öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag stattfand. Das Geseh über die Sonntagsruhe schreibt vor, daß den Gehilfen im Friseurgewerbe ein freier Nachmittagsruhe gewährt werden müsse, wenn sie an

Sonntagen länger als 3 Stunden beschäftigt werden. In Wirklichkeit werden nun die Gehilfen in Berlin fast durchweg länger als die vorgeschriebene Zeit beschäftigt, andererseits aber wird in vielen Fällen der freie Nachmittagsruhe nicht gewährt, ja nicht selten wird der Gehilfe schon bei seiner Einstellung veranlaßt, auf den freien halben Tag in der Woche zu verzichten. Diese Verhältnisse beschuldete der Referent Kabeletz in der erwähnten Versammlung, der an Hand von reichhaltigem Material seine Angaben unterstützte und sich gegen einen Artikel im Innungsorgan wandte, der den wirklichen Tatsachen nicht entspreche. Nunmehr macht sich in Innungsorganeitkreisen das Bestreben bemerkbar, überall für Einhaltung der dreistündigen Sonntagsruhe zu sorgen und dann den Gehilfen den freien Nachmittagsruhe in der Woche vollkommen zu entziehen. Damit können jedoch die Gehilfen sich nicht einverstanden erklären, da der freie Nachmittagsruhe geradezu eine unumgängliche Notwendigkeit ist, um ihre Lebensbedürfnisse, wie Einkäufe, Baden usw. erledigen zu können. Mit eindringlichen Worten ermahnte der Referent die Anwesenden, sich Rann für Rann dem Verband der Friseurgehilfen Deutschlands anzuschließen, denn nur wenn alle einmütig zusammenhielten, sei es möglich, den Machinationen des Innungsbundes mit Erfolg entgegenzutreten und die Rechte der Gehilfen wirksam zu verteidigen. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion erklärte ein Mitglied des Gehilfenausschusses, daß der letztere geschlossen hinter den angezeichneten Forderungen stehe. Es wurde u. a. auch mitgeteilt, daß selbst der Obermeister von Berlin seinem Personal den freien Nachmittagsruhe nicht gewähre! Ferner kam zur Sprache, daß die Meister schon mit einer Sonntagsruhe bis 12 Uhr einverstanden gewesen wären, wenn dann der freie Nachmittagsruhe wegfallen würde. Darauf konnten die Gehilfen natürlich nicht eingehen. Im übrigen brachte die Diskussion noch eine Fülle von Tatsachen, die ein großes Schlaglicht auf die Misere des Gehilfenstandes im Friseurgewerbe warfen. Insbesondere wurde auf die Auswüchse der Gehilfenzüchterei und ihre Folgen hingewiesen, die es mit sich brächten, daß nur allzu viele Gehilfen aus dem Gewerbe hinausgedrrieben würden, was ganz in den Intentionen der Innungsmeister liege. Der Vertreter einer Lokalorganisation erklärte ebenfalls, daß sein Verein geschlossen hinter den Forderungen stehe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die öffentliche Versammlung der Gehilfen und Meister des Friseurgewerbes zu Berlin erklärt die Ausführungen über die Stellungnahme der Gehilfenschaft zur Frage der Sonntagsruhe im Organ des Innungsbundes als unwahr. Die Versammelten stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der fünfständigen Sonntagsruhe unter Beibehaltung des freien Nachmittagsruhe und verpflichten sich zur Gegengewehr gegen die Verletzungen des Innungsbundes, die darauf hinauslaufen, den Gehilfen den freien Nachmittagsruhe zu nehmen, die Organisation der Gehilfen zu stärken.“

Weihnachtsgratifikation bei der Großen Berliner Straßenbahn.

In den letzten Tagen war in allen bürgerlichen Zeitungen Berlins darüber zu lesen, wieviel Tausende von Mark die liebe „Große“ als Gratifikation für ihre Bediensteten gespendet habe. Nicht bemerkt wurde dabei, daß eine erhebliche Anzahl von Angestellten nichts erhalten haben. In erster Linie kommen da die unbeschäftigten Ersatzfahrer und Ersatzkassierer in Betracht, welche die vorgeschriebene Geduldsprobe noch nicht überstanden haben. Ferner erhielten Bedienstete, die nach Ansicht der Direktion schuld an Zusammenstößen trugen, ebenfalls nichts.

Aber am schlechtesten kamen diejenigen Angestellten davon, die an Stelle der Gratifikation ihre Kündigung erhielten! Zum Teil geschah dies, weil sie angeblich zu viel Strom verbraucht haben. Es sieht also in der Wirklichkeit ganz anders aus, als die Sache in den bürgerlichen Blättern dargestellt wurde. Einer großen Zahl von Familien, deren Ernährer bei der „Großen Berliner“ angestellt war, wurde keine Freude zuteil. Diese können während des Festes über den Erfolg ihrer Tätigkeit bei einer Millionenfirma nachdenken, welche stets das „Wohl und Beste“ ihrer Angestellten im Auge haben will und so oft darauf hinweist, daß die Straßenbahner Lebensstellung in ihrem Betriebe haben.

Ausperrung der Hilfsarbeiter in den Vereinigten Ostpreussischen Eisenwerken.

Am Juli dieses Jahres haben sich die Hilfsarbeiter der Ostpreussischen Eisenwerke veranlaßt, ihren Tarif, welcher zum 1. Oktober 1912 abläuft, zu kündigen. Für die Beratung eines neuen Tarifs hatten dieselben den Fabrikanten einen Entwurf eingereicht, der einige Verbesserungen vorschlug. Gefordert wurde vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich, Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. innerhalb 2 Jahre, Festlegung der Akkordarbeit für jeden Betrieb, sowie zweijähriger Tarifvertrag. Obgleich diese Forderungen bei den jetzigen Verhältnissen als äußerst minimal zu bezeichnen sind, lehnten die Fabrikanten dieselben ab. Ein Gegenentwurf von den Fabrikanten, der den Arbeitern übermittelte wurde, sah einen dreijährigen Tarifvertrag vor; Lohnerhöhung im ersten Jahre sollte nicht erfolgen, jedoch wurden ab 1. Oktober 1913 2 Pf., ab 1. Oktober 1914 weitere 2 Pf., insgesamt innerhalb von 3 Jahren 4 Pf. pro Stunde Lohnerhöhung vorgeboten, außerdem die schriftliche Festlegung der Akkordlöhne, aber keine Arbeitszeitverkürzung. Da eine Einigung über den Stundenlohn mit den Unternehmern nicht zu erzielen war, obgleich die Arbeiter alle anderen Forderungen fallen ließen und nunmehr nur noch verlangten, daß im ersten Jahre 1 Pf., im zweiten Jahre 1 Pf. und im dritten Jahre 2 Pf. pro Stunde mehr gegeben werden sollte, drohten die Herren bei Nichtannahme ihrer Zugeständnisse mit der Stilllegung ihrer Betriebe. Diese erfolgte auch bei einigen Fabrikanten, während die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren. Infolgedessen haben sich die Hilfsarbeiter veranlaßt, den Kampf nunmehr aufzunehmen. Wir eruchen deshalb, Zuzug von Hilfsarbeitern nach Ostpreußen streng fernzuhalten.

Ausland.

Die belgischen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Die letzte Nummer des „Journal des Correspondances“ enthält die Jahresberichte über die belgischen Gewerkschaften, Streiks, Ausperrungen usw. vom Jahre 1911. Die Gewerkschaftskommission (identisch mit der deutschen Generalkommission) beschränkt sich eingangs ihres Berichts bitter über die angeblühenden Verbände, die ihren Mitgliederbestand meist zu gering angeben, um an Beiträgen an die Generalkommission zu sparen. Dieser Umstand ist zu bedauerlich, wenn man die zum Teil recht bescheidenen Zahlen betrachtet. Dagegen ist die Gewerkschaftskommission in der angenehmen Lage, konstatieren zu können, daß die Entwicklung zur Zentralisation weitere Fortschritte gemacht hat. Es sind nun noch die Föderationen der Steinarbeiter und Pfaffstetter, Textilarbeiter und Glasarbeiter und die Hafenarbeiter von Antwerpen, Gent, Brüssel usw., die ihre Umwandlung zu einem streifen Zentralverband noch nicht vollzogen haben.

Der Gewerkschaftskommission sind Zentralverbände und Föderationen mit einer Gesamtmitgliedzahl von 71 000 angeschlossen; dazu kommen eine Anzahl lokaler Organisationen mit 5 815 Mitgliedern. Weiter ist hinzuzuzählen eine Gruppe von Gewerkschaften, die zwar der sozialdemokratischen Partei, nicht aber der Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind, mit insgesamt 14 305 Mitgliedern. An den entsprechenden deutschen Verhältnissen gemessen, erscheinen diese Zahlen recht bescheiden; inwieweit ist seit dem Jahre 1906 eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen gewesen. Die belgischen Gewerkschaften zählten

Jahr	Mitglieder
1905	34 184
1906	42 491
1907	55 840
1908	67 412
1909	73 861
1910	68 984
1911	77 224

Von 14 der größeren Zentralverbände und Föderationen liegen genauere Abrechnungen vor über die Kassenerhältnisse, Unterhaltungsrichtungen usw. Die gesamten Einnahmen dieser Verbände beliefen sich im Jahre 1911 auf 919 777 Frank gegen 539 404 Frank im Jahre 1910. Die Ausgaben betragen im Jahre 1910 = 535 708 Frank, im Jahre 1911 781 757 Frank. Die Vermögenstände waren von 1910 auf 1911 von 212 330 Frank auf 749 249 Frank gestiegen. Unter den Zentralverbänden sind besonders zwei, deren Kassenergebnisse einen großen Umfang angenommen hat. Die Metallarbeiter hatten 1911 eine Ausgabe von 263 675 Frank und besaßen einen Kassenschatz von 163 228 Frank, während die Buchdrucker eine Ausgabe von 173 117 Frank zu verzeichnen hatten und einen Kassenschatz von 361 220 Frank. Von den Ausgaben der Verbände überhaupt sind hervorzuheben: für Streiks und Ausperrungen: 380 981 Frank; für Arbeitslosenunterstützung: 178 905 Frank; für Krankenunterstützung: 126 677 Frank und so fort.

Die Zahl der gewerblichen Konflikte im Berichtsjahre wird auf 216 angegeben. Hiervon hatten Erfolg 96, es endeten durch Vergleich 72, während 48 ungunstigen der Arbeiter endeten. Am zahlreichsten sind die Lohnbewegungen, die für Lohnerböhrungen geführt wurden; diese sind aus verhältnismäßig am häufigsten erfolgreich gewesen, nämlich 57 Proz.; am ungünstigsten verliefen diejenigen Streiks, die wegen Lieferung schlechten Materials geführt wurden.

Über die gewerkschaftliche Presse wird berichtet: Von 36 Gewerkschaftsorganen erschienen 22 einmal, 3 zweimal pro Monat und 1 jede Woche einmal. Sieben von diesen Blättern mit 50 700 Exemplaren sind in französischer, acht mit einer Auflage von 36 500 Exemplaren sind in flämischer Sprache redigiert, während elf in zwei Sprachen erscheinen (25 140 Exemplare). „De Zeman“ (2000 Exemplare) erscheint in französisch, flämisch und deutsch; drei Verbände, nämlich die Metall-, Textil- und Tabakarbeiter geben je eine Zeitung in flämisch und in französisch heraus.

Die christlichen Gewerkschaften, die von den freien schätzten als Gelbe geführt werden, haben nach ihren Angaben 71 235 Mitglieder. Der Sekretär der freien Gewerkschaften, Genosse Bergmann, nimmt die christliche Abrechnung scharf unter die Lupe, er weist nach, daß diese in Wirklichkeit nur 42 066 Mitglieder zählen.

Die Balkankrise.

Die ungeschwächte Türkei.

Paris, 13. Dezember. (W. T. B.) Der türkische Vertreter bei der Londoner Friedenskonferenz Reschid Pascha erklärte einem Redakteur des „Temps“: Wir haben den aufrichtigen Wunsch, Frieden zu schließen, aber wir sind vollständig entschlossen, diesen Frieden nur unter ehrenhaften Bedingungen abzuschließen. Unsere militärische Kraft wächst täglich. Zur Stunde haben wir 170 000 Mann in Tschataldscha, die reichlich mit Munition versehen sind, die Feindseligkeiten würden sofort wieder aufgenommen werden, wenn eine Partei der anderen allzu drückende Bedingungen auferlegen sollte. Mit Griechenland könnten wir erst verhandeln, wenn es seinen Waffenstillstand unter denselben Bedingungen wie die Verbündeten abgeschlossen hat. Der zwischen der Türkei und Griechenland herrschende Kriegszustand bietet in der Tat für Verhandlungen eine allzu schmerzhaften Grundlage. Wir wünschen mit den Balkanverbündeten direkt zu verhandeln. Sollten aber ihre Forderungen derart sein, daß eine direkte Verständigung unmöglich erscheint, so würden wir, falls die Großmächte an den Verhandlungen teilzunehmen wünschen, diesen Vorschlag annehmen. Zum Schluß sprach Reschid sein Bedauern darüber aus, daß man in Frankreich die entschlossene Haltung der Türkei auf die Rückschlüsse gewisser Mächte zurückgeführt habe. Die Türkei habe nur auf ihre eigenen Interessen Rücksicht genommen.

Die Kämpfe um Chios.

Konstantinopel, 13. Dezember. (W. T. B.) Ein Abendblatt erzählt, daß die Türken auf Chios starken Widerstand leisten. Die Griechen könnten nicht bis in die Reichweite der türkischen Kanonen vorrücken und warten auf Verstärkungen. Die Türken seien im Besitz von Lebensmitteln, die ihnen einen langen Widerstand ermöglichen.

Letzte Nachrichten.

Das Ende der Lehrerinterpellation in der französischen Kammer.

Paris, 13. Dezember. (W. T. B.) Die Kammer führte die Beratung über die Interpellation betreffend die Lehrer zu Ende. Vor der Abstimmung über die Tagesordnung erklärte Ministerpräsident Poincaré, die Regierung zweifle nicht an der Vaterlandsliebe des Lehrerstandes, die gegen Verfehlungen getroffenen Maßnahmen seien im Interesse der Schule und der Lehrer. Besonders die Aushebungen auf dem Kongress zu Chambéry seien unvereinbar mit der erzieherischen Aufgabe. Poincaré beurteilte den Anschluß der Lehrer an den „Sou du Soldat“ und die Antimilitaristen und erklärte die Notwendigkeit eines Beamtenstatus an. Die Regierung sei keineswegs geneigt, auf die notwendige Autorität zu verzichten oder die parlamentarische Gewalt vor irgendwelcher neuen, unbestimmten und unverantwortlichen Gewalt zu beugen. (Lebhafter Beifall.)

Nach lebhafter Debatte nahm die Deputiertenkammer folgende Tagesordnung an: Die Kammer bedauert gewisse auf dem Kongress von Chambéry eingebrachte Anträge sowie die der Leinwand nachteilige Auslegungen, zu denen die Anträge Veranlassung gegeben haben. Die Kammer ist fest überzeugt von dem Patriotismus der Lehrer und entschlossen, den nationalen Elementarunterricht, der von der Liebe zum Vaterlande getragen sein muß, gegen jeden Angriff zu verteidigen. Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und drückt ihr Vertrauen dazu aus, daß die Regierung unverzüglich ein Beamtenstatut schaffen und einen Entwurf zur Verteidigung der Leinwand ansarbeiten wird.

Leon Bourgeois zum Präsidentschaftskandidaten erklärt.

Paris, 13. Dezember. (W. T. B.) Die Gruppe der Sozialistischen Republikaner hat beschlossen, den Minister Leon Bourgeois aufzufordern, für den Präsidentschaftsposten zu kandidieren.

Die „schwarze Armee“ vor der französischen Kammer.

Paris, 13. Dezember. (W. T. B.) Bei Beratung des Kolonialbudgets erklärte der Deputierte und ehemalige Gouverneur von Französisch-Westafrika Veilla die Frage der „Schwarzen Armee“. Er sagte u. a., man habe ursprünglich gehofft, in Westafrika ein Kontingent von 70 000 Mann ausheben zu können, aber man habe sich mit 10 000 Mann begnügen müssen, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Aushebung der schwarzen Truppe ein stetig abnehmendes Ergebnis liefern werde. Um da eine Abänderung herbeizuführen, müsse man sich vor der Unangenehmkeit hüten und für die Eingeborenen günstige Lebensbedingungen schaffen.

Abgeordnetenhaus.

107. Sitzung. Freitag, den 13. Dezember 1912, mittags 12 Uhr.

Am Ministerische: v. Dallwitz.

Die Besprechung der Interpellation des Abg. Frh. v. Jellity betr. die

Steuerliche Entlastung der kleineren und mittleren Städte.

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Die Tatsache, daß ein so findiger Kopf wie der Interpellant nicht in der Lage gewesen ist, bestimmte Vorschläge zur Regelung der Materie in Form eines Antrages zu machen, beweist die Schwierigkeit der Frage. Die vorhandene Ueberbürdung der Kommunen rührt an den Grundlagen unseres Schulwesens. Wir stimmen dem Prinzip zu, daß der Stärkere die Lasten zu tragen hat. Das bedeutet die Aufrollung des Problems einer sozialgerechten Besteuerung. Auf jeden Fall muß hier etwas Großes, Grundlegendes geschaffen werden, wenn wirklich der Zweck erreicht werden soll. Das beste wird eine andere Verteilung der Lasten sein. Wenn der Staat den Kommunen Aufgaben zuweist, soll er auch die Kosten dafür zahlen. Die Gründung von Lehrerbildungsanstalten, wie sie Frh. v. Jellity wünscht, würde Eingriffe in die Selbstverwaltung der Gemeinden unvermeidlich machen; sie wären ein Schritt zur Staatschule und damit zu einer weitgehenden Stagnation unseres Schulwesens. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hirsh (Soz.):

Auch wir erkennen die Notlage der Gemeinden in vollem Umfange an und sind bereit, an der Beseitigung dieser Mißstände mitzuarbeiten. Bei allen Maßnahmen werden wir uns aber in erster Linie fragen, ob nicht etwa dadurch die Selbstverwaltung der Gemeinden noch weiter beschränkt wird, als das heute schon der Fall ist. Die Erklärung des Ministers hat uns nicht befriedigt. Der Regierung sind die Mißstände schon längst bekannt, aber sie hat wieder nur erklärt, sie werde prüfen und erwägen. Was bei solchen Prüfungen und Erwägungen herauszukommen pflegt, wissen wir ja. Herr Minister meinte gestern, die Gemeinden suchten sich in luxuriösen Anlagen zu überbieten. Aber der Begriff des Luxus ist sehr dehnbar. Ich kenne Gemeinden, die bereits die Errichtung eines Krankenhauses für einen Luxus halten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kenne Gemeinden, in denen sich die Armenhäuser, die Asyl für Obdachlose, in einem ganz kulturwidrigen Zustand befinden und wo es trotzdem Leute gibt, die solche Bauten als Luxus bezeichnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eher als von zu großem Luxus der Gemeinden könnte man also davon sprechen, daß manche Gemeinden Sparsamkeit an falscher Stelle treiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ursachen der Finanznot der Gemeinden sind bereits hervorgehoben. Man hat darauf hingewiesen, daß der Staat den Gemeinden eine große Reihe von Lasten aufwägt. Ich freue mich, daß Herr v. Campe den Standpunkt eingenommen hat, daß der Staat die Kosten für solche Lasten zu tragen hat. Das ist auch unser Standpunkt. So sind z. B. viele Gemeinden Ausgaben für Polizeikosten auferlegt worden, ohne daß sie irgendwelchen Einsparung daraus haben. Ich erinnere auch an die Ausgaben, die den Gemeinden durch das Kinderprivileg erwachsen. Wir bekämpfen das Kinderprivileg keineswegs, im Gegenteil, wir wünschen seine weitere Ausdehnung. Jedensfalls aber sind die Bestimmungen geeignet, die Gemeinden zu belasten. Nicht zuletzt erinnere ich daran, welche ungeheure Lasten den Gemeinden durch die Wirtschaftspolitik des Reichs aufgebürdet sind, für die ja die Wehrhaftigkeit dieses Hauses eintritt. Sie hat eine erhebliche Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne für die Gemeinden mit sich gebracht, weiter die große Belastung des Armenrats, erhöhte Ausgaben für Verpflegung in den Krankenhäusern usw. Wenn Sie also die Ausgaben der Gemeinden vermindern wollen, so sorgen Sie dafür, daß mit der heutigen unheilvollen Wirtschaftspolitik ein Ende gemacht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst in der allernächsten Nähe von Berlin gibt es eine Reihe von Gemeinden, die sich in großer Notlage befinden, z. B. Weihensee. Dort betragen die Schuldenlasten allein ein Vielfaches des Ertrages der Einkommensteuer. Andere Gemeinden sehen sich gezwungen, Zuschläge zur Einkommensteuer, bei ganz niedrigem Einkommen zu erheben. Unter solchen Umständen wäre es Pflicht der Regierung, endlich mit Vorschlägen zur Entlastung dieser Gemeinden zu kommen. Wir müssen unterscheiden zwischen Gemeinden, die in der Nähe der Großstadt liegen und anderen. Die sogenannten Vorortgemeinden sind in ihren Ausgaben immer abhängig von der betreffenden Großstadt. In Erkenntnis dieses Zustandes haben wir

bei der Beratung des Zweckverbandes für Groß-Berlin eine gemeinsame Regelung des Steuer- und Volksschulwesens beantragt, Anträge, die die Mehrheit des Hauses leider abgelehnt hat. Andererseits gibt es eine ganze Reihe Zweckgemeinden, die eigentlich in größere Städte eingemeindet werden müßten. Die Hauptsache ist eine gründliche Reform des Kommunalabgabengesetzes in der Richtung, daß den Gemeinden neue Steuerquellen erschlossen werden. Nach der Erklärung des Regierungsvertreters in der Steuerkommission ist leider in absehbarer Zeit nicht daran zu denken, sondern lediglich an eine Reform des Kommunalabgabengesetzes in einzelnen Punkten. Wenn diese Zeitreform kommt, hat die Regierung nicht gesagt, jedenfalls soll sie aber nicht den Zweck haben, den Gemeinden neue Steuerquellen zu erschließen. Danach kann man heute schon sagen, daß auch nach der Reform alles beim alten bleiben wird, daß die Gemeinden genau so notleidend sein werden wie heute. — Der weiter angelegte Gedanke, man solle gewisse Volksschullasten auf den Staat übernehmen, liegt durchaus in der Richtung unserer Forderungen der Uebernahme der Schullasten auf den Staat. Wir erstreben die Staatschule, allerdings nicht eine Schule des heutigen Klassenstaates, sondern eine Schule unter der Verwaltung eines wirklich demokratischen Staates. Dem heutigen Staat wollen wir unser Volksschulwesen nicht anvertrauen, heute ist es bei den Gemeinden viel besser aufgehoben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In derselben Richtung bewegte sich auch ein Antrag der Konservativen in der Steuerkommission, wonach für den Fall, daß die Einnahmen an Einkommensteuern und Ergänzungssteuern einen bestimmten Betrag übersteigen, die Ueberschüsse zum Ausgleich der Volksschul- und anderer Kommunallasten verwendet werden. Leider hat die Mehrheit der Kommission den Antrag abgelehnt. Ich nehme an, daß er im Plenum wieder eingebracht wird. Diese Anregung wäre ein Weg in der Richtung eines Ausgleichs zwischen Reichen und Armen, den ich für dringend notwendig halte. Die Befürchtung des Vorredners, als ob es dann mit dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden vollkommen zu Ende wäre, halte ich für völlig unbegründet. Es kommt eben ganz darauf an, wie ein solches Gesetz beschaffen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Erhöhung der Dotationen würde nur auf dem Gebiet des Armenwesens helfen. Im übrigen sind alles, was hier vorgeschlagen wird, nur Palliativmittel, die Hauptsache ist eine grundsätzliche Reform des Kommunalabgabengesetzes. Bei einer solchen Reform sollte man auch das Steuerprivileg der Beamten, soweit es noch besteht, beseitigen. Wir haben solche Anträge 1909 gestellt, aber die Mehrheit des Hauses hat nur halbe Arbeit gemacht. Das Steuerprivileg der Beamten hatte früher vielleicht einmal Sinn, es hat aber sicher seinen Sinn mehr in einer Zeit, wo sämtliche Arbeiter und wenn das neue Steuerrecht in Kraft tritt, auch die Angestellten auf Grund des § 23 zur Steuer herangezogen werden. Ferner sollte man auch eine Besteuerung des Kapitals durch die Gemeinden einführen. Der Grundbesitz wird vollständig zur Gemeindesteuer herangezogen. Allerdings halte ich die Klagen einiger Vorredner über eine zu hohe Belastung des Grundbesitzes für unbedeutend. Seine Belastung ist nur eine Scheinbelastung, denn die Haus- und Grundbesitzer verstehen es ganz vortrefflich, die Lasten auf die Mieter abzuwälzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben 1909 beantragt, daß auch zur Ergänzungssteuer Zuschläge erhoben werden sollen. Ich glaube, wir standen mit dieser Anregung ganz allein da. Auch jetzt wieder hat die Regierung bei der Reform der Steuerrechte nicht daran gedacht, den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, Zuschläge zur Ergänzungssteuer zu erheben. Dabei ist die Ergänzungssteuer bei uns kaum der Rede wert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Befürchtung, daß etwa aus Gemeinden mit hohen Ergänzungssteuerschlägen die reichen Steuerzahler ausziehen würden, ließe sich leicht dadurch begegnen, daß man gesetzlich festlegt, daß der Zuschlag in allen Gemeinden Preußens einheitlich sein soll. Sie sehen also, es fehlt nicht an Möglichkeiten, den kleinen Gemeinden zu helfen. Die Regierung mag aus der Debatte den Schluß ziehen, daß es ihre Pflicht ist, endlich den Worten die Tat folgen zu lassen und etwas mehr Dampf hinter ihre Arbeiten zu setzen, die Erwägungen endlich abzuschießen und möglichst bald mit einer wirklich durchgreifenden Reformvorlage zu kommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cappel (Sp.): Die Steigerung der Ausgaben der Gemeinden für gewiß notwendige kulturelle und soziale Zwecke ist enorm; manche Gemeinden gehen dabei doch etwas zu schnell vor und bauen z. B. ein Krankenhaus haben, ein Luxu-

riöses Rathaus. Für die Bildung muß viel geschehen, aber eine kleine Gemeinde braucht nicht gleich jede Art höherer Schulen. Pamphafte Schulbauten belasten die Gemeinden mit dauernden Schulden. Die Ueberlastung der Landräte und Bürgermeister mit der Steuererschätzung ist kolossal. Wäre sie nicht vorhanden, so würden ganz andere Steuerbeiträge einkommen. Herr v. Jellity nimmt mir zu — beim Steuerrecht, wenn wir die Anstellung eigener Steuerkommissare übertragen werden, kann er diese Zustimmung betätigen. (Sehr gut! links.) Im Gegensatz zum Vorredner bin ich Gegner der Staatschule. Für Preußen ist der Fortschritt der Schule durch ihre Unterstellung unter die Gemeinden gesichert. Für progressiv steigende Steuerzuschläge auf Kapitalbesitz sind auch wir.

Damit ist die Besprechung erledigt.

Abg. Jritsch (natl.) begründet eine Interpellation über eventuelle Maßnahmen zur Abhilfe der

Kreditnot des städtischen und ländlichen Grundbesitzes.

Damit verbunden wird die Beratung des Antrages Dr. Arendt (st.), der Untersuchungen über Abhilfe der städtischen Kreditnot verlangt. Der Antrag wird vom Antragsteller begründet.

Landwirtschaftsminister Dr. Jehr. v. Scharlemer: Eine Kreditnot für den ländlichen Grundbesitz besteht nicht, im Gegenteil, wir müssen seine Entschuldung fördern. (Beifall rechts.) Die Einführung einer Verschuldungsgrenze reicht dazu nicht aus, es schweben Erwägungen über die sonst nötigen Maßnahmen. Für den städtischen Kredit ist eine bessere Organisation nötig, wie sie auf dem Lande schon in den Landwirtschaftsbanken besteht. Erfolgreich ist die Errichtung städtischer Pfandbriefanstalten. Leider ist der städtische Grundbesitz zu einer Handels- und Schleudergüter geworden, worunter die anständigen Hausbesitzer, die Bauhandwerker und nicht zuletzt die Mieter leiden. (Zustimmung.) Durch die Gewährung zweiter Hypotheken können die Städte in Sorgen geraten, dazu sind auch die städtischen Gelder nicht da. Eine Vorbedingung zur Abhilfe der Kreditnot ist die Errichtung von Schätzungsämtern. Warten Sie die Vorschläge der Regierung über all diese schwierigen Fragen vertrauensvoll ab.

Auf Antrag des Abg. Klose (Ztr.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Klose (Ztr.): Die Terringesellschaften mühten überflüssig, wo eine städtische Bodenpolitik nicht betrieben wurde. Der Staat hat um so mehr die Pflicht, für eine Verbesserung der Realzweckverhältnisse zu sorgen, als durch das Sparmaßengebiet wieder bedeutende städtische Mittel festgelegt worden sind. Die Notwendigkeit der Entschuldung des städtischen Grundbesitzes geben auch wir zu. Wichtig wäre auch die Schaffung eines Refraktionskredits.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Reimer (L.) wird die Vertagung beschlossen.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwis schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Mittwoch, den 8. Januar, mit der Tagesordnung: erste Lesung des Etats.

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.):

Es ist sehr bedauerlich, daß es wieder nicht zu der Beratung des Antrages Jritsch betreffend Abschaffung der Arreststrafen für Unterbeamte gekommen ist sowie der dazu mit zur Verhandlung gestellten Petitionen, die das Beamtenrecht und die Wünsche der Unterbeamten auf Teuerungszulagen und Regelung des Gratifikationswesens betreffen. Das Haus hat bereits einmal einstimmig beschlossen, diese Wünsche der Beamten der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Regierung hat aber inzwischen nichts in dieser Richtung getan. Es wäre sehr wünschenswert, wenn noch vor Weihnachten diese Wünsche der Beamten endlich erfüllt werden könnten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich gebe dem Wunsch Ausdruck, daß dieser Gegenstand so bald wie möglich wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Präsident Graf Schwerin-Löwis: Ich werde diesen Wunsch nach Möglichkeit berücksichtigen.

Abg. Dr. Arendt (st.): Wenn niemand widerspricht, wäre es vielleicht möglich, noch heute ohne Debatte den Antrag Jritsch in bezug auf die Abschaffung der Arreststrafen anzunehmen.

Abg. Jehr. v. Jellity (st.): Wenn das Haus bisher noch nicht zur Verhandlung des Antrages Jritsch gekommen ist, so trägt die Schuld Herr Liebnicht und seine Freunde, weil sie uns durch lange Reden aufgehalten haben. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Crüger (Sp.) beantragt, auch die Petitionen ohne Debatte durch Uebersetzung an die Regierung zur Berücksichtigung zu erledigen.

Kleines feuilleton.

Bücherjubiläum. Wie manche Neuauflagen erscheinen heutzutage — schreibt Paul Landau — die eigentlich nur für den Bücherfresser berechnet sind und an denen der Reibe, der sie nun auch lesen möchte, die größte Enttäuschung erlebt! Das sind die Schattenseiten des großen Aufschwunges, den die Bücherproduktion erlebt hat, die Schattenseiten der neuerwachten Bücherlust und des bibliophilen Sammelwunsches. Der Buch-Nobis hat sich in einer früher kaum geahnten Reinkultur entwickelt. Für diesen Bücherleser ist das Buch gar nicht mehr Vermittler eines durch Lesen zu erlangenden Eindruckes, sondern es ist Selbstzweck; Selbstzweck der Druck, dessen Anordnung ein Künstler überwinden muß, Selbstzweck das Papier, das man mit den Fingerspitzen liebt, wenn es alles japanisches Wägen oder zum mindesten von Gelsen ist, Selbstzweck das Vorlagpapier und der Einband. Wie vor einem Götzenbilde beraucht sich der Bibliophile im schlechten Sinne, dieser Fanatiker der Luxusausgabe, vor dem Vorzugdruck; doch diese herrlichen Einförmigkeiten von Druckerfärbung und Papierweiß auch zu lesen, daran denkt er nicht. Heute erscheint fast von jedem Roman schon eine Luxusausgabe, und diese wenigstens dreifach so teuren Bücher sind häufig zuerst vergriffen. Aber überläßt man auch das kostbare, nur in einer beschränkten Auflage erscheinende Druckwerk als den Erben des alten „Prachtwerkes“ seinem Schicksal, mehr angehen, als gelesen zu werden, so bleiben doch noch genug Bücher übrig, die gewiß keinem „längst gefühlten Bedürfnis“ abhelfen.

Der Mann mit dem halben Gehirn. Aus Stockholm wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Wie noch erinnerlich sein wird, ereignete sich hier im Sommer 1911 der seltene Fall, daß ein zur militärischen Lebung eingezogener junger Mann, ein Handlungsgehilfe namens Blomquist, infolge eines Fehlschlusses in die Schläfe eine bedeutende Menge der Hirnmasse verlor, und zwar in der Größe einer gebasteten Faust. Man hielt die Genesung des Unglücklichen für ausgeschlossen. Merkwürdigerweise vollzog sich aber der Heilungsprozess doch besonders günstig. Es gelang die Wunde zu entfernen, und nachdem der Patient etwa vierzehn Tage in bewußtlosem Zustande gelegen hatte, wurde er allmählich wiederhergestellt. Die interessante Frage war nun die, welchen Einfluß der Verlust eines so großen Teiles der Hirnmasse auf die geistigen Fähigkeiten des jungen Mannes haben würde. Eine Lähmung trat überhaupt nicht ein. Das Gedächtnis schien ungeschwächt zu sein. Das Sprechvermögen und der Geschäftssinn hatten aber erheblich gelitten, und die Fähigkeit des Patienten, Buchstaben zu kombinieren, und damit auch das Vermögen, zu lesen und zu schreiben, war bedeutend gestört.

Wie der Arzt des Patienten, Dr. Fröderström, jetzt dem Blatte „Dagens Nyheter“ mitteilt, ist die Besserung während

des letzten Jahres noch weiter fortgeschritten. Blomquist hat von einem Taubstummenlehrer fortwährend Unterricht erhalten und sowohl im Schreiben als im Lesen erhebliche Fortschritte gemacht. Dieser Tage hat Blomquist von seinem Elternhaus aus, wo er sich gegenwärtig aufhält, einen Brief an Dr. Fröderström geschrieben; der Brief ist freilich nur wenige Zeilen lang und voll von orthographischen Fehlern; doch zeugt er von einer erheblichen Zunahme des Schreibvermögens des Patienten. Der Vater Blomquists schreibt gleichzeitig an den Arzt, daß das Allgemeinbefinden seines Sohnes recht gut sei; nur leide dieser zuweilen etwas an Gedächtnisschwäche und an einer auffallenden Wortarmut; es verursache ihm große Mühe, die einzelnen Buchstaben zu Worten zusammenzufügen. Blomquist vermag kürzere Zeitungsaufsätze zu lesen und aufzufassen; sobald aber kompliziertere Fragen, etwa politische oder religiöser Natur, behandelt werden, versagt meistens sein Auffassungsgedächtnis.

Theater.

Kgl. Schauspielhaus: „Don Carlos“ von Schiller. Die von Reinhard Brud neuinszenierte Aufführung entbehrte aller hervorragenden schauspielerischen Kraft, die vom Sturm und Drang des jungen Schiller befeuert, einen über die mannichfachen Schwächen und Hemmungen des dramatischen Aufbaues hätte hinwegtragen können. So debattierten sich die viereinhalb bis fünf Stunden des Spiels aufs Doppelte der Zeit. Ohne einen Marquis Posa, der seine künstlichen, teilweise verästelten Berechnungen durch ein festlich hohes Bild des Seelenadels und freideutschen Enthusiasmus vergessen läßt, ohne einen Philipp, den ein Schauer menschenfeindlicher Despotengröße umwittert, bleibt die Stimmung des Werkes auf der Bühne stumm, drängt sich die umständlich schwerfällige Intrige lähmend in den Vordergrund. Sehr geistvoll hat Schiller in den Briefen über Don Carlos seine Intentionen erläutert, sehr fein sind seine psychologischen Betrachtungen, daß hochfliegender Idealismus leicht dazu neige, Vorsehung zu spielen und nach geheimen Plänen die Einzelnen als Werkzeuge zu mißbrauchen; aber die Bedenken des Zuschauer werden damit in keiner Weise widerlegt. Klar tritt es in dem Stück hervor, daß Posas Freundschaft zu Carlos weniger dem unmittelbaren Antriebe der Natur als der Hoffnung entspringt, diesen Hochgeflückten in einem Zeitalter, das noch ganz naiv an eine grenzenlose Macht der Könige glaubt, zum Menschenbeglückter und Bringer der Freiheit zu bilden. Aber zufällig, ja Posas eigentlichem Wesen widersprechend, scheint es, daß dieser dem Freunde nichts von Philipps eiferfüchtigem Verdacht sagt, sondern ihn justament vermittelst einer abenteuerlich verwickelten Intrige retten will. Geräuschlos ohne Gehäusen, in stiller Größe zu wirken — so verteidigt Schiller das mehr als seltsame Verhalten seines Helden in dem Drama — ist Posas Schwärmerei. Still wie die Vorsehung für einen Schlafenden sorgt, will er des Freundes Schicksal auflösen, er will ihn retten wie einen Gott — und eben dadurch richtet er ihn zu Grunde...

wäre die Intrige durch die gegebenen Umstände einleuchtend vorgezeichnet, ja böte sie auch nur etwas bessere Chancen glücklichen Erfolges als die offene Mitteilung, so könnte man das gelten lassen. Indes die Hauptsache, eben dieser Zwang des Zweckmäßigen, fehlt im Drama, und ohne einen solchen Hintergrund erscheint das Doppelspiel als leere Ueberanstrengung, als eine Wendung, die, anstatt aus dem Charakter selbst hervorzufließen, nur äußerliches Mittel ist, das tragische Ende Posas zu ermöglichen.

Herrn Mühlhofsers Posas war der jeder Suggestion. Er schenken dem König Philipp durch gemächliches Zureden zur Proklamierung der Gedankenfreiheit gewinnen zu wollen und machte alle Risse des Charakterbildes doppelt fühlbar. Auch Sommerstorf, früher ein vortrefflicher Darsteller des Marquis, brachte es in der Figur des Philipp, einige Momente abgerechnet, zu keiner rechten Wirkung, ebensowenig Alois Lopye als Eddi und Herr Geisenbörfer, der als Carlos in Ton und Haltung durchaus repräsentabel, blieb es versagt, die Passion mit schwingender Empfindung auszulösen.

Notizen.

— Im Deutschen Opernhaus sind die Vorbereitungen für „Oberon“ soweit gediehen, daß die Erstaufführung bestimmt am Dienstag, den 17. d. Mts., stattfindet.

— Bühnenchronik. Das Gastspiel des Russischen Ballets bei Kroll ist bis zum 20. d. Mts. verlängert worden.

— Ein neues Drama von Sven Lange, das das Redaktionsmilieu einer Tageszeitung vorführt, wurde imopenhagener Dagmartheater ohne besonderen Erfolg aufgeführt. Das Stück, das „Die Presse“ heißt, dramatisiert den Alberti-Skandal und seine Vorgeschichte und ist, obwohl es wenig dramatisch ist, zweifellos ein interessanter Versuch, modernes politisches Leben auf der Bühne darzustellen.

— Schopenhauers philosophische Vorlesungen erscheinen in diesen Tagen zum erstenmal im Verlag R. Piper u. Co. in München. Schopenhauer hatte für seine Vorlesungen in Berlin im Jahre 1820 kein Publikum gefunden und sie wieder abbrechen müssen. Er hatte das Manuskript aber aufs feinste ausgearbeitet.

— Platausstellung. Die Typographische Vereinigung Berlin veranstaltet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Ausstellung von mehr als 300 Plakaten vom 14. bis 18. Dezember. Die Ausstellung ist geöffnet wochentags von 6 bis 9 Uhr abends und Sonntags von 9 bis 1 Uhr vormittags. Führungen finden statt: Sonnabend und Sonntag Herr Georg Krebs-Keipzig, Montag Herr Paul Westheim, Dienstag Herr Otto Wönigk und Herr Paul Wulfsdorf. Am Mittwoch spricht Herr Julius Minger über die moderne Plakatkunst. Der Besuch der Veranstaltungen ist unentgeltlich.

Wir haben nichts dagegen, wenn der Antrag Arndt angenommen wird und die Petitionen insoweit erledigt werden, als sie sich auf die Arreststrafen beziehen. Der Abg. v. Joditz hat, ohne den Schutten eines Beweises dafür zu erbringen (Laden rechts), behauptet, wir hätten durch lange Reden das Haus aufgehalten. Sie können sich aus den stenographischen Berichten überzeugen, daß wir in dieser Session sehr selten und auch nur kurz gesprochen haben. Aber diese Behauptung gehört nun einmal zum häßlichen Repertoire des Herrn v. Joditz. Mit demselben Recht oder vielmehr Unrecht könnte ich sagen, wie sich nicht dazu gekommen, weil Herr v. Joditz uns durch Stellung unnötiger Anträge aufgehalten hat.

Abg. v. Joditz: Was gerichtsständig ist, braucht man nicht zu zweifeln. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Dem Antrag Krüger müssen wir widersprechen, weil wir für notwendig halten, bei Gelegenheit dieser Petitionen die ganze Frage der Unterbeamten zur Erörterung zu bringen. (Zuruf des Abg. v. Joditz.) Zeit wissen wir, was Herr v. Joditz unter überflüssigen Reden versteht. Er tut jetzt so, als ob unser Wunsch nur dahin geht, bei jeder Gelegenheit nur überflüssige Reden zu halten. Ich stelle also fest, daß Herr v. Joditz Erörterungen über die Lage der Unterbeamten zu den überflüssigen Reden zählt. (Lachen rechts. — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Notwendigkeit der Zweierbegutachtung der Unterbeamten scheint in Einmütigkeit zu herrschen. Wir erwarten, daß die Regierung nun endlich dem Wunsche entsprechen wird. (Zustimmung.)

Der Antrag Arndt wird hierauf einstimmig angenommen.

Präsident Schwenke-Löwig: Im übrigen steht die Tagesordnung fest. Ich wünsche Ihnen allen ein recht frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein frohes, arbeitskräftiges Wiedersehen im neuen Jahr. (Bravo!)

Schluß 5 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Beim Kellnerstreit im Restaurant „Kuhstall“.

Der im April dieses Jahres andruch, kam es in und vor dem Lokal zu einem Streit. Sie wurden gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (129. Abteilung) sehr gründlich in einem Prozeß erörtert. Der gegen den Gewerkschaftsbeamten Bardele, den Gewerkschaftsbeamten Wernat und den Tischler Werg verhandelt wurde.

In dem Lokal hatte am 7. April (1. Osterfesttag) abends noch 10 Uhr bei der Verteilung eines an die Gäste gerichteten Flugblattes, das die Arbeitsverhältnisse der im Restaurant „Kuhstall“ beschäftigten Kellner schilderte, der selber als Gast anwesende Werg heftig protestiert. Hierbei soll er sich eines Hausfriedensbruchs dadurch schuldig gemacht haben, daß er auf Aufforderung nicht sogleich hinausgegangen sei. Als er und seine ihn begleitende Frau von dem Kassierer Schumann und seinen Leuten unter Anwendung von Gewalt hinausgebracht worden waren, entstand draußen in der Innerecke unter der Tisch angefallenen Menge eine Erregung, weil bekannt wurde, daß Werg und seine Frau gestrichelt worden seien. Da soll dann der beim Besuch der Gastwirtschaften angestellte Gewerkschaftsbeamte Bardele, der sich um diese Zeit auf der Straße befand, den Gastwirt Schumann und seine Portier Guffe und Binder durch Schimpfworte beleidigt und überdies durch den Ruf: „Wir wollen dem Herr die Wade in Klump schlagen!“ die Menge zu einer Beschädigung aufgefordert haben, auch soll infolgedessen es tatsächlich zu einer Beschädigung des in der Straßenseite gelegenen Gittertores gekommen sein. Der beim Gastwirtschaftenverband angestellte Gewerkschaftsbeamte Wernat, der gleichfalls auf der Straße verweilte, wird in der Anklage beschuldigt, Schumann durch den Ruf: „Hier“ beleidigt zu haben.

Insüßlich hatte die Kriminalpolizei geglaubt, die ganze Sache auf das Gleis eines Landfriedensbruchsprozesses schieben zu können. Aber selbst das, was dann als Unterlage für Erhebung einer Anklage wegen Aufreizung übrig blieb, hatte vor Gericht keinen Bestand. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine hat Verweis dafür auf, daß die Witterung nicht durch Personen aus der Menge, sondern durch einen Angehörigen des Lokals selber, einen gewissen Schmidt, geöffnet worden sei. Dieser inzwischen nach außerhalb verzogene Zeuge war ausgesprochen, doch soll das Gericht zunächst von der beantragten Verurteilung ab, und der Prozeß konnte schließlich ohne ihn zu Ende geführt werden.

Der Angeklagte Werg erklärte, er sei bei seinem Versuch, die ihm erst im Lokal ausgehändigten Flugblätter auszuverteilen, sofort durch Schumann hinausgeschoben worden. In der Tat sei er und seine Frau von Binder mit einem Gummischlauch geschlagen worden. Der Angeklagte Bardele gab zu, bei diesem Anblick Schimpfworte gegen den Schläger ausgesprochen zu haben, doch seien sie nur gegen Binder gerichtet gewesen, der seiner Meinung nach geschlagen habe. Er bestritt, gerufen zu haben, daß man „die Wade in Klump schlagen“ solle. Der Angeklagte Wernat bestritt, geschimpft zu haben. Ueber die Verhandlungen, die er selber vor Ausbruch des Streits mit Schumann im Auftrag des Verbandes geführt hatte, äußerte er sich eingehend. Schumann, in dessen Betrieb Personal gezwungen gewesen sei, auf der Toilette das Essen einzunehmen, habe gegenüber der Kommission sich schroff ablehnend verhalten.

In der Beweisführung hatte unter den zahlreichen Zeugen, die in der reichlich vierstündigen Verhandlung vernommen wurden, Gastwirt Schumann den Vortritt. Er sagte, daß er, der vor dem Streit neun Kellner beschäftigte, nachher nur noch fünf habe beschäftigen können. Werg habe er erst nach mehrmaliger Aufforderung hinausgebracht, und zwar durch die Hintertür, während der durch den vorderen Eingang hinaus getwollt habe. Von Binders Gummischlauch wußte er nichts, doch gab er zu, seinem Portier Binder im Voraus geraten zu haben, daß er sich bewaffnen möge. Portier Guffe behauptete, vor der Tür von Bardele ein „Stroh“ genannt worden zu sein, weil er bei solchem „Schweinehund“ arbeite. Auch daß Bardele aufgefordert habe, „die Wade in Klump“ zu schlagen, habe er gehört. Portier Binder wußte sich gar nicht mehr zu erinnern, daß er geschossen habe, Werg hinauszubringen. Er bestritt auch, ihn oder dessen Frau geschlagen zu haben. Zunächst verweigerte er hier die Antwort, hinterher aber stellte er es aufs bestimmteste in Abrede. Auch vom Gummischlauch wußte er nichts. Strafanzug wegen Beleidigung hatte er gegen Bardele gestellt, weil die Polizei ihn diesen Namen nannte. Bardele erklärte hierzu, daß die von ihm gebrauchten Schimpfworte in der Tat gegen Binder gerichtet gewesen seien, weil eben der geschlagen habe. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde durch einen von der Verteidigung geladenen Kellner Müller, der an jenem Abend bei Schumann in Stellung war, auf das bestimmteste behauptet, Binder habe selber in seiner Portierrolle ihn einen Gummischlauch gezeigt und ihn als ein „gutes Werkzeug“ gepriesen. Binder bestritt zunächst, daß er das schon an jenem Abend getan habe, dann sagte er, es sei ja nur ein Stück Gummischlauch gewesen. Müller gab schließlich an, der Schlauch habe sogar eine Sandfüllung gehabt. Derselbe Zeuge teilte auch mit, Schumann habe sich in jener Zeit noch einen besonders kräftigen Ausschüßsportler, einen früheren Athleten, engagiert, der pro Tag 5 M. und Kost erhielt. Uebrigens präsentierte sich auch Herr Schumann selber vor Gericht als ein Mann von sehr kräftigem Körperbau. Daß Binder auch Frau Werg mit dem Gummischlauch geschlagen habe, behauptete diese als Zeugin. Ein ärztliches Attest bezeugte unter anderem zwei Stellen auf dem Oberarm, 8-10 Zentimeter lang und 1 1/2-2 Zentimeter breit. Hiebe hatte auch ein Schuhmacher Kuster bekommen, der, wie er als Zeuge angab, im Lokal als Gast eines der verteilten Flugblätter las und auf Schumanns Kommando: „Mit dem Rest hinten raus!“ hinausgepebirt wurde. Ein anderer Gast, Kaufmann Ruchberg, trat, als Werg und Frau hinausgebracht wurden auf Schumanns Befehl von der Tür zurück, sah aber noch, daß draußen eine Frau geschlagen wurde.

Unter den sonstigen Zeugenaussagen verdiente die des Kriminalbeamten Studinski besonderes Interesse. Er hatte auf der Straße Bardele und Wernat festgehalten und besonders auf ihn ging die Anschuldigung zurück, daß auf Bardeles Ruf unter seiner Führung die Menge sich gegen das Gittertor in Bewegung gesetzt habe. „Aber, wo seid ihr denn? Unsere Genossen sind da geschlagen worden! Dem wollen wir mal die Wade in Klump schlagen!“ so ungefähr habe Bardele die Menge angefeuert. Zeuge stellte diesen von ihm behaupteten Vorgang so dar, wie wenn Bardele sogar von einem gegenüberliegenden Lokal herbeistehende Hilfstruppen habe herbeiwinken wollen, und er fügte hinzu, tatsächlich seien Personen von dort herbeigelaufen. Der Verteidiger wies das als Phantasiestück zurück, eventuell werde der betreffende Schankwirt diese Angaben widerlegen.

Aus der Beweisaufnahme zog der Anwalt selber das Fazit, daß Bardele von der Anklage, der Aufreizung, die nicht erwiesen sei, freizusprechen sei. Dagegen sei er wegen Beleidigung von Schumann, Guffe, Binder mit 30 Mark, 30 Mark, 10 Mark, zusammen 70 Mark Geldstrafe zu bestrafen. Wernat sei freizusprechen, weil das Schimpfwort „Idiot“ nicht nachgewiesen sei. Werg sei von vornherein in der Absicht, Flugblätter zu verteilen, „widerrätlich eingebrungen“ und nachher trotz Aufforderung nicht hinausgegangen und folle dafür mit 2 Wochen Gefängnis bestraft werden. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine forderte Freisprechung der Angeklagten von sämtlichen Punkten der Anklage, mit Ausnahme der Beleidigung gegen Binder, die Bardele selber zugegeben habe. Diese sei aber sehr milde zu beurteilen, weil sie durch Binders Gewalttätigkeit gegenüber einer Frau erklärt werde. Zum Fall Werg führte der Verteidiger aus, daß Werg, wenn er von vornherein die Absicht der Zettelverteilung hatte, doch nicht seine Frau mitgenommen hätte. Er habe das Lokal verlassen wollen, aber durch den anderen Ausgang, wo seine Frau sah und auch sein Hut hing, den er schließlich eingeholt habe. Der ganze Vorfall sei unbedeutend gewesen, erst durch Gewaltanwendung habe Schumann samt seinen Angestellten den Skandal verschuldet. Und schließlich sei dann der Geprügelte noch auf die Anklagebank gekommen.

Das Gericht sprach Wernat frei, ebenso Bardele frei von der Anklage der Aufreizung. Dagegen wurde Bardele wegen der ihm zur Last gelegten drei Beleidigungsfälle zu 70 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen Werg wurde wegen Hausfriedensbruchs auf 30 M. Geldstrafe erkannt.

Attentatsfälle im Berliner Polizeipräsidium.

durch welche die Strafverfolgung mehrerer Personen unmöglich gemacht wurde, bildeten den Gegenstand eines Prozesses, der gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dellekamps vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung kam. Angeklagt wegen Amtsverbrechen im Sinne der §§ 343, 349 St.-G.-B. (Vernehmung unrichtiger Urkunden gegen Entgelt) bezw. Anstiftung dazu, waren der frühere Polizeidirektor Otto Bräutigam und der frühere Polizeibeamter Karl Graemer, beide in Untersuchungshaft.

Der Angeklagte Bräutigam war seit mehreren Jahren in dem Berliner Polizeipräsidium als Bureauchef beschäftigt, und zwar bezog er zuletzt 112,50 M. monatlich. Er war seit längerer Zeit in der Registraturabteilung der Kriminalpolizei tätig und hatte hier die einlaufenden Anzeigen zu bearbeiten und an die einzelnen Dezernenten zu verteilen. Nach seiner Angabe war er schon von früher her mit dem inzwischen verstorbenen Restaurateur Karloff in Verbindung, der am Bahnhof Schadowsee einen großen Gasthof betrieben hatte, näher befreundet. Eines Tages sei K. zu ihm gekommen und habe ihm erzählt, daß gegen ihn eine Anzeige wegen Kuppelerei erhoben worden sei. Ihm liege daran, da er faßch beschuldigt sei, näheres über die Person des Anzeigenden zu erfahren. Er habe dann aus Freundschaft für K. das betreffende Aktenstück von dem Vulte eines Kollegen, der die Sache bearbeitete, entwendet und es Karloff gezeigt. Dieser habe plötzlich die Anzeige herabgenommen und zerissen. Für seine Gefälligkeit habe ihm K. ein Zwanzigmarkstück in die Hand gedrückt, welches er behalten habe, da er durch Krankheitsarbeiten in der Familie bei seinem geringen Gehalt in Not gewesen sei. Karloff habe ihn nun völlig in den Händen gehabt. Wie der Angeklagte vor Gericht weiter angab, habe er dann noch zwei weitere Anzeigen wegen Kuppelerei und Abtreibung, die gegen K. eingelaufen waren, vernichtet, wofür ihm K. ein Darlehen von 80 M. erlassen habe. Da auch weiterhin Anzeigen und ganze Aktenstücke aus dem Bureau des Polizeipräsidiums verschwand, wurden insgeheim Beobachtungen angestellt, die schließlich zur Verhaftung der beiden Angeklagten führten. Die Anklage behauptet, daß Bräutigam auch Anzeigen wegen Kuppelerei, welche die Restaurateure Wieser und Wehm betrafen, gegen Entgelt habe verschwinden lassen. Ebenso soll er eine Anzeige gegen den Mitangeklagten Graemer, dessen Ehefrau ein kleines Hotel betrieb, gegen Vergütung beiseite geschafft haben. Graemer selbst bestritt vor Gericht, irgendwelche Zahlungen an den Angeklagten K. geleistet zu haben.

Eine weitere Episode wurde durch eine Ausflucht des Angeklagten hervorgerufen. In seiner Tasche fand sich eine wohl ebenfalls von ihm zur Vernehmung bestimmte Anzeige. Auf die Frage, wie er denn erklären wolle, daß das Aktenstück in seine Tasche kam in die Akten gekommen sei, gab er an: am dem Tage, dem 30. August, sei gerade sein Geburtstag gewesen. Da habe er die Gratulation seiner Kollegen erwartet, um sie in üblicher Weise zu treffen. Nur die eiligen Sachen habe er bearbeitet. Die Anzeige aber an den falschen Ort gebracht. Das sei so der Brauch. Der Vorsitzende meinte unter Heiterkeit auch der Geschworenen: wenn das so Brauch sei, so sei es bei der großen Anzahl der Beamten verwunderlich, wenn überhaupt noch ein Tag zur Erledigung der nicht eiligen Sachen übrig bleibe.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Beledigung und Amtsverbrechen und bezüglich des Angeklagten Graemer nach Anstiftung zum Amtsverbrechen. — Das Urteil lautete gegen Bräutigam auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust und gegen Graemer auf sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von je einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

Zwei Freisprechungen vor dem Reichsgericht.

Der seltene Fall, daß das Reichsgericht, statt in die Vorinstanz zurückzuweisen, sofort freispricht, ereignete sich am Donnerstag vor dem dritten Strafsenat des Reichsgerichts zweimal. In beiden Fällen waren die Vorinstanzen so stark der ausdehnenden Interpretationsansicht des Reichsgerichts gefolgt, daß dem Reichsgericht selbst das verurteilende Ergebnis zu weit ging.

Der erste Fall betraf eine Kindesentziehung durch Lii. Das Reichsgericht hat in einem früheren Fall angenommen: hat eine Mutter, während sie das Mütterziehungsrecht hatte, ihr Kind heimlich an einen dem Vater unbekanntem Ort gebracht und hält es dort verborgen, so entzieht sie das Kind dem Vater mit Lii. Wird später dem Vater allein das Erziehungsrecht übertragen, so entzieht die Mutter das Kind dem Erziehungsberechtigten mit Lii, wenn sie den Aufenthalt des Kindes noch länger verheimlicht und es absehe, den Aufenthalt des Kindes noch länger verheimlicht und es absehe, den Aufenthalt des Kindes noch länger verheimlicht. Auf Grund dieser Entscheidung hatte bei folgendem Sachverhalt das Landgericht Bremen den Leptizier Friedrich Gottlieb Rosdeder wegen Kindesentziehung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Durch Gerichtsbeschluss vom 18. Oktober v. J. wurde die zirkuläre 10 Jahre alte Tochter des Angeklagten der väterlichen Erziehungsgehalt entzogen und der Mutter zugesprochen. Eine gegen dieses Urteil erhobene Beschwerde des Angeklagten wurde abgewiesen. Seine Frau erwiderte am 14. Dezember einen Gerichtsbeschluss auf Bornehme von Zwangsmaßnahmen gegen ihren Mann auf Herausgabe der Tochter. Koch bevor aber der Angeklagte Kenntnis davon erhalten hatte, war das Mädchen durch seine Tante nach Hannover und dann wieder nach Bremen gebracht worden. Als der Angeklagte nach dem Aufenthalte des Kindes gefragt wurde, weigerte er sich, diesen zu nennen, obwohl er ihm bekannt war. In dieser Weigerung hat das Gericht ein Vergehen gegen § 235 des Strafgesetzbuches erblickt. — Der Angeklagte behauptete in der Revision, nicht rechtswidrig gehandelt zu haben, als er das Kind von Hannover fortbringen

ließ. Denn zu jener Zeit habe er noch keinen rechtsgültigen Beschluß des Gerichts empfangen, und eine Rechtspflicht, dem Gericht oder der Polizei gegenüber den Aufenthaltsort seiner Tochter anzugeben, bestehe nicht. Wegen dieser Ausnahmeverweigerung hätte er nicht wegen Entführung bestraft werden dürfen, da diese nicht mit Lii ausgeführt worden sei. Das Reichsgericht hielt die Revision für begründet. Es hob deshalb das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

Ein zweites freisprechendes Urteil betraf den Plahmeister Robert Schmidt, der vom Landgericht Steinfurt am 22. August wegen Urkundenfälschung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Der Angeklagte hatte einer gewissen F. die Heirat versprochen und kaufte im Juli und Oktober 1906 von der Firma Br. in Steinfurt Möbel auf Abzahlung. Um nun nicht seine Persönlichkeit bekanntzugeben, unterzeichnete er, die Kaufverträge mit Artur K. In der Revision beantragte er, daß nicht festgestellt werden solle, worin der rechtsnützliche Vermögensvorteil liegen soll, denn er habe lediglich nur deshalb seinen Namen verschwiegen, um unbekannt zu bleiben; die Zahlungen habe er erwiesenermaßen pünktlich der Firma zugestellt. Es liege also höchstens eine schriftliche Lüge, nicht aber eine Urkundenfälschung vor. Auch das Reichsgericht vertrat den Standpunkt, daß die Tatbestandsmerkmale für ein Verbrechen der Urkundenfälschung nicht gegeben seien und hob deshalb das Urteil auf, erkannte auch auf Freisprechung des Angeklagten.

Zur Strafgesetznovelle.

Das Landgericht Wiesbaden hat am 2. September den Briefboten außer Dienst Kaspar Melchior Krauß wegen schweren Diebstahls in zwei Fällen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte in Hingen zweimal unter erschwerenden Umständen aus einer Scheune Stroh gestohlen, um es als Viehfutter zu verwenden. Das Landgericht glaubte auf diesen Tatbestand die Novelle vom 10. Juni 1913 nicht anwenden zu können. Auf die Revision des Angeklagten hob am Donnerstag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Feststellung des Tatbestandes ist nicht ausreichend. Aber es beziehen auch Bedenken, ob der § 370, 5 in der neuen Fassung mit Recht für nicht anwendbar erachtet worden ist. Bei der geringen Menge und dem geringen Werte muß jedenfalls die Ansicht, daß Viehfutter unter keinen Umständen zu den Gegenständen des wirtschaftlichen Gebrauchs gehört, in dieser Allgemeinheit als rechtsirrtümlich bezeichnet werden.

Nach der Strafgesetznovelle ist nur auf Antrag zu verurteilen und darf nur mit Gefängnis bis 150 M. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft werden, „wer Nahrungs- oder Genussmittel oder andere Gegenstände des hauswirtschaftlichen Verbrauchs in geringer Menge oder von unbedeutendem Werte zum alsbaldigen Verbrauch entwendet oder unterschlägt“.

Aus der Frauenbewegung.

Die Zirkusballerina.

Im modernen Zirkusbetrieb treten die Vorstellungen von Tierdressuren, Akrobatenanstrengen und Clownsprächen, die in früheren Zeiten den Spielplan ausschließlich beherrschten, immer mehr zurück gegenüber der Fantonomie und dem Ballett mit ihren Waffenschauhaltungen von Frauenfleisch. So mancher Proletarierin, die den ganzen Tag über die Kährarbeit gebeugt sitzen muß, so mancher, die — selbst ein Stück Raschheit geworden — in nicht endender Ironie Tag aus, Tag ein, Jahr aus, Jahr ein, denselben Handgriff an der tausenden, klappernden Maschine zu machen hat, erscheint das Bild der Ballettängerin glänzend, beneidenswert, wenn sie Abend für Abend mit ihrer wirbelnden Kostümtheit, ihrer ausgelassenen Grazie den beifallsfreudigen Schaulustigen eine Augenweide bietet. Sie leben und arbeiten die Ballettängerinnen in Wirklichkeit, wie sind ihre Existenzbedingungen, wenn man sich durch den schimmernden Hinder der äußeren Aufmachung nicht täuschen läßt?

Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der großen Masse der Bühnengehörigen sind in den letzten Jahren allgemein bekannt geworden. Zu den am schlechtesten gestellten Mitgliedern der Theater gehören aber die Ballettängerinnen. Die Verhältnisse des Stadtbühnen in Halle a. S. dürften für Großstädte typisch sein. Diese Bühnen zählt ihren Kostümierinnen gegen von 40 M. außerdem, ihren Solotänzerinnen im Höchstfalle 120 M. monatlich. Die Spielzeit dauert nur 6-8 Monate, so daß die Jahresverdienstmöglichkeit sich auf 240-480 M. beläuft, wenn es der Tänzerin nicht gelingt, in den beschäftigungslosen Sommermonaten ein Engagement an einem Zirkus zu finden, der gewöhnlich nur einem kleinen Stamm von hängigen Mitgliedern unterhält. Hier wird sie erst recht zu einem bloßen Ausbeutungsobjekt. Nach der Schließung einer Tänzerin in der „Ballett-Union“, dem Organ der Ballettmittglieder, werden den Ballettmittgliedern an einem bekannten Wanderzirkus Dienstleistungen zugewendet, die mit ihrer Berufstätigkeit gar nichts zu tun haben. Dahin gehören das Spolierstellen in Jagentstücken bei Beginn der Vorstellung, bestimmte Arbeiten beim Abbroschen und Wiederaufbau des Zirkus usw. Die anstrengenden Proben des Ballettpersonals werden im Sommer richtungslos in den heißesten Mittagsstunden nach den Proben des Dressieurs und Artisten abgehalten. Ueberhaupt sind die hygienischen Verhältnisse insbesondere bei den Zirkustänzerinnen außerordentlich schlecht. Regen und Wind finden in die primitive Garderobe leicht Eingang. In der unglücklichen Jahreszeit ist daher die Erkrankungsfrequenz für die Zirkusballerina besonders groß. Erkrankt sie aber, so erhält sie keine Gage, ja, sie kann gewärtig sein, sofort entlassen zu werden. Dazu kommt sehr oft schiefe Behandlung und drakonische Bestrafung kleiner Vergehen. Die Gage pflegt 120 M. monatlich nicht zu übersteigen. 100 M. sind Durchschnittsgehälter. Davon gehen monatlich 10 M. Kaution ab, die verfallen, sobald das Ballettmittglied rechtswidrig das Engagement verläßt oder sich „unforett“ betraut. Der Begriff „unforett“ betrogen“ ist für die Direktion natürlich eine sehr bequeme Handhabe zur Bestrafung misliebiger Elemente. Die Ballettmittglieder sind also ähnliche wie die darstellenden Künstler der Bühne ihren Arbeitgeber durch wahre Sklavenverträge auf Gnade und Ungnade überliefern. Als freie Künstlerinnen entscheiden sie sich noch jedes geschlichen Schicksal und stehen somit schlechter da als die moderne Fabrikarbeiterin. Die schmerzhaft zu einem leidlichen Auskommen hinreichende Gage schrempft sehr zusammen, wenn man bedenkt, welche unermesslich hohe Ausgaben das Reisen von Ort zu Ort verursacht. Besonders Mitglieder, die noch Angehörige zu unterstützen haben, kommen aus den drückendsten Sorgen nicht heraus, und es ist kein Wunder, daß der schmerzhaft aller Nebenberufe, die Prostitution, zahlreiche Rekruten unter den ausgebeuteten, recht- und schuldlosen Angehörigen des Balletts findet. Es ist ein lautes, trauriges und erbärmliches Weh, das man sich beim Zirkus verdient, und mit Entsetzen sieht man sein Alter kommen und sich unversorgt und hilflos auf der Straße liegen. — Mit diesen bitteren Worten klingt die Schilderung des glänzenden Glanzes der Zirkusballerinen in der Fachzeitschrift aus.

Organisation, solidarischer Kampf für anständige Bezahlung und gerechte Festsetzung der Pflichten und Rechte beider Kontrahenten in den Arbeitsverträgen, das ist der nächste Weg, den auch die Ballettmittglieder zu beschreiten haben, wenn sie menschenwürdige Existenzbedingungen erringen wollen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 13. Dezember, vormittags 9 Uhr, Doppel-Lied 15/17, Neudän: „Johannspassage“ und Legel: Schiller-Str. 30: Freireligiöse Sozietät. Vormittags 11 Uhr, kleine Frauenstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. C. Schmidt: „Soziale“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Algermeine Frauen- und Sterbekasse der Metzlerbetriebe (G. S. 29). Hamburg. Filiale Berlin 5. Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Hoffmann, Dragonstr. 16.



Adressbuch

für

Berlin und seine Vororte

1913

ist

heute erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“,
SW68, Zimmerstr. 36-41, zu den bekannten Preisen ausgegeben.

August Scherl
G. m. b. H.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz
und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg

Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 36, 1, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz



Monatsgarderobe

Von Kavaliereu getragene Ulster, Jackett-, Rock-, Frack-, Smoking-
Anzüge, teils auf Seide gearbeitet sowie großes Lager in neuer
eleganter Herren-Garderobe zu bekannt billigsten Preisen

Türkischer, Prinzenstr. 79 am Moritzplatz

Das größte Abonnementshaus feinsten
Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

10000 M. Strafe

verpflichten wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht reell ist und auf Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut kleiden will, der kaufe uns die von unserer Kundschaft nicht abgenommenen neuen Maß-Anzüge, Paletots, Ulster, Hosen usw. ab, die wir 33 $\frac{1}{2}$ bis 50 Proz. unter Preis abgeben, damit wir unsere guten Sachen nicht zu veramschen brauchen. Ferner kommen mit zum Verkauf Kleider aus prima engl. und deutschen Stoffresten, von unseren Maß-Schneidern in der stillen Zeit angefertigt, sowie Partie-Posten in fertiger Konfektion zu spottbilligen Preisen.

Sonntags während der Verkaufzeit geöffnet.

Gehr. Heinemann, Engl. Herren-Moden

Behrenstr. 26a, vis-à-vis der Passage, Kein Laden
Bitte ausschneiden und bei Bedarf nachfragen.

Glas-

Christbaumschmuck

kauft man direkt aus erster ~~Hand~~ am vorteilhaftesten ~~bei~~ bei der
Glasbläser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes
c. G. m. b. H., Laischa (S.-R.).

Sortiment I mit circa 200 Stück der prachtvollsten verfertigten und
besonnenen Neuheiten, wie: Blumen, Sterne, Vögel, Glocken, Gehren,
Segelboote, Doppelkugeln, Tiere, Glaskäse, Edelstein, Stramp-
fäden usw. 5,25 M. franko gegen Nachnahme. — Doppelsortimente
9,75 M. Bei Voreinsendung des Betrages 25 bzw. 50 M. billiger.
Sortiment Nr. Ia enthaltend 101 Stück lauter ganz große,
feinste, nur weiße Brillant-Glaskäse zum selben Preise.

In Berlin findet ab 8. Dezember täglich von nachmittags 3 Uhr
an im Auftrage der Glasbläser-Genossenschaft, der nur organisierte
Arbeiter als Mitglieder angehören, ein

Verkauf von Glas-Christbaumschmuck

statt im
Gewerkschaftshaus, Restaurant Schmalotzki,
Engelufer 15, Saalgebäude. Verdingstraße 4.



Größte Puppen-

Spezial-Fabrik Berlins

P. R. ZIEROW

Berlin N., Schönhauser Allee 179.

Größtes Lager von
Kugelenkuppen, Charakterbabys, Bälgen,
Köpfen, Perücken, sämtl. Puppenartikeln
Reparaturen und alle Ersatzteile.
Engros Einzelverkauf.

VERA

3 Stk

JOSETTI Cigarette

Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10 % Rabatt.
Kaufen Sie von Kavaliereu wenig getrag. Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster,
größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9—18 M. Große Auswahl in neuer Garderobe.
Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschmänteln, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große
Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, früher bis 200 M., jetzt 20—75 M. —
Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig. Moritzplatz 58a.

Sonntag den 15. Dezemb.
sind unsere
Geschäfte von
12 bis 8 Uhr
geöffnet

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Billige Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat

* Hasen
gestreift
Stück 2.85, 3.95

* Kaninchen
gestreift
Stück... 95, 1.35

Wurstwaren

Cervelat- od. Salamiwurst Pfund **1.30**
Teewurst Pfund **1.25**
ff. Leberwurst Pfund **1.10**
Landlober od. Rotwurst I Pfund **98 Pf.**
Mettwurst (nach Braunschweiger Art) Pfund **1.10**
Rotwurst Pfund **78 Pf.**
Zwiebel- od. Rotwurst Pfund **60 Pf.**

Kolonialwaren

Weizenmehl 00 5 Pfund-Beutel **90 Pf.**
Kaiser-Auszug-Mehl 5 Pfund-Beutel **1.00**
Victoria-Auszug-Mehl 5 Pfund-Beutel **1.10**
Weizen-Gold 5 Pfund-Beutel **1.20**
Sultana-Rosinen Pfund **65, 75 Pf.**
Rosinen grobe Pfund **45, 55 Pf.**

Korinthen Pfund **40, 50 Pf.**
Mandeln süß oder bitter Pfund **1.30, 1.40**
Zitronat Pfund **85 Pf.**
Fertige Kuchenmasse (Frigga) Pfund **50 Pf.**
Backpulver od. Vanillin-Zucker 3 Pack **20 Pf.**
Mandel- o. Zitronen-Essenz Fl. **10 Pf.**

Butter und Käse

Molkereibutter 1/2 Pfund-Paket **68 Pf.**
Feinste Molkereibutter 1/4 Pfund-Paket **70 Pf.**
Schweizer Käse Pfund **85 Pf.**
Tilsiter Käse Pfund **85 Pf.**
Land- oder Kuhkäse 2 Stück **35 Pf.**
Spitz- oder Faustkäse 3 Stück **25 Pf.**
Harzer Käse 4 Stück **10 Pf.**

* **Kassler** Pfund **88 Pf.**
* **Suppenhühner** Stück **1.95, 2.45**

Frisches Fleisch
in guten Qualitäten
zu billigen Preisen.

* **Bratenschmalz** (Kornblume) Pfund **68 Pf.**
* **Rohschmalz** besonders geeignet zum Backen... Pfund **67 Pf.**

Obst- und Gemüse

Walnüsse Pfund **35, 43 Pf.**
Haselnüsse Pfund **45, 55 Pf.**
Amerikaner Aepfel Pfund **15, 25 Pf.**
Californische Aepfel Pfund **30 Pf.**
Datteln oder Feigen Karton **35 Pf.**
Schalmandeln Pfund **80 Pf.**
Traubenrosinen Pfund **65 Pf.**
Ananas Pfund **75, 95 Pf.**

Blumenkohl Kopf **15, 20 Pf.**
Grünkohl Pfund **5 Pf.**
Spinat 3 Pfund **10 Pf.**
Almeria-Trauben Pfund **28 Pf.**
Apfelsinen Dutzend **25, 35 Pf.**
Mandarinen Kiste **95 Pf.**
Zitronen Dutzend **25, 35 Pf.**
Kartoffeln 10 Pfund **25 Pf.**

Weine und Liköre

Oberhardter Flasche **80 Pf.**
Obermoseier Flasche **85 Pf.**
Moselblümchen Flasche **95 Pf.**
Roter Tischwein Flasche **75 Pf.**
Med. St. Julien Flasche **90 Pf.**
Medoc St. Emilion Flasche **1.00**
Samos Flasche **90 Pf.**
Tarragona Flasche **90 Pf.**

Frucht-Sect mit Kohlensäure, Flasche **1.20**
Kaiser-Sect mit Kohlensäure, Flasche **2.25**
Gognac-Verschnitt Fl. **1.25, 1.65**
Gognac-Verschnitt (Dupont & Co.) Flasche **3.50**
Rum-Verschnitt Flasche **1.25, 1.45**
Sortiments-Liköre Flasche **95 Pf.**
Alpenkräuter, Stonsdorfer, 1/2 Fl. **1.10**
Halb und Halb, Tafelkummel

* **Gänse** Pfund **63, 68 Pf.**

Fettgänse .. Pfund **70, 78 Pf.**

Zucker fl. gemahlen 5 Pfund **95 Pf.**

Kaffee 1/2 Pfund-Paket **65, 70, 75 Pf.**

Kakao Pfund **68 Pf.**

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Billige Emaille-Waren

Schmortöpfe ohne Ring 40, 58, 70, 95 Pf.
Schmortöpfe mit Ring 48, 65, 75, 95 Pf.
Kasserollen mit Ring 58, 85, 95, 1.15
Wasserkessel mit Sack 65, 75, 1.35, 1.95

Sand-Seife-Soda-Garnitur dekoriert 1.65
Konsole mit Mass, dekoriert 65 Pf.
Wandschoner dekoriert 95 Pf.
Waschschüsseln mit Seifnapf 35, 42, 55 Pf.

Waschschüsseln Porzellanform 1.50
Schüsseln tief, ca. 35 cm. 95 Pf.
Wannen oval 1.35, 1.85
Wassereimer ca. 25 cm 65, 75, 95 Pf.

Heizrohre emailliert 1.95
Backformen Weissblech 75 Pf.
Springformen Weissblech 65 Pf.
Puddingformen Weissblech 75 Pf.

In dieser Woche auf Wunsch bei Einkäufen die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind Lebensmittel und nur wenige Artikel ausgenommen

Millionen
gebrauchen gegen
Husten

Kaiser's Brust-Caramellen

gegen Heiserkeit,
Verschleimung,
Brust-Katarrh

6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg. Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschließlich in Apotheken und Drogerien erhältlich und zwar nur in verpackten Paketen, niemals lose ausgewogen.

Greift zu!
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jacke-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herrn-Hosen 2.50, 3.00 M.
Unster, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderobe.
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Simpli-Kakao als Hausgetränk



erheblich billiger als Kaffee!

50 Tassen Kakao = 1/2 Pfund = 60 Pfg.

Bei der herrschenden Teuerung ist Kakao das rationellste und billigste Hausgetränk. Kaffee ist im Preise fast unerschwinglich geworden. Simpli-Kakao ist nicht bloß billiger und ausgiebiger als Kaffee, sondern besitzt auch einen hohen Nährwert und trägt beim Genuß im Gegensatz zum Kaffee zur Sättigung wesentlich bei. Kakao ist dem Körper zuträglich, Kaffee schädigt ihn. Simpli-Kakao ist anerkannt gut, man hat ihn deshalb in vielen Kreisen als Hausgetränk eingeführt. Simpli-Kakao wird nur in Originalpackung zu 1/2 und 1/4 Pfund verkauft, in garantierter Original-Fabrikfüllung. Die Simpli-Fabrikate (auch Schokoladen, Pralinen, Katzenzungen usw.) werden in vollendeter Weise hergestellt von der Firma „Sarotti“ A.-G., Berlin.

Man frage überall nach Simpli-Kakao!

Knaben- u. Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß am billigsten und reichsten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part.
2 Minuten v. Scharf. Bahnhof.
Karl Hustädt.
Herren-Garderobe n. Maß.

Pfund 1.20 Mark

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Montag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, in Warfafs Festhalla, Hermannstr. 49: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl des Sekretärs. 2. Verschiedenes.

Oberbaumweide. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet diesmal ausnahmsweise am Montag, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Prochowski statt. Tagesordnung: Jugendschriften und Wandplakat im proletarischen Heim. Referent: Genosse Zimmermann. Diskussion, Bezirksangelegenheiten. Im Anschluß an diese Versammlung findet daselbst auch die Eröffnung der Jugendschriften- und Wandplakat-Ausstellung statt. Wir verweisen auf die zu diesem Zweck ausgehängten Plakate.

Bernau. Am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet in Anshörsdorf eine Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstück des Genossen Geise, Sophienstädter Straße, statt. Referent: Dr. Julius Poles.

Bernsdorf. Am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Lokal von Rabe in Radow, Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Schönevide (Bez. Pankow). Morgen Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Steuber, am Goringsee: Jahrsabend.

Alt-Landsberg. Morgen Sonntag: Mitgliederversammlungen für Alt-Landsberg vormittags 10 Uhr bei Fante, Klosterstraße, für Süd nachmittags 2 1/2 Uhr bei Schmidt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Thurn-Lichtenberg. Gäste willkommen.

Berliner Nachrichten.

Das bubdelnde Berlin.

Berlin ist Weltstadt? Der Spötter sagt: Bubdelstadt. Für Wohlarbeit verdient Spree-Athen entschieden den Friedenspreis. Hochragende, massige Leitergerüste, Bauzüge, Schutt und Sandhaufen, Erdgruben in schier endloser Länge, Berge von Pflastersteine, Koffstege und Notkrüden, Arbeiter wie Bienenschwärme, Schilder mit dem obligaten „Die Straße ist gesperrt“ und abends das trübe leuchtende rubinrote Warnungslaternchen oder flackernde Acetylenlampen inmitten der Nachtisolonen — alles das atmet den Veränderungstrieb, der die Weltstadt an der Spree seit einem Jahrzehnt an tausend Ecken und Enden erfasst hat. Und Trümper ist das Wühlen, Bohren, Wachen, Hämmern im unterirdischen Berlin. Der Roland am märkischen Museum macht sein allerdümmstes Gesicht, kennt sich nicht mehr aus. Latenlos muß er mit geglätttem Schwert zusehen, wie rings um ihn ganze Häuserviertel und Straßen in Trümmer sinken, ein neues Geschlecht kraftvoll emporsteigt und mit ihm ein neues Recht, das doch ein uraltes ist, . . . das Recht der Entwicklung. Was für Rumor doch zu eine unterirdische Riesenschlange in das Berliner Leben bringt! Von Charlottenburg bis zum Spittelmarkt liegt der niedergerungene starke Leib sicher im Käfig des menschlichen Vändigers. Desio wilder zuckt es im Schwanz, der gereizt recht ungemütlich um sich schlägt, Erde und Wasser peitschen kann. Nun ist ihm hoffentlich für immer auch auf der „Spreeinsel“ Fesseln angelegt. Tatsächlich eine regelrechte Insel ragt hier aus dem Spreebecken, eigentlich nur ein wirrer Haufen von Baumaterial, wie der Auswurf eines Vulkans, dessen Kraft gebrochen ist. Dicht daneben bäumt sich schon wieder der gärende Leib der Erde. Die alten Berliner Fischer suchten ihre Fischerbrücke vergebens, erkennen den angefaulenen Sarg nicht mehr wieder. Und noch ein anderes, das hier schon zum Wahrzeichen Berlins geworden war, vermischt ohne Schmerz unter Auge. Vom Inselspeicher, dem heimsüchtrigen Fährschiffsmutter, steht glücklicherweise kein Stein mehr. Nun erit sieht man so recht, was aus dieser ältesten Gegend Berlins noch werden kann, wenn auch mal das andere alte Gemäuer ringsherum, das ja schon längst mit dem Tode ringt, sein letztes kümmerliches Leben ausgehaucht hat. Es ist richtig, man steht und hängt noch an diesen trotz aller Düsterteit mit einem Schein von Städte-romantik umwobenen Altertümern, und doch muß der Faust des Stärkeren, der neuen rastlos vorwärtsstrebenden Zeit, der Sieg bleiben. Die Wellen, die einst die Wasserchlange schlug, haben sich hier beim Spreetunnel der Untergrundbahn schon geglättet. Bewundernd steht man vor der Kraft der Menschenhände, die sich zähe durch Erde und Wasser gruben, selbst die Natur in ihren Bann zu zwingen scheinen. Drüben am Lande, wo die verräucherten Reste Alt-Berlins wie Vogel-nester aneinander kleben, ist die Ruhe wieder einigermaßen eingelehrt. Regellos, zerklüftet genug siehts noch aus, aber schon steht in greifbarer Nähe der feierliche Moment, wo das Werk den Meister loben soll. In idarkem Bogen windet sich die unterirdische Spur beim Kloster-Gymnasium nach dem Alexanderplatz. Wieder ein Vulkanauswurf, wieder ein fast unentrichtbarer Haufen von Holz und Eisen, Sand und Stein. Zu schlafen scheint alles am Tage im langgestreckten Höhlenbau, wo doch die Kräfte nicht rasten. In der Nacht wird es dem Auge lebendiger, ringt sich die Kraft nach oben. Wie durch Zauberhand öffnet sich die Erde. Lange Gänge werden sichtbar, Fackeln allihen auf — die Heintzelmännchen, die am Tage das Verkehrsgewirr fliehen, sind an der Arbeit. Sie weben und schaffen, wenn Tausende rings um sie im Sündenbabel an der Spree, in „Berlin bei Nacht“, in vollen Zügen gehen aus dem Becher der Freude. Noch kurze Zeit nur, dann ist die einst so tote Berliner Erde von Grenze zu Grenze in den Dienst modernen Bedürfnisses gestellt. Und schon zgt es sich an anderer Stelle, das große Verkehrswerk von neuem zu beginnen, den Erdboden von Nord nach Süd zu durchqueren . . . in Berlin, der Bubdelstadt.

Rasenuntersuchungen in der Schule.

Der dritte internationale Kongress für Laryngologie (Wissenschaft der Hals- und Nasenkrankheiten) hat den Beschluß gefaßt, eine internationale Sammelforschung über den gegenwärtigen Stand der Ozaena (stinkender Nasenkatarrh) anzustellen. Um ein möglichst großes Material zu erlangen, sollen in den Schulen Untersuchungen vorgenommen werden. In Groß-Berlin ist von einer Reihe von Gemeinden bereits die Genehmigung erteilt und mit den Untersuchungen begonnen worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß eine Reihe von Eltern, es soll über ein Sechstel sein, die Untersuchung ihrer Kinder verboten hat. Um diesen Widerstand der Eltern zu beseitigen und auch den Lehrern über die Wichtigkeit dieser Untersuchung zu unterrichten, ist eine Aufklärung über dieses Leiden selbst, den Zweck der Statistik und die Wichtigkeit der wahren Erforschung dieses Leidens notwendig; das soll im folgenden kurz geschehen.

Die Ozaena ist ein Katarrh der Schleimhaut der Nase, der mit einem Schwund der Nasenschleimhaut beginnt, später zu Vorken-

bildung führt und dann durch Ansiedelung von Fäulnisbakterien einen höchst unangenehmen, der Nase entströmenden Geruch, hervorruft, der für den Kranken selbst wie für seine ganze Umgebung eine entsetzliche Plage wird; auch Eiterungen aus der Nase und Ausflagerung von zähflüssigen grauen Massen auf den Nasenschleim kommen dabei vor. Ueber die Natur dieses Leidens, über ihre Ursachen, die Verbreitungsweise usw. herrscht zurzeit noch tiefes Dunkel; in dieses Dunkel etwas Licht zu bringen, soll der Zweck dieser Sammelforschung in allen Kulturländern sein. Man will, wie Prof. Alexander ausführte, die Häufigkeit des Leidens in den verschiedenen Ländern und Gegenden feststellen; es soll geprüft werden, ob sich die Krankheit von bestimmten geographischen Zonen aus verbreitet.

Um die Erkrankung selbst einwandfrei festzustellen, sollen in erster Linie Spezialärzte für Nasenleiden diese Untersuchungen ausführen, man will alle Ozaenafälle, deren Ursache festgestellt, ausfinden, z. B. die Fälle, die auf Syphilis beruhen und nur die reinen eisten Ozaenafälle unbekannter Ursache in die Statistik einbezogen. In den großen Städten wird sich dies relativ leicht bewerkstelligen lassen, in den kleinen Städten oder gar auf dem Lande sind große Schwierigkeiten zu überwinden, da es dort an Spezialärzten dieses Faches meist mangelt, eventuell will man die Hilfe der Kreisärzte in Anspruch nehmen und Stichproben machen. Dies Material soll nach Alter, Geschlecht, Religion (resp. Rasse), Beruf, nach volkshygienischen, sozialen und ethnologischen Gesichtspunkten geordnet werden. In zweiter Linie will man die Frage der Ansteckungsfähigkeit und der Erbllichkeit der Ozaena aufzuklären suchen. Dazu sollen die Schuluntersuchungen dienen; diese werden in geeigneten Räumen vorgenommen, in denen Vorkehrungen zur Sterilisierung der Instrumente geschaffen, so daß die Gefahr der Uebertragung von Krankheiten durch Instrumente ausgeschlossen ist. Die Untersuchung selbst ist völlig schmerzlos und bringt keinerlei Schoden; man sondert Gefunde von Ozaenakranken und Ozaenaerbächtigen aus, nimmt dann auch genauere Untersuchungen vor und wird auch, wenn möglich, die Eltern kranker Kinder hinzuziehen. Auf diese Weise kann man dann Stammtafeln über die Fälle in einer Familie feststellen, kann die Art der Vererbung und vielleicht auch Ansteckung aufdecken; so wird auch vielleicht Aufklärung geschaffen über den Zusammenhang der Ozaena mit Tuberkulose, den viele Forscher für wahrscheinlich halten. Auch der Krankheitsverlauf des Leidens in den ersten Jahren und eventuelle Sektionsbefunde sollen in den Bereich der Sammelforschung gezogen werden.

Zweifellos verdient diese Forschung die Unterstützung aller, denen die Beseitigung dieses häßlichen und unangenehmen Leidens, das sicher sehr häufig die Proletariatskinder befällt, am Herzen liegt. Sollen doch gerade durch sie die Ursachen und die Verbreitungsweise der Krankheit studiert werden, um ihr energischer als es bisher möglich war, zu Leibe zu rücken und diese Krankheit sobald wie möglich gänzlich zu beseitigen.

Um die neuen Steuern. Der Magistrat beriet in seiner 47. Sitzung die Frage der Einführung einer Bier- und Kinematographensteuer. Die Generaldebatte wurde beendet. Die Spezialdebatte wurde vertagt und soll in einer weiteren Sitzung stattfinden.

Der Magistrat sollte die Finger davon lassen, die Berliner Bürgerchaft mit einer neuen indirekten Steuer zu beglücken, sonst dürfte er sich die Finger böse verbrennen. Die Berliner Bevölkerung wird sich mit Händen und Füßen gegen neue Belastungen zu wehren wissen.

Mehr Hygiene resp. Sauberkeit im Barbiergewerbe! Von einem Arzt erhalten wir folgende beachtenswerte Zuschrift: „Gestern gegen abend ließ ich mich in einem im Südosten gelegenen Barbierlokal das Haar schneiden (viel gab es nicht zu schneiden, da ich mich nächstmit dem dem Schwamm kämmen werde). Nach Beendigung der Prozedur ward das edle Haupt mit einer Haarbürste gesäubert; als auch diese Arbeit erledigt, sah ich mich die dazu benutzte Haarbürste näher an und da bemerkte ich — horribile dictu — d. h. schrecklich zu sagen —, daß die Bürste vollständig verfilzt war; als ich nun den Fingerring auf diesen Uebelstand aufmerksam machte, meinte er: „die Bürste wird aber jede Woche (!!) gewaschen!“ Ich erwiderte ihm: „Aber guter Mann, die Bürste macht täglich mit circa 20—30 Köpfen, deren Haarböden vielfach Brustläsionen aller möglichen Pilze und Krankheitserreger sind, Bekanntheit — macht wöchentlicher die Zahl circa 150 —, und Sie halten es nur für nötig, die Bürste wöchentlicher einmal zu reinigen und das vielleicht oder sicherlich nur mangelhaft, weil Haarbürsten überhaupt schwer zu reinigen sind.“ Wähten doch alle Inhaber von Barbierlokalen bedenken, daß Reinlichkeit der Hände und der gebrauchten Utensilien (Kämme und Bürsten) die erste Bedingung ist zur Erhaltung der alten und zur Gewinnung neuer Kundchaft! Ueberhaupt weg mit den Haarbürsten! Dafür wende man die Metallbürsten an, die nach jedesmaligem Gebrauch leicht zu reinigen sind (Legen in heißes Wasser oder in eine 5prozentige Formalinlösung). Oder das Publikum scheue nicht die kleine Mühe, seine eigene Bürste mitzunehmen, wenn man nicht vorzieht, auf die überflüssige Manipulation des Kopfbürstens zu verzichten.“

Zur Angestelltenversicherung. Amtlich wird bekannt gegeben: „Angestellte, die nach dem Versicherungsgefeh für Angestellte vom 20. 12. 1911 der Versicherungspflicht unterliegen, müssen am 1. Januar 1913 im Besitz einer Versicherungskarte sein. Abgesehen davon, daß gegen Säumige Geldstrafen gemäß § 188 des Gesetzes verhängt werden können, liegt es im eigenen Interesse der Angestellten, welche die Ausstellung einer Versicherungskarte noch nicht beantragt haben, dies nunmehr recht bald zu tun, da die diesbezügliche Ausgabe in den letzten Tagen des Monats Dezember möglicherweise nicht in der Lage sein wird, sofort allen Anträgen zu entsprechen. Die Ausgabe für die in dem Gemeindebezirk Berlin beschäftigten Angestellten befindet sich am Köllnischen Park 8 im Gebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin. Es wird bei dieser Gelegenheit noch darauf aufmerksam gemacht, daß Angestellte, die eine Lebensversicherung vor dem 5. 12. 1911 abgeschlossen haben, für ihre Person von der Beitragsleistung befreit werden können, wenn die Lebensversicherungsprämie mindestens dem für die Angestelltenversicherung zu leistenden Beiträge gleichkommt. Falls die Prämie zu niedrig ist, kann sie bis zum 1. Januar 1913 durch Nachversicherung entsprechend erhöht werden. Der Antrag auf Befreiung ist in der ersten Aufnahmeakte unter Vorlegung der Police und der Prämienquittungen für 1911 und 1912 zu stellen. Angestellte, die in der ersten Aufnahmeakte einen Antrag auf Befreiung gestellt haben, aber nicht befreit wurden, weil sie verabsäumt hatten, die erforderlichen Belege zur Prüfung mitzubringen, können diesen Antrag noch dem 1. 1. 1913 unter Vorlegung der Versicherungsakte bei dem abdann in das Leben tretenden Rentenausschuß wiederholen.“

Das tobbringende Schlafmittel. In einem Berliner Krankenhaus ist gestern ein Prediger Chemiker gestorben, der das Opfer einer zu großen Dosis eines Schlafpulvers geworden ist. Es handelt sich um den 41 Jahre alten Dr. Johann Timmisch, der seit einem halben Jahr in der Philippsstraße wohnte. Er hielt sich in Berlin auf und wollte demnächst als Teilhaber in eine chemische Fabrik einziehen. Seit längerer Zeit litt er an Schlaflosigkeit und sah sich gezwungen, künstliche Mittel anzuwenden, um Ruhe zu finden. In der Nacht zum vergangenen Sonntag scheint Dr. Timmisch eine zu große Dosis eines Schlafpulvers genommen

zu haben. Als seine Wirtin ihn am anderen Morgen wecken wollte, antwortete er nicht auf ihre Rufen. Die Frau nahm an, daß der Chemiker noch schlafte. Drei seiner Freunde besuchten ihn im Laufe des Vormittags, und auch sie liehen ihn „weiterzuschlafen“ und erwarteten sich wieder. Als Dr. Timmisch am Abend immer noch in derselben Lage in seinem Bett lag und schwer röchelte, holte die Wirtin einen Arzt. Alle Mittel jedoch, ihn wieder ins Leben zurückzurufen, blieben ergebnislos, und der Schwererkrankte wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er gestern starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Der Ueberfall im Rauenem Vorortzuge, über den wir feinerzeit berichteten, und der lange Zeit hindurch die Bevölkerung der dortigen Gegend in große Aufregung und Schreden versetzte, ist wieder in ein neues Stadium getreten. Am 16. August d. J. wurden drei Damen, eine Frau Luise Hof, aus Rauen und die Frau des Direktors Karstadt und deren Tochter aus Selbelaug, von einem Unhold in einem Weiteil des Rauenem Vorortzuges überfallen und mit dem Messer so übel zugerichtet, daß sie, mit Ausnahme des Fräulein Karstadt, das mit leichten Verletzungen davonkam, längere Zeit im Krankenhaus zubringen mußten. Mitte Oktober erst gelang es den unausgesehen Nachforschungen der Kriminalpolizei, den mutmaßlichen Täter in der Person eines Wädereggellen und Hausdieners Kettelstrop in Gütersloh zu verhaften. Dieser beirrat ganz entschieden, der gesuchte Wädereggeller zu sein, auch dann noch, als er nicht nur dringend verdächtigt, sondern auch schon als überführt erachtet wurde. Erst im Untersuchungsgefängnis legte er vor dem Untersuchungsrichter ein umfassendes Geständnis ab. Dieses Geständnis hat er nun gestern widerrufen. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters wird er zur Obduktion der Leiche der vorgehien im Krankenhaus zu Rauen an den Folgen ihrer Verletzungen verchiedenen Frau Karstadt vorgeführt werden. Die Leiche der Frau Karstadt wird nach der Obduktion von der Staatsanwaltschaft sofort freigegeben und morgen beerdigt werden.

In großer Lebensgefahr schwebte am Freitag ein kleines Kind, das von den Eltern in ihrer Wohnung, Zornsdorfer Str. 8, unbeaufsichtigt zurückgelassen war. Dort kam durch Entzündung von Kohlen Feuer aus. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als die Wohnung schon total verqualmt war. Die alarmierte Feuerweh holte das Kind heraus und löschte den Brand, der bereits den Fußboden und die Kissenmöbel ergriffen hatte. — Ferner hatte die Feuerweh in der Friedenstr. 108 und Oranienstr. 118 zu tun. An beiden Stellen hatten sich Personen mit Leuchtgas vergiftet. In der Oranienstraße gelang es die Person eines jungen Kaufmanns durch Einflößen von Sauerstoff zu retten, in dem anderen Falle waren die Veruche vergeblich. — Wegen eines Wädereggelbrandes, der durch Ueberlocken von Fett entstanden war, wurde die Feuerweh nach der Jablonstr. 11 gerufen. Außerdem hatte die Feuerweh noch in der Hagelbergerstraße 88 zu tun.

Auf der Brandstätte im Omnibusdepot XII war gestern früh noch ein Vöschzug der Feuerweh mit den letzten Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die Leitung hatte Brandmeister Waeder. Da die Stallungen vom Feuer verschont geblieben sind, konnten die Pferde zum Teil wieder eingestellt werden. Nur etwa 80 Pferde wurden in einem anderen Depot untergebracht und zwar deshalb, weil einige Ställe, die unmittelbar unter dem Brandherd liegen, bei der Wöschung des Feuers stark durchdrängt worden sind. Eine Störung im Omnibusbetrieb ist durch den Brand nicht eingetreten. Die Beispannung der Wagen ging wie gewöhnlich vor sich. Ueber die Entstehung des Feuers konnte noch nichts Bestimmtes festgestellt werden, da bei Ausbruch des Brandes sich niemand von den Angestellten des Depots auf dem Feuerboden aufgehalten hat. Der Schaden, den die Omnibusgesellschaft erleidet, ist übrigens durch Versicherung voll gedeckt.

Auf dem Heimwege vom Tode übertraut wurde gestern mittag der 43 Jahre alte Brauereibewalter Willi Lau aus der Hochstraße 3. Der Mann, der in der Brauerei in der Schulzen-dorfer Straße beschäftigt war, wurde auf dem Nachhausewege plötzlich von einem schweren Unwohlsein befallen. Er suchte deshalb eine Pilsener der Weinhandlung und Kitorfabrik von Meyer in der Neuen Dohstr. 17 auf, setzte sich hier auf einen Stuhl und bat um ein Glas Wasser. Während man seinem Wunsche nachkam, wurde er aber vom Tode ereilt. Ein Schwämmen brachte ihn noch zur Hilfskammer in der Lindower Straße, doch konnte der Arzt hier nicht mehr helfen. Da er die Todesursache nicht bestimmen konnte, wurde die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. Lau war seit längerer Zeit schwer herzleidend und es scheint, daß ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht hat.

Das Berliner Adreßbuch für 1913 gelangt von heute (Sonntag) ab bis einschließlic Dienstag, den 17. d. M., in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Zimmerstr. 36/41, wochentags von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe, an die Vorbesteller gegen Auszahlung der ihnen zugegangenen Legitimationskarten. Vom Mittwoch, den 18. d. M., ab erfolgt die Lieferung der nicht abgeholten Exemplare an die Adresse der Besteller gegen eine Zustellungsgebühr von 30 Pf. — Die hauptsächlichste Veränderung im neuen Jahrgang betrifft den V. Teil, die Vororte. Die Umbenennung Rigdors in Neukölln sowie die durch die Kabinettorder vom 8. Januar d. J. festgesetzte Vornstellung des Namens „Berlin“ bei 28 Vororten haben eine neue alphabetische Reihenfolge der Vororte und eine Neugestaltung dieses Teils erforderlich gemacht. Im Zusammenhange hiermit ist auch im Teil II — Behörden usw. — der Neubenennung an allen davon betroffenen Stellen entsprochen. Im Namensverzeichnis ist jedoch in jedem Einzelfalle die Vornstellung des Wortes „Berlin“ unterblieben, um die bisherige Ueberführlichkeit zu erhalten und das Adreßbuch nicht unhandlich zu gestalten. Im Planbuch wurde das alphabetische Verzeichnis der Straßen von Berlin und sämtlichen im Adreßbuch aufgeführten Vororten durchwegs mit den neuen Ortsbezeichnungen versehen. Darin aufgenommen sind ferner die Nachweise aller Verkehrslinien Groß-Berlins und die Situationspläne der meisten in Berlin und Umgebung bestehenden Terrain-gesellschaften. Entsprechend der stetigen Erschließung neuer Gelände zu Hauswecken weist auch der große Verkehrsplan die neuesten Veränderungen auf. — Adreßbücher zum Ladenpreise sind nur in der Hauptexpedition, Zimmerstr. 36—41, zu haben.

Verhaftung eines Wädereggelers.

Ein rätselhafter Leichenfund beschäftigte seit drei Wochen die Kriminalpolizei. Am 21. November wurde an der Mierzhofstr. Brücke die Leiche einer unbekanntes Frauensperson aus dem Teilmannal gelandet. Bald darauf wurde bei der Kriminalpolizei angezeigt, daß ein aus Launenburg gebürtiges Dienstmädchen Martha Engelke vermisst werde. Die Beschreibung dieses Mädchens paßte ziemlich genau auf die unbekanntes Tote. Die Kriminalpolizei machte die Angelegenheit auf den Leichenfund aufmerksam. Diese bezogen sich nach Wädereggel hinaus und erkannten in der Leiche die des vermissten Mädchens bestimmt wieder. Zunächst glaubte man an einen Selbstmord und führte ihn darauf zurück, daß Martha Engelke in Verzweiflung über die Folgen eines Liebesverhältnisses geraten sei. Die weiteren Ermittlungen ergaben jedoch, daß das Mädchen aus diesem Grunde schwerlich ins Wasser gegangen sein könne. Es war zuletzt auf dem Dominium Viehew bei Rauen bei dem Gutsvorsteher als Stubenmädchen tätig gewesen und hatte niemals Lebensüberdruß gezeigt oder gar Selbstmordgedanken geäußert. Jetzt ist es der Kriminalpolizei gelungen, den 19 Jahre alten, aus Brellwitz gebürtigen Diener Richard Stäbner, der mit der Sildatte ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, zu dem

Geständnis zu bringen, daß er das Mädchen umgebracht habe. Sidaner wurde nach diesem Geständnis in Polizeigewahrsam genommen und wird nunmehr dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Arbeiter-Bildungsschule, Grenadierstr. 37. Sonntag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im Schullokal. Vortrag des Genossen Dittmer über: "Massenaktion und wirtschaftliche Kämpfe der Neuzeit". Mitgliedsbuch legitimieren. Gäste zahlen 20 Pf. Eintritt. Fahrpläne zur Agitation liegen für die Mitglieder im Schullokal zur Abholung bereit.

Auf dem Wege von der Douchestraße nach dem Ringbahnhof Treptow und dann evtl. in der Stadtbahn bis Alexanderplatz ist eine goldene Damenuhr mit langer goldener Kette verloren gegangen. Wiederbringer erhält Belohnung bei Göde, Treptow, Douchestr. 84 IV.

Fußballspiele der Arbeiterturn- und Sportvereine. Am kommenden Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, finden folgende Spiele statt: Fichte XVII — Spandau in Reinickendorf, Lette-Allee; Fichte I — Weihensee in Baumhulsenweg, Köpenicker Landstraße.

Vorort-Nachrichten.

Neuföhlen.

Stadtoberordnetenversammlung. In der Sitzung am Donnerstag wurden durch den Bürgermeister Dr. Weinreich die bisherigen Stadtbauinspektoren West und Gahn in ihre neuen Ämter als Magistratsmitglieder eingeführt, ersterer als Stadtbaurat für den Hochbau, letzterer für das Verkehrswesen.

Zu lebhaften Debatten führte die von der Gewerbe-Deputation und dem Magistrat erneut vorgelegte Abänderung des Ortsstatuts für die Pflichtfortbildungsschule. Stadtb. Bermuth (Soz.) wandte sich entschieden gegen den reaktionären Geist der Vorlage, deren Annahme nicht mit gutem Gewissen zu verantworten sei. Die Beschaffung der Lernmittel habe man den Arbeitgebern abgenommen und dafür auf die Schüler gewälzt, obwohl die Ersteren sowohl, als auch der die Gesamtheit repräsentierende Staat die Hauptverantwortung an einer guten Arbeiterausbildung wären und daher mit Recht die Kosten dafür zu tragen hätten. Da der Letztere sich weigere, müsse eben die Gemeinde dessen Pflicht übernehmen. Energisch zurückgewiesen werden müßten die vorgeschlagenen Schulstrafen, welche modernen pädagogischen Anschauungen ins Gesicht schlugen. Scharfer Strafen und zwingender Vorführung durch den Schuttmann müsse den Schüler in seinen Charakteranlagen schädigen. Die Ausführungen des Redners über neuzeitliche Erziehungsgrundsätze wurden von bürgerlichen Stadtoberordneten mit dauernder Unruhe begleitet, so daß er diesen zurief: "Ihre Jurufe beweisen, daß Ihnen eben für diese wichtigen Fragen die Lust und das Verständnis fehlen!" Stürmische Protestausdrücke der Mehrheit quitierten darüber, daß der wohlverdiente Dief gejeffen hatte. Nach mühsam wieder hergestellter Ruhe setzte Redner in seinen Ausführungen fort, indem er die Anwendung gewalttätiger Strafen als Abschreckungsmittel verwarf und die Redung und Beeinflussung der guten Eigenschaften im Menschen als das einzig richtige Erziehungsmittel bezeichnete. Wilmersdorf habe nur zwei, Berlin drei Stunden Arrest als Maximum vorgezehen, während Neuföhlen sechs Stunden zulassen wolle. Wenn Schöndenberg das Gleiche festgesetzt habe, so beweise das gar nichts, sondern charakterisiere nur den dort herrschenden Liberalismus. Die im Statut zugelassene Vorführung durch einen Schuttmann werde bei Schülern mit einer durch Schulbücher erzeugten Räuberromantik nichts nützen, den im allgemeinen aber gutgearteten geradezu zum Verderben werden. Daher sei eine derartige Bestimmung als verwerflich zu bezeichnen. Dazu könne die sozialdemokratische Fraktion ihre Hand nicht bieten und lehne das vorliegende Statut ab. (Propl. bei den Sozialdemokraten.)

Bürgermeister Dr. Weinreich meinte, die Stadtoberordnetenversammlung sei kein Boden für pädagogische Debatten. (Ironische Jurufe bei den Sozialdemokraten: Wohl Ihre Schuldeputation?) Einmal behauptete er dann, die Lieferung freier Lernmittel wäre eine Prinzipienfrage, bewies aber gleich darauf, daß das eine Geldfrage sei, indem er erklärte, daß süddeutsche Städte zwar darin schon vorangegangen sind, Neuföhlen aber kein Geld dazu habe. Bei dem vorhandenen Schülermaterial würden Strafen gebraucht und Ideale wären da deplaziert! (Lebhafte Proteste bei den Sozialdemokraten.) — Im Stadtb. Klasemann fand der Bürgermeister verständnisvolle Zustimmung. — Dagegen kennzeichnete Stadtb. Dr. Silberstein (Soz.) das bürgermeisterliche Schulbezernat mit treffenden Worten. Das Fortbildungsschulstatut erbe ganz den düsteren Geist unserer Schulverwaltung, in dem die Privilegien zu Hause sei, wie ein mit Striemen bedecktes Heines Kind ihm in den letzten Tagen erst bewiesen habe. Für de Schüler hoher Lehranstalten denke man nicht an derartige Strafen; diese würden im Gegenteil geschont, wie die Affäre der Bonner Vorursten u. a. gezeigt habe. Nur Proletarierkinder glaube man, so behandeln zu können. Es herrsche eben auch hierin der echt preussische Geist, der seinen Ausdruck in jener Statistik gefunden habe, nach der jeder sechste Mann in unserer teuren Vaterlande mit Gefängnis bestraft ist. Die Strafbestimmungen des Statuts neigen im über-

gen geradezu zu dem Schluß, als ob die schlechtesten Elemente in unserer Bürgerschaft vorhanden seien. Da rede man immer von der Hebung des Ansehens der Stadt und sehe es aber so herab. Dagegen müsse ganz entschieden protestiert werden. (Stürmisches Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Wieder trat der Bürgermeister auf den Plan, um von oben herab die Finsternis in der Schulverwaltung abzugleichen. Er berief sich zum Beweise dafür auf — die neuen Bauten mit ihren hellen Räumen. Gelächter und lebhaftes Jurufe der Sozialdemokraten: "Und der Unterricht?" kennzeichnete diese fangene Aeußerung. Dann bestätigte der Bürgermeister, daß die Pflichtfortbildungsschule der energischen Initiative der Arbeitervertreter zu danken ist, die aber — wie er unter wiederholten Unterbrechungen der Sozialdemokraten behauptete — ohne Strafen nicht auskomme, weil ohnedem viel Schüler nicht freiwillig in die Schule gingen. — Erneut sprangen dem Bürgermeister die Stadtb. Abraham, Jousall und Winter bei, obwohl ersterer zugeben mußte, daß das Gros der Schüler als gefittet anerkannt werden müßte. Die wunderbaren Auffassungen des Schulbezernaten waren aber nicht zu retten. Der nachdrücklichen Kritik des Stadtb. Buhly (Soz.), bei welcher die zuerst lächelnde Miene des Bürgermeisters immer länger wurde und die Lacher zu seinen Gegnern übergingen, vermochte dieser nicht mehr standhalten. Er korrigierte sich schließlich sehr erheblich und versicherte, ja auch den modernen Schulidealen nachzugehen, im übrigen aber — den Weisungen der Regierung untertan zu sein. — Sämtliche Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden abgelehnt und das Ortsstatut — einschließlich Sarger und Polizeibüchel — von den bürgerlichen Fraktionen beschlossen.

Die Korrektur des Stadtoberordnetenbeschlusses vom 14. Oktober d. J., welche Stadtb. Polenske (Soz.) befürwortete, wurde dahin genehmigt, daß die Löhne der Omnibusangestellten vom 1. Januar 1913 wie folgt festgesetzt werden: Schaffner pro Monat 105 M., steigend alle zwei Jahre um 5 M. bis zu 125 M.; Aufsicher 125 M., steigend in der gleichen Weise bis zu 145 M.

Bei dem Antrage des Magistrats, von der Neuerrichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse und von der Errichtung einer Landkrankenkasse Abstand zu nehmen, übte Stadtb. Dr. Silberstein (Soz.) Kritik an der Reichsversicherungsordnung, die in den Landkrankenkassen ein Gebilde geschaffen habe, von dem die Städte sich so weit als möglich zu befreien trachteten. Gewisse offiziöse Gerüchte lassen allerdings annehmen, daß die Reichsregierung diesem vernünftigen Streben in die Arme fallen wolle. Von der Ueberführung der städtischen Betriebskrankenkasse in die Allgemeine Ortskrankenkasse sei merkwürdigerweise in der Vorlage nicht die Rede; das zeige recht den rückwärtigen Geist unserer Verwaltung. — Stadtb. Dr. Mann erklärte demgegenüber, daß von Straßeneinzigern um Verbedaltung der Betriebskasse gebeten worden sei. — Demgegenüber stellte Stadtb. Buhly (Soz.) fest, daß die überwiegende Mehrzahl der städtischen Arbeiter durch die Kassenvertreter für den Anschluß an die Allgemeine Ortskrankenkasse sich entschieden und damit dem sozialen Grundelement der Arbeiterversicherung. — Einer für Alle und Alle für Einen das Wort geredet habe. Leider schiene der Magistrat das Zustandekommen großer und damit leistungsfähiger Kassen, wie sie in anderen Städten schon bestehen, nicht fördern zu wollen. — Die Vorlage selbst wurde einstimmig genehmigt.

Den Abschluß der öffentlichen Sitzung bildete der folgende Antrag:

„Die Unterzeichneten beantragen unter Berücksichtigung der Dringlichkeit, den Verkauf des russischen Fleisches auf einer anderen Grundfläche zu organisieren.“
Grogger, Scholz, Dr. Silberstein, Thurow, Iden.“

Die geschäftliche Unbeholbarkeit des stellvertretenden Vorsitzers ließ trotz der vorgenommenen Abstimmung die Anerkennung der Dringlichkeit zweifelhaft erscheinen, so daß es mitten in der Rede des Stadtb. Grogger (Soz.), mit der er den Antrag begründete, zu heftigen geschäftsordnungsmäßigen Auseinandersetzungen kam. Nachdem endlich noch einmal durch Abstimmung die Dringlichkeit entschieden wurde, setzte der Antragsteller seine Ausführungen fort. Die Art und Weise, wie die Fleischermeister den Verkauf des russischen Fleisches betreiben, sei so, daß schäzuntig eingegriffen werden müsse. Die Knochenbeilagen würden so reichlich gegeben, daß sie in keinem Verhältnis zu dem gekauften Fleisch ständen. Mit Bestimmtheit werde auch als Geflogenheit mancher Fleischer behauptet, das russische Fleisch als hiesiges teurer zu verkaufen und das hiesige Fleisch minderwertige Qualität als russisches den Frauen aufzuhängen. Diese und andere Manipulationen hätten dahin geführt, der Bevölkerung das russische Fleisch zu verleben. Wie sehr die Fleischermeister daran interessiert seien, bewiesen die täglichen Presseberichte über deren unfreundliche Haltung zu den Bemühungen der Gemeinden. Auch in Neuföhlen sei die Lattache zu konstatieren gewesen, daß von den vielen gemeldeten Fleischern nur zwei gekommen waren, um das russische Fleisch zu holen. Damit müsse ausgedrückt werden, indem die Stadt selbst Räden einrichte, wo ausschließlich nur das russische Fleisch feilgehalten würde. Dasselbe habe sich ja auch schon beim Fischverkauf nötig gemacht. Ferner solle in gleicher Weise wie in Berlin dem Konsumverein der Vertrieb übertragen werden, in dessen Berliner Geschäften sich dieser flott und rentabel entwickelt habe. So würden die berechtigten Klagen der Bürgerschaft am zweckmäßigsten abgestellt werden. — Stadtb. Sellmann, seines Zeichens Schlächtermeister, versuchte

abzulenken, indem er die Art des Einkaufs von Seiten des Berliner Magistrats heftig angriff und dem russischen Fleisch minderwertige Qualität nachredete. Die Ehrenrettung seiner Kollegen bekam ihm aber sehr schlecht. Bürgermeister Dr. Weinreich wies die Angriffe energisch zurück und erklärte, daß Herr Sellmann, der selbst im Rathaus Opfer gemacht habe und fast interessiert sei, bei dieser Beratung sich besser in Schweigen hülle. — Stadtb. Emmeluth beantragte Ueberweisung des Antrages an die Feuerungskommission, während die Stadtb. Scholz (Soz.) und Hoppe (Soz.) noch einmal entschieden für den Antrag eintraten, wobei ersterer besonders auf Grund der Erfahrungen der Konsumgenossenschaft die angeblichen „Opfer“ beleuchtete, von denen die Fleischermeister immer reden. — Darauf wurde der Antrag der Kommission zur schließlichen Beratung und Erledigung überwiesen.

Einige andere Vorlagen fanden debattelose Annahme, so die Anstellung einer Reihe neuer Lehrkräfte am Ingeum und Obergeum, an der Knabenmittelschule und an den Gemeindegemeinschaften; die Errichtung eines staatlichen Fischungsamtes in Neuföhlen; die Pflasterung der Köllnischen Allee; die Vertiefung der Zeiche in den städtischen Ost-Gewerken (früher Miersche Werke); die Verstärkung des Kanalsystems im Rahlbühlern Nordwest der Kanalisationswerke; der Abrich der Hintergebäude auf dem städtischen Grundstück Kopstr. 53.

Schließlich hielt eine ausgedehnte geheime Sitzung, in der gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion der Verkauf wertvoller städtischer Grundstücke am Bahnhof Kaiser-Friedrichstraße an Bauunternehmer beschlossen wurde, die Versammlung noch lange Zeit zusammen.

Jugendbewegung.

Jungdeutschlands Ideale.

Einen interessanten Einblick in die Denkweise des Jungdeutschland-Bundes gewährt eine Festschrift, die der Leiter der Ortsgruppe Krotoschin (Provinz Posen) am 7. d. Mts. hielt und die durch Uebersetzung in Nr. 148 der „Krotoschiner Zeitung“ der Nachwelt erhalten ist.

Der Herr betreibt die Notwendigkeit der „Stählung“, wie sie im Jungdeutschland-Bund betrieben wird, mit folgenden Argumenten:

„Nach gilt der erste Horn des deutschen Jungen dem Feinde seines Vaterlandes, noch gilt sein erstes Spiel dem Kampfe mit diesen Feinden! — Aber es sind bedeutliche Kräfte am Werke, diese Ideale zu zerstören. Friedensapostel durchziehen das Land und mit Wort und Schrift versuchen sie den Heldegeist unseres deutschen Volkes zu vernichten. In Scharen strömen ihnen einerverte Männer und Frauen aller Gesellschaftskreise zu. Entnervt durch den Geist des Materialismus — seiner Schattenseite, des immer höher steigenden allgemeinen Wohlstandes, und eine Folge eines langen Friedens, die nur allein in materiellem Gewinn das Erlebnenswerteste sieht — aber vergißt, daß das Glück des Menschen im Herzen geschrieben steht! —“

Die schöne Rede läßt alle „heiligsten Götter“ aufmarschieren, Natürlich wird auch der „liebe Gott“ demut: Gott, „der allein weis, wie lange und der Frieden noch beherzt ist“.

Aber neben dem Christentum wird auch das Heidentum in den Dienst des jungdeutschen Ideals gestellt:

„Und wenn Jünglinge im alten Griechenland am Fuße der Statue der Göttin „Pallas Athene“ blutend unter den Weihen ihrer Lehrer zusammenbrachen, stumm und stoll im Ertragen des Schmerzes, in innerer Selbstüberwindung — dann erschien vor ihrem Auge in heiliger Gloria das eine Wort: „Vaterland“.“

Arbeiterkellern, die ihre Kinder zu aufrichtigen Menschen erziehen wollen, werden gern auf solche jungdeutschen Ideale verzichten.

Die Klassenbewußte Arbeiterkraft weiß jede Unterfützung des kriegerischen Jungdeutschland-Bundes von sich und schafft sich selbst, trotz aller Hemmnisse der Vorkämpfer, ihre eigene Jugendpflege, durch die die Jugendlichen auch „gestählt“ werden, aber zum Lebenskampfe und nicht gegen den einackildeten Feind.

Wasserhand-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerhande, mitgeteilt vom Verleiter Wetterbureau.

Wasserhand	am 12.12.	seit 11.12.	Wasserhand	am 12.12.	seit 11.12.
	cm	cm ³		cm	cm ³
Bemel, Mühl	294	+9	Saale, Großhly	104	+9
Bregel, Intherburg	10	-7	Saale, Schandau ¹⁾	68	+1
Beichler, Thom	180	0	Saale, Rathenow ¹⁾	68	-2
Dber., Rathor	134	+4	Spree, Spremberg ¹⁾	72	0
• Krossen	142	-4	• Seeslow	92	0
• Frankfurt	147	-3	Weser, Wänden	188	-4
Wardie, Schrumm	48	0	• Ründen	296	+1
Landesberg	30	-2	• Rhein, Maximiliansau	348	-2
Rege, Borchamm	10	0	• Rahn	195	-6
Elbe, Leitmeritz	-30	-1	• Rdn	191	-0
• Dresden	-147	-6	• Räder, Heilbronn	65	-8
• Barch	187	-11	• Rain, Qannau	159	+1
• Nagelburg	114	-2	• Rofel, Trier	103	+2

¹⁾ + bedeutet Wuch, — Fall. ²⁾ Unterpegel.

Zum Welnnachtfest
Ist warme Kleidungsstücke für Vater und Sohn das schönste Geschenk.
Wir stellen zum Verkauf: Extragute Herren-Paletots, Anzüge, Westen, welche in reinen Westfälischen Geweben, und für jede Figur passend auf Lager sind.
Näheres im Gegenstände in neuen Garderoben.
Herrn-Paletots
M. 8 12 16 etc.
Jackett-Anzüge
M. 9 14 18 22
Herrn-Ulster
M. 10 14 18 22
Rock-Anzüge
M. 12 16 20 24
Gehrock-Anzüge
M. 18 22 26 32
Frack-, Smoking-Anzüge
M. 22 26 28 34
Herrn-Hosen
M. 3 5 6 etc.
Verteilung von eleganten Frack- und Gesellschafts-Anzügen.
J. Wand, Hauptgeschäft:
Gr. Frankfurter Str. 116,
an der Andreastr. 11, Geschäft:
Chausseestr. 89,
vis-a-vis der Lissastr.
Sonntag geöffnet von 12-2.

Bruch-Lebkuchen!
Echte Nürnberger Bruch-Lebkuchen
Frischbackene, nur beim Backen etwas außer Tassen gerolene Kuchen, lockt in Qualität und Geschmack vorzüglich, keine gewöhnliche Marktware. Große und mittelgroße Bosler, Braune, Weiße und Giften-Lebkuchen gemischt So. für No. 5 Pfd. M. 4.50 und 10 Pfd. M. 8.50.
Porto und Verpackung frei kleiner Red empfangen.
Gegen Nachnahme oder Voreinzahlung.
Carl Gropp, Nürnberg 30
Postfachkonto Nürnberg 2738. Schweigerstr. 31.

Dr. Simmel Nathan Wand
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, direkt am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smokings, Fracks a. Selde 30-70 M.
Versandhaus Germania
31. Unter den Linden 21.
Sonntag v. 8-10 u. 12-3 geöffnet.

Zähne
ohne Kautschukplatte, Goldkrone, Stützähne. Behandlung trauffer Zähne ohne Zahnräder.
A. Hoppe
Reinickendorfer Straße 47
Gde. Gellischestraße.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Die schönsten
Monats-, Winterpaletots und Ulster, sowie Jackett-, Rock- und Smoking-Anzüge.
erstklassige, in ersten Berhältnissen hergestellte, auf Seide gearbeitete Garderobe, von
Kavaliereu getragen, fast neu, für jede Figur passend, (beszell Sauchanzüge sind in großer Auswahl) stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Mit II: Neue Garderobe.
Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Hochbahnhofstation Rottbuer 2or.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Pollmanns Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc.
Berlin N., Poststr. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

PROBLEM
"MOSLEM"
Cigarettes
H. D. ROT

Pollmanns Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc.
Berlin N., Poststr. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Minuten fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indisches Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Todes-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stroh-
arbeiter

Richard Kowarik
Seitensjahr 10, im Alter von
41 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 14. Dezember,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentralfriedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
92/14 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Unser Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der pensionierte Kollege

Joseph Zielinski
welcher früher im Betriebe Wed-
werk, Köpenickerstraße, beschäftigt war,
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 14. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Sebastian-Kirchhofes,
Humboldtstraße, aus statt.
36/4 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
(E. H. V. Berlin, Bez. 8 (Gesundn.))

Hiermit den Mitgliedern zur
Kenntnis, daß unser Mitglied,
der Maschinenarbeiter

Anton Mehrholz
am 11. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Französischen Kirchhofes,
Rantow, Wollanstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
258/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Lager-
arbeiter

Wilhelm Menzel
am 12. d. Mts. im Alter von
44 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in Wilmers-
berg aus statt.
Um rege Beteiligung ergeht
09/11 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden, Bekannten und
Verwandten zur Nachricht, daß
am 12. Dezember meine liebe
Frau und gute Mutter

Hermine Pottlen
nach langem Leiden sanft ent-
schlafen ist. 16366

Dies zeigt um stille Teilnahme
bittend, liebt erlitten an
Emil Pottlen.
Beerdigung: Montag, den
16. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Gions-Kirchhofes in Nieder-Schön-
hausen-Walden.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Sektion der Fuhrer.

Die Beerdigung des Kollegen
Ed. Seher findet vom städti-
schen Krankenhaus am Friedrichs-
felde aus statt. 147/20

Dankfagung.
Für die vielen Beweise liebevoller
Teilnahme und Sympathien bei der
Beerdigung meines lieben Mannes

Paul v. Fahren sage ich allen
Beteiligten, insbesondere dem Wahl-
verein, dem Deutschen Metallarbeiter-
Verband, und den Kollegen der Firma
Remmer, Rantow, Florenz, 8, meinen
herzlichsten Dank.
16325 Emma v. Fahren.

General-Versammlung
der
Konsum-Genossenschaft v.
Adlershof u. Umg. (E.G.m.B.H.)
in Liquidation

findet statt am
Sonntag, 28. Dezemb. cr.,
(nicht wie bekanntgegeben am
17. Dezember),
abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn Richard Kaul, Adlershof,
Blümenstraße, 16.
Tagesordnung:
1. Vorlegung und Genehmigung der
Liquidations-Schlussbilanz
2. Antrag betreffs Deduktion des Ver-
lustes.
Die Liquidatoren,
Wih. Kohl, Karl Jagnow, Wih. Zabel,
für den Aufsichtsrat,
108/125 Wilhelm Dörre.

Westmann
Molkenstr. 37 a.
Gr. Frankfurterstr. 115.

Gut! Gediegen! Billig!

Wählen Sie!

Plüsch-Mäntel	Mark 20.00
b. Mark 250.00	
Ulster	Mark 8.00
bis Mark 75.00	
Kostüme	Mark 15.00
b. Mark 100.00	
Polz-Konfektion	Mark 10.00
b. Mark 1000.00	
Röcke	Mark 3.00
bis Mark 55.00	
Blusen	Mark 2.00
bis Mark 35.00	
Gesellsch.-Kleider	Mark 15.00
b. Mark 200.00	

Alle Welten!
Alle Längen!

Preisermäßigung b. 60%, Sonnt. geöffn. 9-10, 12-5
Bei Eink. für M 20 auf Wunsch gratis 2 1/2 Mtr. doppeltbr. Stoff

Die Kunst zu schenken besteht darin,
mit dem Geschenk Freude zu machen.
Am besten wird dies durch unsere
Gutscheine erreicht, die wir zu
unseren Einheitspreisen abgeben.
Der Beschenkte wählt selbst.



Einheitspreis 12⁵⁰
für Damen u. Herren M.
Luxus-Ausführung . M. 16.50
Fordern Sie Musterbuch V

Salamander

Schubges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W8, Friedrichstraße 182

- 1. W8 Friedrichstraße 182
- 2. SW Friedrichstraße 221
- 3. SW Friedrichstraße 204
- 4. N Friedrichstr. 118/19
- 5. C Königstraße 47
- 6. W Potsdamer Straße 5
- 7. C Rosenthaler Tor
- 8. W Tauentzienstraße 15
- 9. N Badstraße 20



- 10. W Martin-Luther-Strasse 2
- 11. NO Gr. Frankfurter Str. 102
- 12. S Oranienstraße 42
- 13. NW Turmstraße 9
- 14. Charl.-Wilmsdorfer Str. 126
- 15. Steglitz, Schloss-Strasse 20
- 16. Friedenau Rheinstraße 1-3
- 17. Spandau, Breite Strasse 30
- 18. Potsdam, Nauener Strasse 24

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**,
an der neuen **Heerstraße**
beim **Alten Freund**.

Achtung!
Ren Öffnet! Monats-Gar-
den-Geschäft, Chausseestr. 93.
Monats-Ängde von 7,50 R. an.

Garbáty
Cigaretten

für
Qualitätsraucher

Steinarbeiter!
Sonntag, den 15. Dezember cr., vormittags 9 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
Mitglieder-Versammlung
der
Sektion I (Bau- u. Grabsteinbranche).

Tagesordnung:
1. Die Betriebskrankheit der Steinarbeiter. Referent: Kollege Otto
Gansche. 2. Stellungnahme zum Tarifablauf.
Wie zum Gehalt des Steinmetzhandwerks gehörigen Kollegen sind zum
Besuch der Versammlung verpflichtet.
172/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1967. Amt Norden 185. Amt Norden 1289, 9714.

Montag, den 16. Dezember 1912:
Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharusalle, Müllerstr. 112, abends 8 1/2 Uhr.
 - Norden: Obligos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends
8 1/2 Uhr.
 - Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 16, abends 8 1/2 Uhr
 - Tegel: Wohlfahrts Festsäle, Reinickendorf, Eichbornstr. 18,
abends 6 Uhr.
 - Moabit: Mosbiter Gesellschaftshaus, Dieckstr. 24,
abends 8 1/2 Uhr.
 - Westen und Schöneberg: Gesellschaftshaus des
Zschneberg,
Gausstr. 30/31, abends 8 1/2 Uhr.
 - Osten: Comenussäle, Wemeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag: Die Angriffe auf das Koalitionsrecht.
 - Lichtenberg: Restaurant J. Ertel, Pfarrstraße 74,
abends 8 1/2 Uhr.
 - Stralau und Rummelsburg: Café Bellevue, Gaus-
straße 2, abends 8 1/2 Uhr.
 - Weißensee: Penckerts Festsäle, Berliner Allee 251,
abends 8 1/2 Uhr.
 - Südenbezirke: Hohenstaufen-Säle, Kottbusser Damm 76,
abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Wäde.
 - Südenbezirke: „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag des Kollegen Hilbert.
 - Neukölln: Passage-Festsäle, Bergstr. 151/152, abends
8 1/2 Uhr.
 - Charlottenburg: Volkshaus, Hofenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
 - Steglitz: Albrechtshof, Albrechtstraße 1a, abends 8 1/2 Uhr.
Vortrag über „Die Angriffe auf das Koalitionsrecht“.
 - Friedrichshagen u. Köpenick: im Lokal Lindengarten,
Friedrichshagen, Friedrieh-
straße 74, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Gläh.
 - Spandau: Dertz' Restaurant, Kurstr. 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung
vom 8. Dezember 1912.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Sonntag, den 15. Dezember 1912,
vormittags 10 Uhr:

Tischbranchen-Versammlung
Berlins und Vororte
in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstraße 21.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Vertragskündigung und dem
neuen Tarifvertrag.
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Alle in der Tischbranche beschäftigten Tischler, Polierer, Maschinen-
arbeiter, Leiharbeiter und auch die ungeschulten Hilfsarbeiter müssen er-
scheinen, ebenso auch die Kollegen, welche dem Transportarbeiter-Verbande
angehören.
Zwecks Kontrolle wird der Besuch der Versammlung im Mitgliedsbuch
durch Stempel legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
92/13 Die Ortsverwaltung.

Eile zu Weile
Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz, Hochbahn Kottbusser Tor.
1000 Pelzstolas
Schals, Colliers, Muffen nur prima
—Felle—
offriere ich infolge günstiger Ab-
schlüsse zu hervorrang. billig. Preisen.
Echt Skunks-Stola von 35 M. an.
Nerzmurmel-Stola von 13,50 M. an
mit Köpfen und Schweifen.
Alaska-Fuchs-Imitation 7,50 M.
Marder, Nerz, Persianer,
Opposum, Biber, Iltis etc.
in allen modernen Formen stets
am Lager.
genau auf die Firma
Bitte Eile zu Weile
Dresdener Str. 119 zu sehen!
Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellte Gegenstände sofort
— für den bezeichneten Preis. —
Sonntags geöffnet.

Eigene Kürschnerel.
Reparaturen
gut, schnell, billigst.

Aus aller Welt.

Der Patriotismus der Geistlichkeit.

Im hellsten Glanze erstrahlt die Opferwilligkeit, die Hingabe an das Vaterland bei der ungarischen Geistlichkeit. Die Kriegswirren und die dadurch erzeugte Gefahr, das auf den Banken festgelegte Kirchenvermögen zu verlieren, hat den Erzbischof von Kanad, Julius Glatfelder, zu einem Sendschreiben an die Geistlichkeit seiner Diözese angetrieben. In dem Sendschreiben betont der fromme Patriot, wie die „Pest-Hierap“ meldet, daß die Gefahr besteht, die Güter der Kirche könnten den Wirren der Zeit zum Opfer fallen. Der Erzbischof ermahnte daher die ihm unterstellte Geistlichkeit, ihre Geldeinlagen bei den Banken und Sparkassen zurückzuziehen. Die von gleichem idealen Streben besetzten Geistlichen beherzigten natürlich die in dem Hirtenbrief enthaltene Mahnung, so daß ein regelrechter Sturm auf die Geldinstitute des Bezirks entstand.

Die Kirche hat einen guten Magen, hat ganze Länder aufgefressen und doch noch nie sich übergeben; Die Kirche allein, meine lieben Frauen, kann ungerechtes Gut verdauen!

Aus Neu-Byzanz.

Das Ableben des greisen Prinzregenten von Bayern hat die bürgerliche Presse ganz aus dem Häuschen gebracht. In spaltenlangen Artikeln werden alle möglichen Einzelheiten aus dem Leben des Fürsten den Lesern zum Raufisch serviert. Den Vogel schießt dabei das „konservative“ Berliner Tageblatt ab, das in einem Telegramm unteres Korrespondenten sich folgende Stimmungsmalerei leistet:

Auf den nächtlichen Straßen sprachen fremde Menschen sich gegenseitig an und unterhielten sich über das schon eingetretene oder erst zu erwartende Ereignis. Studenten, die vom Fachen kamen, Künstler, die auf dem Heimweg aus irgend einer Sitzung waren und Bürger, die aus dem Hofbräuhaus kamen, blieben in Gruppen bei einander stehen und fragten sich: „Ist er wirklich tot?“ Vor dem Residenzschloß wagte man nicht, sich aufzustellen, aus Scheu, den Schwerkranken oder schon Toten zu stören.

Daß die Münchener Bierhülser es nicht wagten, sich vor dem Schloße aufzustellen, aus Scheu, einen Toten zu stören, ist eine fiktive Leistung, die so bald nicht übertroffen wird.

Unschuld im Zuchthaus.

Vor mehreren Jahren wurde in Neubrandenburg der Drogist Artur Grewe wegen Stillschleitsverbrechens, das er an der Tochter des Obedientenrats Kruse begangen haben sollte, zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt. Für Grewe, der die Strafe bereits verbüßt hat und stets behauptete, unschuldig verurteilt zu sein, hat die Sache insofern eine überraschende Wendung genommen, als die Tochter des Kruse dieser Tage vor dem Untersuchungsrichter in Neustrelitz eingestanden, den Drogisten Grewe seinerzeit wirklich falsch beschuldigt zu haben. In der falschen Anschuldigung sei sie gekommen auf Betreiben der bei Kruse dienenden Wirtschafterin K a t a y; letztere habe sie durch Brügge l dahin gebracht, Grewe des Stillschleitsverbrechens zu beschuldigen, auch der Vater habe um die Sache gewußt, das heißt

den Sachverhalt gekannt und das Vorgehen der K a t a y gebilligt. Für die Beteiligten dürfte die Angelegenheit einen bösen Ausgang nehmen. Grewe ist seinerzeit auf die bloße Behauptung der damals 14-jährigen Hedwig Kruse hin ohne weitere Beweise verurteilt und hat, wie jetzt einwandfrei feststeht, die ihm zubilligte Zuchthausstrafe schuldlos verbüßen müssen.

Die Unterhaltung der Vadsfische.

Den jungen amerikanischen Ladies genügt nicht mehr der Flirt mit den männlichen Vertretern der goldenen Jugend. Das Anschmachten irgend eines Idols ist ihnen zu faß, sie wenden sich lieber Vergnügungen zu, die die zarten Nerven stärker aufpeitschen. So wurden am Mittwoch, wie ein Telegramm aus New York meldet, vierzig junge Mädchen aus den besten Gesellschaftskreisen, alle unter 16 Jahren und Töchter reicher Eltern, bei einer polizeilichen Razzia in einer New Yorker Spielhölle verhaftet. Es sollen sich noch viel mehr junge Mädchen in der Spielhölle befunden haben, doch ist es diesen gelungen, durch die Fenster mittels Rettungsleitern zu entfliehen. Die Mädchen wurden auf die Polizeiwache gebracht, wo ihre Personalien zwecks späterer Zeugenschaft gegen den Spielhöllebesitzer festgestellt wurden. Die Polizei erklärt, daß die ausgehobene Spielhölle sowie mehrere andere Spielhöllen in New York fast ausschließlich von jungen Mädchen besucht werden, die noch schulpflichtig sind und in den Spielhöllen ihr reichlich bemessenes Taschengeld verspielen. Die Untersuchung hat ergeben, daß bereits früher ähnliche Fälle von der Polizei entdeckt waren, aber von den Angehörigen der jungen Mädchen vertuscht worden sind.

Agrarische Arbeiterfreundschaft.

Die sehr waldbreichen bayerischen Mittelgebirge, wie das Bittelgebirge und der Bayerwald, bringen auch große Mengen von wildwachsenden ehbaren Beeren, vornehmlich Heidelbeeren und Preiselbeeren, hervor. Es ist ein durch die Jahrhunderte geheiligter und zum Recht erhobener Brauch, daß diese Gaben der Natur von jedermann gesammelt werden können. Das ist für die ärmere Bevölkerung von großem Vorteil, da sie durch das Beeren sammeln eine zwar bescheidene aber doch sehr willkommenen Verdienstsorge findet. Besonders trifft das auf die Heidelbeeren zu, die alljährlich zur Erntezeit massenhaft in die Heidelbeerweinfabriken wandern. Diese Einnahmequelle soll den armen Leuten nunmehr verstopft werden. Wie aus dem Bayerischen Wald berichtet wird, haben sich dieser Tage in Lam die Privatwaldbesitzer zusammengesunden und beschloßen, das Recht auf den Wald zu befeitigen, indem das Beerenpflücken verboten und die betreffenden Waldflächen für die Beerenente verpachtet werden sollen. Man hofft und verlangt, daß auch der Staat für die Staatsforsten dem würdigen Beispiel folgen werde. Die Waldbesitzer versprechen sich von ihrem Schritt eine Abhilfe der Leutenot; sie behaupten, daß ihnen durch die Beerenente die Arbeitskräfte entzogen werden, die mit dem Beeren sammeln mehr verdienen, als ihnen die Landwirte zahlen. Den Agrariern winkt doppelter Vorteil: einmal bekommen sie billigere Arbeitskräfte und zum zweiten bringt die Verpachtung auch noch ein nettes Stümmchen.

Kleine Notizen.

Vom Eisenbahnzug überfahren. Bei der Bahnüberfahrt bei Trudering in Oberbayern wurde Freitag früh ein Zweiflügelzug-

werk vom Zuge erfasst. Der Wagenlenker und ein Pferd wurden getötet, das andere Pferd schwer verletzt. Der Schrankenwärter, welcher vergessen hatte, die Schranke zu schließen, machte einen Selbstmordversuch, indem er sich durch einen Schuß in den Mund schwer verletzte.

Ein Liebesdrama. Gestern mittag kam der 24-jährige Vortragssänger Friedrich Justus von Breslau in München an und begab sich in ein Hotel in Schwabing. Hier tötete er die Sängerin Frida Baumann, die er aufgesucht hatte und brachte sich dann selbst durch einen Schuß so schwere Verletzungen bei, daß er bald darauf verstarb. Es handelt sich um den Nachhall eines abgewiesenen Liebhabers.

Durch Kohlenoxydgas getötet. In einem Arbeiterhause der Zuderfabrik Svolenowitj in Pilsen wurden durch Ausströmen von Kohlenoxydgas zwei Personen getötet und zwei in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Ein Familiendrama. Nach einer unvorhofften antilichen Rassenrevision erschog der Postmeister Hall in Sodingitz (Böhmen) seine zwei Kinder, verwundete sodann seine Gattin, seinen Sohn und sich selbst durch Revolververwundungen lebensgefährlich.

Handmord. Donnerstagnittig wurden der Geflügelhändler Reinhold und seine Frau auf der Rückfahrt vom Wochenmarkt in Zabrze nach ihrer Behausung in Weiskretscham im Walde bei Zaband überfallen, ihnen der Schädel eingeschlagen und ihre Barschaft in Höhe von 400 R. geraubt. Auf dem Gefährt, das abends führerlos in Weiskretscham eintraf, wurden Reinhold und seine Frau, die nur noch schwache Lebenszeichen von sich gaben, aufgefunden. Beide starben nach kurzer Zeit. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn über Treppen - Fahrstuhl - , wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Sachzettel und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Annoncenbeurteilung beifolgt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. J. 56. 1. Rein. 2. Die betreffende Bestimmung des Vertrages verstößt, wenn man Ihre Darstellung zugrunde legt, unteres Gerichten gegen die guten Sitten und erscheint nichtig. - S. 17. Sie hatten ebenso wie Ihr Vorgänger für die Miete. Der Vermieter hat die Besujnis, Gegenstände, die nach dem Gesetz entbehrlich sind, einzubehalten. - Klempner 20. Sie müssen Ihren Betrieb, da er der Unfallversicherung unterliegt, bei der Berufsgenossenschaft anmelden. - Genosse Bes. 3. Der Wähler muß einen Monat nach Eingang der Zahlungsaufforderung warten, falls nicht ein bestimmter Rückzahlungstermin vereinbart war. - W. J. 17. Auch unverheiratete Schneider müssen, sofern es sich wie im vorliegenden Falle, um eine privatrechtliche Schuld handelt, der Betrag von 28,80 R. pro Woche belassen werden. - 1885. 1. und 2. Die Altersrente wäre erst zu erteilen, wenn 1200 Beitragsmonate geleistet sind und das Alter von sechzig Jahren erreicht ist. Es besteht aber für den Fall der Invalidität der Anspruch auf Invalidenrente, falls wiederum mindestens 20 Beitragsmonate geleistet sind, davon 100 auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Rechte aus der früheren Beitragsleistung leben ab dann wieder auf. 3. Die Rente ist unverschieblich. - P. G. 20. Rechnen Sie bei dem Vorstehenden der Veranlagungscommission einen Antrag auf Erlass der Steuer für die Zeit der Erwerbslosigkeit ein. - G. S. 2a. W. 29. 09. 1. und 2. Ja. - G. T. 6. Wahrscheinlich nicht. Es ist aber zweifelhaft, sich vorher beim Polizeipräsidenten zu erkundigen. - S. 18. Seitens des Vormundes kann die Alimentationsklage bei dem für den Wohnort des Erzeugers zuständigen Gericht erhoben werden. Es empfiehlt sich, daß der Vormund vorher beim Vormundschaftsgericht ein Vermögensverzeichnis beantragt und abdam bei Erhebung der Klage um Verordnung eines Rechtsanwalts ersucht. - Feind Neuföhn. Der Antrag ist beim Kreisarzt oder beim Polizeipräsidenten anzubringen. Es ist allgemeine Schulbildung erforderlich. 2. Die Ausbildung erfolgt halbjährig. Der Kursus dauert etwa 1/2 Jahr. - R. 23. 2a.

Für den Weihnachtstisch!

Stiller

Gegr. 1867



Jerusalemmer Str. 32-35 Ecke Leipziger Straße, am Dönhoffplatz

Potsdamer Strasse 2 Oranien-Strabe 161
Tauentzienstr. 19a Gr.Frankfurter Str.123
Tauentzienstrasse 7b Chaussee-Strabe 114
Friedrich-Strasse 75 Neukölln: Bergstr.25
Königstr. 25 u. 26 :: Schöneberg: ::
Rosenhaler Strasse 5 Hauptstrabe 146

Charlottenburg: Wilmersdorfer Strasse 45
Man achte genau auf die alte Stiller-Firma!

Phantasie- und Luxus-Schuhe für Damen

Aparte Abendschuhe Feine Atlas-Schuhe Schuh-Schnallen
Samtkalb-Schuhe Spangen-Schuhe Aparte Ball-Strümpfe
Stickerei-Schuhe Lackschuh-Neuheiten Tuch-Gamaschen

Herren-Lack-Stiefel in neuen Fassons

Knopf-Stiefel mit Lackbesatz und feinen Kammgarn-Einsätzen. Knopf-Stiefel mit Lackbesatz und feinen Samtkalb-Einsätzen. Knopf-Stiefel mit Vestingstoff-Einsätzen. Schnür-Stiefel mit Lackbesatz und verschiedenartigen Tuch-Einsätzen. Frack-Stiefel.

Ski-Stiefel * Rodel-Stiefel * Eislauf-Stiefel

Jagd- und Pirsch-Stiefel Stiefel mit Wollfutter Uniform-Stiefel
Berg- und Touren-Stiefel Stiefel mit Lammfell Elegante Reit-Stiefel
Stiefel mit Doppelsohlen Stiefel mit Katzenfell Sport-Gamaschen
Stiefel mit Korkböden Stiefel mit Filzfutter Tuch-Gamaschen

Wohlfeile dauerhafte Kinder-Stiefel

Kamelhaar-Stiefel und -Schuhe für Herren, Damen und Kinder, Leder-Haus-schuhe, Melton-Hausschuhe, Samt-Hausschuhe, Luxus-Morgenschuhe, Pantoffel.

Haupt-Preislagen für moderne Herren- und Damen-Stiefel:

8 75 10 50 12 50 14 50 16 50

Morgen Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet!

Selbstkostenpreis + 10%

Herren- und Knaben-Bekleidung
jeder Art fertig und nach Maß

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges.
Neue Schönhauser Str. 1 | Turmstr. 73. Moabit
Ecke Münz- und Weinmeister-Straße | vis-à-vis der Emdener Straße

Beachten Sie morgen unsere Weihnachts-Angebote

Liefere auch nach auswärts.

Möbel-Lechner

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz

2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße

Stube und Küche . . . Anzahlung von M. 15.- an

Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. 5.- an

Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.

Vorzug dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben.

Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften begleichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung.

Sonntags geöffnet von 12-8 Uhr.



Waldorf Astoria Cigarettes

Hockey 3 Pf.
Clio 5 Pf.

33/2*

Gänse-Artikel

täglich frisch
in großer Auswahl
Gänseklein, Gänsekeulen, triach u. gepökelt, Gänselebern u. Gänseeschmalz, Gänsekeulfleisch, Gänseknochenfleisch, große geräucherte Gänsekeulen usw.

Hermann Leissner, Berlin C., Klosterstr. 93-95.

Ich unterhalte keine Filialen!

Nur Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Straße.

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00
Nur fehlerfreie moderne Ware
Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware
Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Theater.

Sonabend, den 14. Dezemb.

Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater O. Theater.

Schiller-Charlottenburg. Ballen-

Feind Tod.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Verliner. Kabale und Liebe.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.

Christenkind.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem Heppelinschiff

den Welt nach Hamburg. Die

wichtigsten Kulturpflanzen der

Weltwirtschaft.

Kessing. Die Befreiung der bösen

Ära.

Aurländersoper. Dornröschen.

Theater am Nollendorfsplatz.

Schneewittchen.

Thalia. Frau Holle.

Luise. Goldener, das Sonntagkind.

Rose. Im Lande der Räder.

Anfang 7 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Don Carlos.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Das Rheingold.

Deutsches. König Heinrich IV.

1. Teil.

Zirkus Albert Schumann. Gala-

Vorstellung.

Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Aus Mitternachts.

Der Herr Prof. Dr. Donath: Die

modernen elektrischen Lampen.

Kammermusik. Mein Freund Teddy.

Vertrag. Der Eberpelz.

Königsgräber Straße. Die fünf

Frankfurter.

Deutsches Opernhaus. Rabelio.

Schiller O. Im weißen Röhl.

Schiller-Charlottenburg. Helm-

gülden.

Verliner. Filmzauber.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Reines. Professor Bernhardt.

Schiller-Theater O. Theater.

Sonabend, abends 8 Uhr:

Im weißen Röhl.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Zopf und Schwert.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Im weißen Röhl.

Montag, abends 8 Uhr:

Hedda Gabler.

Schiller-Theater Charlotten-

burg.

Sonabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:

Wallensteins Tod.

Sonabend, abends 8 Uhr:

Helmgülden.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Die Jüdin von Toledo.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Helmgülden.

Montag, abends 8 Uhr:

Helmgülden.

Berliner Theater.

8 Uhr:

Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße

8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Theater am Nollendorfsplatz 5.

8 Uhr: Kismet.

Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr:

Schneewittchen.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.

Abends 8 Uhr:

Der Frauenkaiser.

Residenz-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Gastspiel Constanze v. Linden:

Prinzenerziehung.

Wozu u. folg. Tage: Prinzenerziehung.

Sonntagabend 8 Uhr: Alles für

die Firma.

Luisen-Theater.

Sonabendabend 4 Uhr: Kinder-

Post: Goldener, das Sonntagkind.

ab: Das Märchen v. Weihnachtsglocke.

Abends 8 Uhr: Raskin.

Sonntagabend 3 Uhr: Ich lasse

Sich nicht. Schauspiel v. E. Mitteldehl.

Abends 8 Uhr: Raskin.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Nachmittag 4 Uhr:

Im Lande der Räder.

Abends 8 Uhr:

Gewonnene Herzen.

Sonntag 4 Uhr: Erlösung u. Gold-

prinzchen. 8 Uhr: Die Sünden

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.

Sonabend, den 14. Dezember 1912, in den „Germania-
Prachtsälen“, Chausseestr. 110:

Wander- u. Weihnachts-Abend.

I. Märchische Wanderungen.

II. Märchische Landschaftspoesie

III. Märchenerzählungen

Sitze 100 Lichtbilder in natürlichen Gärten.

Vortrag, Lichtbilder, literarisches und musikalisches Arrangement

von O. Bolle.

Nach den Vorträgen: Geselliges Beisammensein u. Tanz.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Beginn 8 1/2 Uhr. 1/12* Eintritt 30 Pf.

Urania

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:

Professor Dr. B. Donath:

Die modernen elektrischen Lampen.

Hörsaal 4 Uhr zu kleinen Preis:

Mit dem Zeppelin-Luftschiff von Syll

nach Hamburg. — Die wichtigsten

Kulturpflanzen der Weltwirtschaft.

8 Uhr: Aufs Mitternachts.

Herrnfeld

Theater

Beispielloser Lacherfolg!

Die Alpenbrüder.

Komödie in 3 Akten von Anton

und Donat Herrnfeld.

Hierzu:

Das Scheidungs-Souper.

Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf 11-3 (Theaterkasse).

Apollon

Theater

Ab 8 Uhr.

8 für Berlin neue Debüts.

Stürmischer Lacherfolg!

3 Uhr: Berlins neueste Sensation!

Dario Pagni.

Das Wunder hypnotischer Kartenkunst.

Trilanon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

Die Erste — Die Beste!

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Heute: Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthausorchester, Dir. F. v. Blon, Komponist.

Musik. Garde-Füsillier-Regiment, Dirig. Oberm. Dippel.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 5 Uhr.

An allen Wochentagen

Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Sonnabend, 14. Dezember,

abends 7 1/2 Uhr:

High-Lite-Evening.

Rondeaus der Sportwelt.

Um 9 1/2 Uhr:

Der unsichtbare Mensch.

Vier Bilder aus Indien.

Vorher: Auftreten sämtlicher

Attraktionen. U. a.

?? Signor Maximo ??

Das größte kubanische Wund-

Tommy u. Boy, die einzigen

und ersten Bären, welche selbst-

ständig Zweirad fahren.

Sonntag, den 15. Dezember:

3 große Vorstellungen.

Nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.

In beiden Vorstellungen

ohne Kürzung:

Der unsichtbare Mensch.

Casino-Theater

Lehringer Str. 57. Täglich 8 Uhr:

Die neue Lokalposse

„Am grünen Strand

der Syree“.

Sonntagabend 8 Uhr:

Unter dem Weihnachtsbaum.

TGB

THEATER GROSS-BERLIN

am Zoo.

Täglich 8 Uhr:

So bummeln wir!

m. Nassary, Pallenberg, Bachmann.

Vorher:

Varieté-Aufführung.

Ranzen gestattet.

Vorverk. 10-6 Uhr Theaterkasse,

Warsh. Tieta, Invalidendank.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Heute 8 Uhr:

„Bei Vater“.

Weihnachtsb. v. Weisf.

Morgen

nachmittag

3 Uhr:

ermäßig. Fr.

0 Tanne-

boom!

Passage-Panoptikum

50 WILDE

WEIBER MÄNNER

KINDER

vom Stamme

der Igorroten.

Leben u. Treiben in dem

eigens aufgebauten

IGORROTEN-DORF.

Ohne

Lehnd! Extra-Entree.

Zirkus Busch.

Heute Sonnabend, 14. Dezember,

abends 7 1/2 Uhr:

Große Sports-Gala-Vorstellung.

Debut! Debut!

Der Affe im Aeroplan

Erstmalige

Vorführung

eines Affen a. Aviatiker in einem

frei vom Boden aufsteigenden

und fliegenden Aeroplan

sowie das gesamte große Gala-

Programm. — Zum Schluss:

Die große Frank-Pantamino

„Sevilla“

in 6 glänzenden Akten.

Besonders hervorzuheben:

Das berühmte Wirtshaus bei

Osanna. — Die berühmte Stier-

gefachts-Arena in Sevilla.



△
Geschäfts-
Gründung
1896

Juwelenhaus Zimmermann & Co.

Juweliere

Gold- u. Silberwaren-Fabrik Uhren-Großhandlung

Berlin SO. Oranienstr. 204, 206, 207

Telephon: Amt Moritzplatz, No. 3549

empfehlen zum bevorstehenden Weihnachtsfest ihr großes

Lager in Juwelen, Uhren, Gold- und Silber-Waren.

Eigene Werkstatt für Reparatur und Neuarbeit im Hause.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei - Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.

Brunnenstraße 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager in fertigen

Ulstern und Winterpaletots Anzügen und Arbeiterberufskleidung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft und des
Arbeiter-Radfahrer-Bundes.

Sonntag, 15. u. 22. geöffnet von 12—8 Uhr.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung

I.: Neue Friedrichstr. 35
an der Zentral-Posthalle
II.: Turmstr. 67. I. Etage.
Liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß
unter Garantie für tadellose Sitz
gegen wöchentliche Teilzahlung
von **1 Mark** an.

Zusneiderei, Vertikal für Haare,
Auf Wunsch Befestigung des Klebenden
mit neuesten Stoffmaschinen.
**Besondere Abteilung für
fertige Garderobe.**
Sonntags geöffnet.

Monats-Garderobe!

Die besten Ulster - Paletots
und 4-500 getragene Anzüge für
Herren, Smoking-Anzüge, Hand-
anzüge, sowie von Kavaliere ge-
tragene, seit neue Sachen (a. Edelst.)
für jede Figur passend, in großer
Auswahl, unübertroffen
billigen Preisen.
12., beschreiblicher mit Maß an,
Wasserstr. 2/13 I
Hirsch Kieferbaum.

Jahrenten mit Spinn



daß die Auswahl
in unserem

Kaufhaus

mit
Kreditbewilligung
so groß ist, wie kaum
in einem
Spezialgeschäft.

Wir liefern

Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung

Ulster, Paletots, Rock- und Gehrockanzüge,
Damen-Ulster, Kostüme, Röcke, Blusen etc.

Pelzwaren

Schuhwaren

Schon bei einer **Anzahlung** von **5** Mark an.

„ „ „ Abzahlung wöchentl. von **1** Mark an.

Passende Weihnachtsgeschenke: Klubauteuils, Servier- u. Rauchtische, Etageren, Standuhren, Korbmöbel etc.

C. Wachsman & Co.

Reinickendorfer Strasse 15,
neben der Feuerwache, Aufgang Ravenestr. vis-à-vis Bahnhof Wedding.
Sonntag geöffnet von 8-10 und 12-8 Uhr.



ALLE TAGE ANDERS
direkt am Netelbeck-Platz
doppelte Rabattmarken!

Grosse Gratis Weihnachts- Bescheerung

Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet.

**Jeder
erhält Kredit!**

Auf allerbequemste Teilzahlung
mit jeder nur annehmbaren Anzahlung

Anzüge und Ulster

Hut oder Stock gratis

Elegant u. modern o Ersatz für Massarbeit

Damen-Garderobe

Ulster, Kostüme, Blusen, Röcke, Samt u. Plüschmütel

Kinder-Garderobe

Pelzwaren in grosser Auswahl

wöchentlich **1** Mark

Möbel u. Polsterwaren

nur eigenes
Fabrikat

Einziges Waren-Kredit-Geschäft, das zur Verabfolgung der Spar-
marken der „Rabatt-Gewährungs-Genossenschaft“ berechtigt ist.

Trotzdem bis zum Feste ebenfalls doppelten Anzahl Rabattmarken für Anz.
so dass den ver- **10 pCt. Rabatt** jetzt zugute kommen, die
christen Publikum nicht etwa vom Konto ab-
geschrieben, sondern **in bar** bezahlt werden.

Waren- und Möbel-Kredit-Maus

ALLE TAGE ANDERS

Größtes Maus am Netelbeck-Platz
Pank-, Gericht- u Reinickendorfer Str.-Ecke
Parterre, I., II., III., IV. Etage.

ALLE TAGE ANDERS

Aus Industrie und Handel.

Vom Siemens u. Halske-Konzern.

Den bereits früher von uns veröffentlichten Abschlußziffern der Hauptgesellschaften des großen Elektrokonzerns Siemens u. Halske folgen jetzt die Geschäftsberichte der einzelnen Unternehmungen. Der Konzern hält es für ratsam, in einem dieser Berichte sich gegen den Vorwurf von Monopolbestrebungen zu verteidigen. Er verweist darauf, daß in der elektrischen Industrie die ganze Weltweitigkeit der gewerblichen und landwirtschaftlichen Volkswirtschaft zum Ausdruck komme. Deshalb müssen immer neue Formen und Einrichtungen geschaffen werden. Daraus verurteilt die sehr weitläufig gegliederte und überaus kostspielige Organisation des Gesamtunternehmens, dem aus seiner Pionierzeit her, die vor nunmehr gerade 65 Jahren ihren Anfang nahm, die gewissermaßen historische Aufgabe zugefallen sei, das ausgedehnte Gebiet der Elektrotechnik in allen seinen Zweigen wissenschaftlich und wirtschaftlich zu pflegen und weiter zu entwickeln. Die Mannigfaltigkeit der experimentierenden, konstruierenden, projektierenden, fabrizierenden und verwaltenden Arbeitsstellen im inneren Betrieb werde durch eine ebenso große Mannigfaltigkeit der im In- und Ausland tätigen technisch-geschäftlichen Arbeitsstellen ergänzt, die die Fällung mit den in den Absatzgebieten immer neu auftretenden speziellen Bedürfnissen aufrecht zu erhalten haben. Es liege auf der Hand, daß unter so verwickelten und eigenartigen Verhältnissen der Wettbewerb zwischen den einzelnen Firmen sich zu einem recht schwierigen gestalten kann.

Es haben sich daher vielfach unersinnliche Verhältnisse herausgebildet, doch sei zu hoffen, daß es mit der Zeit gelingt, eine größere Ordnung herbeizuführen. An Möglichkeiten dazu fehle es nicht. So sei z. B. durch die Wirksamkeit des Verbandes Deutscher Elektrotechniker es auf dem rein technischen Gebiete zu zahlreichen Normen und Vorschriften gekommen, die eine wohlthätige Ordnung bedeuten und allgemein befolgt werden. Aber das wirtschaftliche Gebiet entbehre einer solchen allgemeinen Ordnung. An monopolartige Gebilde dürfe dabei nicht gedacht werden. Die finanziellen Mittel des Konzerns seien fast ganz durch die Aufgaben der Technik, der Fabrikation und des Betriebes in Anspruch genommen. Finanzgewinne spielen deshalb bei der Gesellschaft eine nicht nennenswerte Rolle. Beteiligungen und Neugründungen erfolgten nur ausnahmsweise und stets nur zu dem Zweck, neue Gebiete zu erschließen. So stehe die Gesellschaft mit einigen Unternehmungsgesellschaften in freundschaftlichen Beziehungen, ohne einen finanziellen Einfluß, geschweige denn eine Kontrolle auf sie auszuüben. Der Umfang der Aufträge von diesen Seiten bilde von dem Gesamtumsatz nur einen verhältnismäßig geringen Teil.

Die Ausführungen bestätigen eigentlich nur, daß die Konzernbildung in der Elektrotechnik zum Monopol führt. Da die Industrie noch mitten in der Entwicklung steht, brauchen die beiden mächtigen Konzerne, A. E. G. und Siemens u. Halske, nur die neuentstehenden Werke und Anlagen an sich zu reißen, um zur Allein Herrschaft zu gelangen. Die Auffassung aller Werke ist daher im Moment für die Monopolisierung nicht so wichtig als etwa in Industrien mit langsamerer Entwicklung. Aber auch die Auffassung schon bestehender Werke wird von den beiden Konzernen einzeln oder gemeinsam geübt. Der Geschäftsbericht gibt gerade für das verfloßene Jahr ein bezeichnendes Beispiel: die Siemens-Schüdert-W. m. b. H. haben sich die Bergmann-Elctrizitäts-A. G. angegliedert, indem sie von den neuen Bergmann-Aktien 8,5 Millionen Mark übernahmen. Natürlich wird auch hier wieder betont, daß durch diese finanzielle Transaktion Siemens-Schüdert jedoch eine Verantwortlichkeit und einen maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Bergmann-A. G. nicht übernommen hätten. Diese Verwahrung ist um so lächerlicher, als auch äußerlich durch einen Personenwechsel in der Leitung die Abhängigkeit der Bergmann-A. G. vom Siemens-Konzern gekennzeichnet worden ist.

Ebenso die Dividenden bei der Siemens u. Halske-A. G. und der Siemens-Schüdert-W. m. b. H. gleich geblieben sind, bei der Elektrizitäts-A. G. vom. Schüdert u. Co. nur um 1/2 Proz. gestiegen sind, beweisen doch die Geschäftsberichte, daß im Jahre 1911/12 eine erhebliche Ausdehnung der Fabrikation stattgefunden hat. Die Anzahl der Beamten und Arbeiter ist bei den Siemens u. Halske- und Siemens-Schüdert-Werken, einschließlich der auswärtigen Geschäftsstellen weiter um 11 000 (i. H. 14 000) auf mehr als 77 000 gestiegen, verhältnismäßig am stärksten in den deutschen und russischen Betrieben.

Spaniens Finanzreformen.

Die spanische Regierung will durch Erhöhung des Goldvorrates den Uebergang zur Goldwährung anbahnen. Gegenwärtig gelten in Spanien Gold- und Silbermünzen als Zahlungsmittel. Das Verhältnis von Silber und Gold ist auf 1 : 15 1/2 festgesetzt, während tatsächlich heute Silber einen viel geringeren Wert hat. Durch reichliche Notenausgaben haben sich die Währungsverhältnisse Spaniens weiter verschlechtert. Für Zahlungen in Gold wird daher ein Agto (Aufgeld) gewährt. So ist der Kurs spanischer Wechsel sehr ungenügend; er steht z. B. an der Berliner Börse um 8 Proz. unter Parität. Der spanische Finanzminister hat nun in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, von dessen Annahme er sich die Durchföhrung der reinen Goldwährung in drei Jahren verspricht. Der Entwurf sieht die Errichtung einer Kasse mit einem Kapital von 200 Millionen Pesetas vor, das zur Hälfte von der Bank von Spanien und zur anderen Hälfte vom Staatsschatz beschafft werden soll. Die Kasse wird Goldwechsel und Goldsicherheiten auf ausländische Plätze, je nachdem es die Schwankungen des Wechselkurses erfordern, kaufen und verkaufen. Das Kapital kann um 200 Millionen Pesetas auf 400 Millionen Pesetas mittels einer Staatsanleihe erhöht werden. Die bei der Abschaffung der Silberwährung entstehenden Kosten hat die Bank zu tragen. Die Regierung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuß der Kasse die Goldwährung einzuföhren, sobald sie es für notwendig hält. Die Bank erhält die Berechtigung, Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Pesetas auszugeben, und die gleiche Berechtigung wird dem Staatsschatz erteilt.

Nach einem weiteren Gesetzentwurf sollen Zweiginstitute ausländischer Gesellschaften stürken, und zwar mit mindestens 10 Proz. des Gesamtkapitals der Gesellschaft oder des Gesamtgewinns zur Ertragssteuer herangezogen werden. Die Steuerreform soll nicht nur höhere Steuern einbringen, sondern auch zur Selbständigmachung der Zweiginstitute anmitemen.

Die Preußenkasse.

Auf die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland haben außer dem Genossenschaftsgesetz von 1889 besonders die seit 1894 gewährten Staatsunterstützungen einen großen Einfluß geübt. In verschiedenen Bundesstaaten bestehen diese Unterstützungen hauptsächlich in Darlehen, die den Landesgenossenschaftskassen zinsfrei oder zu einem niedrigen Zinsfuß gegeben worden sind.

In Preußen ist die Förderung des Genossenschaftswesens der 1886 gegründeten Central-Genossenschaftskasse (Preußenkasse) übertragen. Sie steht unter der Aufsicht und Leitung des Staates. Ihr Hauptzweck ist die Förderung des genossenschaftlichen Verlehrsverkehrs. Ihre Dienste sind für alle Arten von Kreditgenossenschaften bestimmt. In erster Linie hat sie aber das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen gefördert.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 31. Juli 1886 kann die Preußenkasse nicht den Einzelgenossenschaften Kredit gewähren, sondern nur den Vereinigungen und Verbandskassen von Genossenschaften. Im Geschäftsjahre 1911 stand sie mit 46 Verbänden und Zentralanstalten in Verlehr. Davon waren 26 aus vorwiegend landlichen Genossenschaften zusammengesetzt, deren Zahl sich auf 7555 belief. Es gehörten ihnen rund 800 000 Mitglieder an. Demgegenüber betrug die Mitgliederzahl der den gewerblichen Verbandskassen angegliederten 583 Genossenschaften nur 178 000. Anfang 1911 haben die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland und einige andere dem Kaffeisenverbande angehörende Verbandskassen, denen mehrere tausend Genossenschaften angeschlossen sind, ihre Beziehungen zur Preußenkasse lösen müssen. Dafür wird die Preußenkasse in Zukunft ihre Tätigkeit auch auf nichtpreussische Gebiete ausdehnen, da vor kurzem die Zentralkassen von Heßen, Baden, Elsaß-Lothringen und Oldenburg zum Geschäftverlehr mit ihr zugelassen worden sind.

Wie diesen Genossenschaftsinstituten darf die Preußenkasse auch den landwirtschaftlichen und ritterchaftlichen oder von Provinzen gegründeten Darlehnskassen Kredit gewähren. Die Geschäfte mit diesen Instituten sind aber wenig bedeutend. Zur Erleichterung ihrer Aufgabe sind ihr außerdem eine Reihe von Nebengeschäften erlaubt. Besonders darf sie das Depositengeschäft pflegen und vorübergehend flüssige Mittel im Wechsel-, Lombard- und Effekten-geschäft anlegen.

Ihr Grundkapital ist fast ganz vom Staate geliefert. Es betrug am Anfang 5 Millionen Mark und ist allmählich auf 7,5 Millionen erhöht worden, wovon 800 000 M. in Anteilen verschiedener Verbandskassen bestehen. Mit den Reserven beträgt das eigene Kapital der Preußenkasse 8,3 Millionen Mark. Die fremden Gelder beliefen sich am 31. März 1912 auf 97,1 Millionen Mark.

Eigenartig ist das Verfahren, nach dem die den Zentralkassen einzuräumenden Höchstkredite bemessen werden. Es wird hierbei die durch die beschränkte oder unbeschränkte Haftpflicht der Genossenschaften und ihrer Mitglieder gegebene Sicherheit zugrunde gelegt. Mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß dieses Verfahren äußerst riskant ist, da ja die Mitglieder der einzelnen Genossenschaften ihre Hoffsumme nicht bar einzahlen, dem von der Preußenkasse eingeräumten Kredit also zum Teil keine Gegenwerte entsprechen.

Auch in ihrer Zinspolitik sucht die Preussische Central-Genossenschaftskasse ihren Konkurrenzvorteil möglichst den Weg abzulassen, indem sie ihren Zinsfuß möglichst niedrig und gleichmäßig zu halten sucht. Hierbei werden diejenigen Kassen, die sich verpflichten, ihre ganzen Geld- und Kreditgeschäfte ausschließlich von ihr besorgen zu lassen, besonders bevorzugt. Da der Geldgeber auf seine Glaubiger stets einen großen Einfluß in der Verwendung des Kredites hat, wird die Preußenkasse zur Beherrscherin weiterer landwirtschaftlicher Kreise. Man sagt ihr nach, daß sie als ein Institut des preussischen Staates und nicht ohne politischen Einfluß bleibe. Ihre Geschäftspolitik zur Heranziehung aller landwirtschaftlichen Genossenschaften wird der Preußenkasse dadurch wesentlich erleichtert, daß sie mit Staatsgeldern arbeitet. Während private Kassen einen möglichst hohen Gewinn erzielen müssen, kann sich die Preußenkasse mit 3 Proz. Verzinsung des Aktienkapitals genügen, da in diesem Kapital nur das Geld der Steuerzahler steckt.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Petitionen leiteten die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag ein. In der Petition des deutschen Gärtnervereins, Erhöhung der Löhne betreffend, erklärte Stadtrat Glacke, die vorbereitende Kommission habe folgendes beschloffen: Neunzehnjährige Arbeiter, 1. Gärtner Stundenlohn 64 Pf., 2. Gruppe 53 Pf., 3. Gruppe 50 Pf. Eine Petition, die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem Augustplatz fordert, wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Die Interessenten am sogenannten Spinnweg machten einen Vorstoß, auf allgemeine Kosten ihre Grundstücke zu erhöhen, die Stadt soll die Straße auf eigene Kosten ausbauen. Die Petenten wurden beschieden, die Interessenten zu veranlassen, durch erforderliches Entgegenkommen die Regulierung zu ermöglichen. Dem Lichtenberger Volksschullehrerinnenverein bewilligte die Versammlung zwecks Veranlassung von Mütterabenden 50 M. — Dann besam der Magistrat eine moralische Ohrsperre. Er hatte in dem oben mit Spielplätzen sehr sorgfältig versehenen Ortsteil für die Herren Schüler des John-Meisinger-Gymnasiums an der Eitel- und Sophienstraße einen Spielplatz abzugrenzen lassen. Nachträglich verlangte er die Bewilligung der dadurch entstehenden Kosten in Höhe von 456,75 M. Genosse Grauer lenkte die Debatte auf das eigenmächtige Handeln des Magistrats als einen neuen Akt der Benachteiligung der Besitzlosen. Selbst die Schadtelgruppe warnte sich, allerdings nur aus formalen Gründen, gegen den Magistrat. Seine Vorlage verließ den Gesicht der Ablehnung. Wer bezahlt nun? — Eine lange Debatte, in der die Geister scharf aufeinander prallten, erzielte eine Vorlage über die Anstellungsbedingungen des chirurgischen Leiters im Krankenhaus, das im nächsten Jahre fertiggestellt werden soll.

Prof. Wöllrich-Giechen ist als Leiter ausersuchen. Bis zur Eröffnung des Krankenhauses soll sein Gehalt 1200 M. betragen, von da ab 4000 M. Nach der Vorlage bleibt ihm dazu das Recht, Privatpraxis in der Anstalt unterzubringen und zu betreiben. Das zur Verfügungstellen eines Teiles der Anstalt für die Privatpraxis des Arztes soll in Wirklichkeit seine Befolgung darstellen. Das Kennzeichen unsere Genossen. Das Anstaltsamt werde so zu einer Defecation für die Privatpraxis des Chirurgen. Genosse John gab der Besichtigung Ausdruck, das Krankenhaus könne zu einer Anstalt für Rentenversicherung werden. Von der Gegenseite wurde immer wieder betont, daß man eine Einrichtung für zahlungsfähige Kranke haben müsse. Unsere Genossen konnten die Verabschiedung der Vorlage nur durch Widerspruch gegen die 2. Beratung verhindern. — Die nächste Vorlage, die Zustimmung fand, fordert den Bau eines Regenwasserammokanals in der Wödenstraße, sowie in den Straßen 68 und 123. — Zur Begründung einer Interpellation frag Genosse Grauer den Magistrat, ob er nicht die Errichtung einer Landrentenkasse plane. Oberbürgermeister Giechen erklärte, in Lichtenberg seien die Voraussetzungen für die Errichtung einer solchen Kasse zu ungenügend. Man werde daher keine Landrentenkasse errichten. — Sodann gab die Versammlung Zustimmung zu einem Ortstatut betreffend die Krankenversicherung der selbständigen Hausgewerbetreibenden. — Gemäß einer Vorlage des Magistrats und dem Beschluß der Versammlung erhalten die Versicherungsleiter beim Versicherungsamt pro Sitzung und Beson 8 M. Entschädigung. — Eine Anfrage der Bürgerlichen, betreffend Herbeiföhrung einer Verbindung zwischen Kiepertweg und Wartenbergstraße, ließ wieder erkennen, wie Geschäfte gemacht werden. Die verlangte Verbindung macht den Erwerb eines Grundstücks notwendig, für das der Besitzer 85 000 M. verlangt. Bezahlt hat er 35 000 M. Genosse Grauer erklärte, daß den Anwohnern viel mehr mit einer Verbindung zur Wartenbergstraße gedient sei. Auch der Magistrat verhielt sich den Gelüsten der Spekulantinnen gegenüber ablehnend. — Sehr tumultuarische Szenen veranlaßte eine Interpellation des Herrn Kallischer. Sie behandelte die geplante Erbauung einer Gasanstalt am Rummelsburger See. Herr Kallischer warf dem Magistrat unlautere Praktiken vor. Denselben Vorwurf schickte der Magistrat den Opponenten gegen die Gasanstalt. Sie hätten vor dem Statuierungsausschuß von Reußollen ein autorisiertes Gutachten gefordert vorgezogen. Herr Kallischer wieder erhob den Vorwurf, der Magistrat hätte den Gutachter irreföhrte. Oberbürgermeister Giechen geriet dabei wiederholt in höchste Erregung; er

schlug mit der Faust auf den Tisch und rief empört: Das ist unerträglich! Allmählich glätten sich die hochgehenden Wellen. Der Magistrat gab unter großem Beifall eines Teiles der Versammlung die Erklärung ab, er werde mit aller Entschiedenheit die Rechte der Stadt im Berufungsverfahren gegen den ablehnenden Entschluß des Stadtausschusses weiter verfolgen. Herr Kallischer rief: Und wir Opponenten unser Recht! — Nachmals gab es einen scharfen Zusammenstoß zwischen dem Magistrat und Herrn Kallischer, der allerdings, wie meistens, nicht sehr gut abläuft. Zur Verhandlung stand eine Vorlage betreffend Errichtung neuer Lehrstellen an den Gemeindeföhrern. Herr Kallischer behauptete, es sei vorgekommen, daß Kinder wegen Ueberfüllung der Klasse auf der Diele hätten sitzen müssen. Nachher stellte sich heraus, daß bei der Einschulung in einer Klasse für ein oder zwei Tage ein paar Kinder nicht untergebracht werden konnten. Oberbürgermeister Giechen bezeichnete die Darstellung des Herrn Kallischer als eine unverantwortliche Beschuldigung des Schulverlehrs in Lichtenberg. Es würden die größten Anstrengungen gemacht, im Einklang mit der Finanzkraft die Frequenzsziffern herabzusetzen. Genosse John meinte, daß die feinerzeit den Rummelsburger gemachten Zusagen nicht genügend beachtet würden. Die Schadtelgruppe beantragte, vorläufig nur einen Teil der vom Magistrat geforderten neuen Stellen zu bewilligen, im übrigen die Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Genosse John befürwortete die Ueberweisung, jedoch nicht, um sie zu verschlechtern, sondern um eine Verbesserung vorzunehmen. Die Tatfel der Schadtelgruppe durchkreuzten unsere Mission zu verweisen. Genosse John befürwortete die Ueberweisung der Gesamtvorlage durch die bürgerliche Majorität abgelehnt worden war. Eine Vorlage, die den Lehrerinnen den Anspruch auf Hinterbliebenenrente zusichert, fand Annahme. Dergleichen eine Vorlage betreffend Einstellung von Hilfskräften am Pestalozzi-Lyzeum.

Die Erfolge der Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen lassen unsere heutigen Machtverhältnisse nicht zur Ruhe kommen. Wegen die sieben Mandate der II. Wählerklasse sind Einsprüche eingegangen; auch ein Mandat der III. Wählerklasse wird beanstandet.

Parteilosen möge: am Sonntag, den 16. Dezember, in der Zeit von 12 bis 7 Uhr, gilt es, im 2., 7. und 20. Bezirk bei der Radwahl die Mandate der Sozialdemokratie zu sichern. Unsere Stimmzahl muß sich verdoppeln, tue daher jeder seine Pflicht! Alle säumigen Wähler müssen schon frühzeitig an den Wahllokal gebracht werden!

Stralau.

Eine Jugendschriften- und Wandschmuckausstellung findet für den Bezirk Stralau und Stralauer Viertel am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags von 2—6 Uhr, im Lokal Steinide, Alt-Stralau 5/6, statt. Eintritt unentgeltlich. Die Arbeiterchoi wird um regen Besuch der Ausstellung gebeten.

Erfner.

Am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags von 12 bis 6 Uhr, findet bei Degebrodt („Alter Krug“) eine Jugendschriften- und Wandschmuckausstellung statt. Nachmittags 2 1/2 Uhr spricht im selben Lokal in einer öffentlichen Versammlung Herr Walter Zimmermann-Berlin über: „Jugendliteratur und Wandschmuck im proletarischen Heim“.

Rosenthal.

Der Bau einer gemeinschaftlichen Schule für die drei Ortsteile beschäftigt in einer außerordentlichen Sitzung die Gemeindevertretung. Durch die getrennte Lage der drei Ortsteile sind die Schulverhältnisse namentlich für Nordend besonders ungenügend. Da im Prinzip der Bau schon beschlossen ist, handelte es sich in dieser Sitzung um den Erwerb eines Bauplatzes, die Aufnahme einer Anleihe von 150 000 Mark sowie um die Beschlußfassung über die weiter zu treffenden Maßnahmen. Als Bauplatz kommt das Terrain am Kaiserweg und Stationenallee in der Nähe des Wasserwerkes in Frage. Das günstigste Angebot von den fünf Offerten war das 3 Morgen große Grundstück des Herrn Alb. Seeger, welches mit 2 M. pro Quadratmeter angeboten, und von der Vertretung akzeptiert wurde; zwei Vertreter stimmten dagegen, doch richteten sich ihre Stimmen gegen den Schulbau überhaupt. Der Aufnahme einer Anleihe von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg von 100 000 M. zu 4 Proz. mit sechsmonatlicher Kündigung wurde ohne Debatte zugestimmt. — Die Technische Kommission des Wasserwerkes hatte den Umbau der alten Filter beantragt; durch hohe Anforderungen, die das Werk Bergmann öfter an das Wasserwerk stellt, reicht die Filteranlage nicht aus; es tritt dadurch für die Bevölkerung die Gefahr ein, daß das Wasser nicht immer klar ist. Der Antrag wurde auf ein Jahr zurückgestellt. — Nach Erledigung einiger unwichtiger Punkte fand eine geheime Sitzung statt.

Bernau.

Der Bildungsausschuß veranstaltet Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 12 bis abends 6 Uhr, eine Jugendschriften- und Wandschmuckausstellung im Saale des Herrn Adolf Hermann, Bürgermeisterei. Nachmittags 2 1/2 Uhr hält Genosse Jakobson-Oberhörnemeide einen Vortrag in demselben Lokal über Jugendliteratur und Wandschmuck im Proletarierheim. Die Arbeiterchoi wird ersucht, diese Veranstaltungen recht zahlreich zu besuchen und insbesondere ihre erwachsenen Söhne und Töchter darauf aufmerksam zu machen.

Lübbers-Waldmannslust.

Ans der Gemeindevertretung. Unter „Geschäftliches“ wurde ein Antrag unserer Genossen verlesen, der eine Besprechung über die rigorose Entlassung des Gemeindeföhrers Barilowski herbeiföhren sollte. Dem widersprach der Gemeindeföhrer und die bürgerlichen Vertreter fanden nichts einzuwenden, daß ein Familienvater vier Wochen vor Weihnachten ohne Grund auf die Straße gesetzt wurde. Genosse Rehm konnte nachweisen, daß man einen Hörschler des Gemeindeföhrers dazu benutzt hat, denselben zu entlassen. Aber desto eifriger waren die Herren demüht, sich mit einer nichtslagenen mehr tonisch wirkenden Angelegenheit eine volle Stunde zu beschäftigen, nämlich mit der Einföhrung des Kolonnenamens „Waldmannslust“. Der Name besteht zwar bereits über 20 Jahre, gleichwohl beschloß jetzt erst die Vertretung die Einföhrung des Namens und die Festsetzung der Grenze der Kolonie in der Wödenstraße. Späher wirkte es, als die Herren sich um die Grenzlinie stritten; kein Gemeindeföhrer wollte außerhalb der Grenze Waldmannslust wohnen, die natürlich nur Ilusion ist, da auch für die Kolonie nur der Gemeindeföhrer „Lübbers“ in und außerhalb der festgelegten Grenze maßgebend ist. Unsere Genossen beschränkten sich auch nur darauf, diesen Widerspruch festzustellen und im übrigen als lahende Zuschauer der Debatte zu folgen.

Zur Bestreitung der Kosten für die Kanalisation wurde beschloffen, ein Darlehen von 200 000 M. aufzunehmen und zwar die erste Hälfte am 3. April, die zweite am 3. Juli kommenden Jahres mit 4 Prozent Verzinsung und 2 Prozent Amortisation. Zum Schluß gab es noch einen kleinen Zusammenstoß zwischen dem Gemeindeföhrer und unseren Genossen. Die Veranlassung gab eine Schadenerklärung eines kleinen Parzellenbesizers an der Wödenstraße gegen die Gemeinde. Da der Gemeindeföhrer hierüber ungenügende Aufklärung gab, so ergänzte Genosse Pöcher nach seiner Information den Sachverhalt und zog daraus den Schluß, daß der Geschädigte berechtigt sei, Schadenersatz zu fordern.

Mühlenberg.

Ueber das Thema: „Krieg dem Kriege“ referierte in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung Genosse Karl Berlin. Nach

diesem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrage sprach Gemeindevertreter Genosse A. Bärtsch über die Frage: „Welche Vorteile erwachsen der Einwohnerschaft von Nähnenden, wenn Nähnenden Amtsbezirk wird?“ Der Redner trat in seinen Darlegungen der Wichtigkeit der Gemeindevorteiler, von denen leider niemand ausweichen war, entgegen. Letztere hätten behauptet, der Gemeinde würden, wenn sie Amtsbezirk werde, erhebliche Mehrkosten erwachsen; Redner wies nach, daß das Gegenteil der Fall sei. Auch wäre es als ein großer Fortschritt zu verzeichnen, wenn die Einwohner Nähnendens nicht mehr nach Hr. Buchholz bräuchten, sondern alle Sachen in Nähnenden selbst erledigt werden könnten. Das betreffe hauptsächlich: Javaliden, Unfall-, Steuer- und Polizeisachen. Auch würde dann die Steuer etwas gerechter verteilt werden. Eine in diesem Sinne vom Redner eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. Nach einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende Paul Brudmann die Versammlung.

Schöneberg.

Schriftenausstellung des Bildungsausschusses am Sonnabend, den 14. und Sonntag, den 15. Dezember, von abends 6 Uhr ab im Tunnel der „Neuen Rathausale“.

Unterhaltungabend, arrangiert vom Jugendauswärtigen, am Sonntag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Tunnel der „Neuen Rathausale“. Gesangsvorträge vom Schöneberger Männerchor. Vortrag des Genossen Albin Rops über: Geseßigkeit, Kollegialität, Solidarität.

Ober-Schöneberg.

Gemeindevertreterversammlung. Vom Vorsitzenden wird mitgeteilt, daß der besoldete Schöffe Dr. Kühn den Titel Beigeordneter erhalten hat. — Die Klage Wessenberg gegen die Ungültigkeitserklärung seiner Wahl zum Gemeindevorstand ist von dem Kläger zurückgezogen worden; auf eine Anfrage unserer Vertreter wurde vom Gemeindevorstand die Auskunft, daß die notwendige Ergänzung im Anfang nächsten Jahres nach der neuen Wählerliste vorgenommen werden soll. — Die Anleihebeschlüsse in Höhe von 700 000 Mark für den Neubau einer Schule in der Baitzstraße gestaltet sich infolge Schwierigkeiten, als sämtliche vierzehn darum angegangene Geldinstitute eine Beschlusse in Anbetracht der politischen Lage abgelehnt haben. — Die Errichtung von drei neuen Lehrstellen zum 1. April 1913 wird beschlossen. — Für die Weibnachtsbesetzung einer Kinder werden statt der geforderten 300 M. auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter 500 M. bewilligt; beziehend was es, daß Herr Schöffe Perwig erst noch dagegen sprechen mußte. — Auf Anregung der Plebiszitäre des Gewerkschaftsgerichts wird eine anderweitige Fassung des Ortsstatuts für das Kaufmanns- und Gewerbegebiet beschlossen, dahingehend, daß vor dem Weibnachtswahl keine Wählerlisten aufgestellt werden, wie bisher; die Wähler haben sich vor der Wahl hinfert mit einer Legitimation zu versehen, aus der ersichtlich ist, daß sie am Orte wohnen oder arbeiten. Die Vorlage des Gemeindevorstandes betreffend Anstellung eines Gemeindevorstandes, welche auf Grund einer Anregung der sozialdemokratischen Vertreter — einen Schularzt im Hauptamt anzustellen — entstanden ist, führte eine angelegentliche Debatte herbei. Nach der Vorlage hat der anwesende Arzt neben der schulärztlichen Tätigkeit als Armenarzt zu fungieren sowie später die in Aussicht genommenen Säuglings- und Tuberkulosefürsorgestellen zu leiten. Die Vertreter der ersten und zweiten Klasse boten mit teilweise recht weit hergehobenen Gründen alles auf, um diese Einrichtung zu Fall zu bringen. Vom Genossen Grünow wurde dargelegt, daß dieselbe unbedingt im Interesse der Einwohnerfrage läge, und wie andererseits es gerade die Sozialdemokratie sei, die Kommunen zu solchen Einrichtungen dränge; der vorliegende Entwurf sei jedoch noch so unvollständig, daß es ratsam erscheine, denselben der Ortskommission zur Beratung zu überweisen. Diefem Antrage wurde mit geringer Majorität Folge gegeben, anderenfalls wäre die Angelegenheit unter den Tisch gefallen.

Eine Katholikenversammlung, welche am Dienstag tagte und der auch ein großer Teil Parteigenossen beiwohnten, beschäftigte sich neben der Jesuitenfrage auch mit der sozialdemokratischen Versammlung, in der Genosse Adolf Hoffmann über Religion und Krieg referierte. Die Anknüpfung dieses Themas der Katholikenversammlung war ein Ausschlag, um den Saal zu füllen. Das Zeug was der Kuratus Kennoch über den Genossen Hoffmann zum besten gab, war vom bekannnten Kaliber.

Nowawes.

Kus der Gemeindevorteiler. Das neu zu erlassende Statut für die Amts- und Gemeindevorteiler, betreffend die Anstellung und Besoldung sowie die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung der Beamten und die den letzteren zu gewährenden Reiseflohenentschädigungen, wurde ohne Debatte angenommen. Als Muster zu diesem neuen Statut diente das bisher gültige Statut für die Amtsverwaltung, das einer zweckentsprechenden Veränderung unterzogen wurde, wobei auch die Wünsche der Regierung, betr. Heraushebung der Höchstgrenze des Anstellungsalters von 37 auf 40 Jahre und Gleichstellung der Amts- und Gemeindevorstandes mit den Staatsbeamten hinsichtlich der Reiseentschädigung, Berücksichtigung fanden. — Der Veräußerung von Grundstücken der früheren Kirchhöfe an Käufer der Heinestraße stimmte die Gemeindevorteiler ebenfalls debattelos zu, nachdem der Bürgermeister die Erklärung abgegeben hatte, daß die Regierung auf Anregung der Anlieger der westlichen Seite der Heinestraße seinerzeit die Mäse an die Gemeinde mit der Maßgabe veräußert und aufzulassen habe, daß die entsprechenden Teile an die angrenzenden Besitzer nur zum Selbstkostenpreis weiterveräußert werden dürften. Letztere betragen für den am Friedhof liegenden Teil 1 M. für den übrigen Teil 3 M. pro Quadratmeter. — Wegen der Eisenbahnüberlegung macht sich weiterer Erwerb von Gelände notwendig, das teilweise zur Verbreiterung der Kaiser-Wilhelm- und der Eisenbahnstraße dienen soll. Die Verteilung stimmt dem Anlauf des betreffenden Geländes zu. Wegen Einföhrung des Fernsprechnachbienstes will sich der Bürgermeister mit der Gemeinde Kleingeld in Verbindung setzen, da diese die gleiche Absicht hat und zur gemeinschaftlichen Tragung der entstehenden Kosten jedenfalls gern bereit sein würde. Die Kosten sind mit 2000 M. veranschlagt, wovon 100 M. durch die Fernsprecheinnehmer selbst und der Rest von 2000 M. durch beide Gemeinden nach Maßgabe der vorhandenen Anschlüsse zu decken wären. Die Verteilung erklärte sich mit den Vorschlägen des Bürgermeisters einverstanden.

Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag dehnte sich zu einer Dauerung von 1/2 Stunden aus. Der Zuschauerraum war infolge der beantragten Fahrpreiserhöhung überfüllt und in drangvoller Enge hatten die meisten Zuhörer bis zum Schluß aus. Genehmigt wurde der 1. Radfahr zum Ortsstatut betr. die gewerbliche Fortbildungsschule. Die Stadt. haben mittelste, soll nach dem Nachtrag hinfert auch für die ungelerneten Arbeiter die Pflicht bester, die Fortbildungsschule zu besuchen und zwar bis zum 18. Lebensjahre. Stadtverordneter Walter sieht in der Ausdehnung der Schulpflicht auf ungelernete Arbeiter eine Belastung des Handwerks und er beantragte, die Schulpflicht bis zum 17. Lebensjahre zu beschränken. Genosse Pieper begründete es, daß jetzt auch ungelernete Arbeiter die Schule besuchen sollen. Ratslich müsse die Schulpflicht in die Arbeitszeit verlegt werden. Der Nachtrag wird unverändert angenommen. Der Beschluß der gemischten Kommission betreffend die Benutzung der Redehalle auf dem südlichen Friedhof rufte eine lange, zum Teil scharfe und persönliche Debatte hervor. Stadtverordneter Walter, der hierzu sprach, betonte, ein 1910 angenommener Antrag lautete, daß die Redehalle nur zur Abhaltung religiöser Andachten benutzt werden dürfe. Die gemischte Kommission habe beschlossen, eine Änderung der Friedhofsordnung nicht vorzunehmen. Es könne jeder reden, wenn er sich in angemessenen Grenzen hält. Der Magistrat wolle ohne Genehmigung an Nichtgeistliche die Halle nicht zur Verfügung stellen. Stadt.

Kantorowicz meinte, daß schon von 1876 bis 1910 das Recht bestanden habe, daß jeder in der Halle reden konnte. Jetzt habe man jedenfalls Furcht, daß revolutionäre Reden gehalten werden könnten. Es gibt doch auch angefehene und gebildete Männer, die mit der Kirche nichts zu tun haben wollen, sollen die wie ein Rababer eingescharrt werden? Bei gutem Wetter könne am Grabe gesprochen werden, bei schlechtem Wetter müsse jedoch die Halle benützt werden können. Er stelle den Antrag, daß es genüge, wenn dem Magistrat lediglich Mitteilung davon gemacht wird, wer dort reden wolle. Oberbürgermeister Koelge meinte, wenn die Halle ohne Geistlichen benützt werde, so müsse ein Antrag auf Genehmigung erfolgen. Es sei dann zu prüfen, ob eine religiöse Fete oder eine sozialdemokratische Agitationsrede gehalten werden soll. Stadt. Vender beantragte, das Konzept der Rede dem Magistrat zur Genehmigung zu überweisen. Gehehe das nicht, so müsse die Polizei ein Recht zum Einschreiten haben. Stadt. Kantorowicz meinte, daß die Polizei in einen geschlossenen Raum wie die Redehalle eindringen könne, müsse ausgeschlossen bleiben. Stadt. Schob polemisierte gegen Stadt. Kantorowicz und sagte, er würde die Dreifigkeit nicht befehen, wenn er freier wäre, für die Redefreiheit in der Halle einzutreten und die Debatte stundenlang hinzuziehen. Hierauf entgegnete ihm Genosse Pieper, daß wenn dem Stadt. Schob die Debatte zu lange dauere, er dann ja hinausgehen könne. Im übrigen gebe die Feier, wenn einer seiner Genossen begraben würde, ebenso würdig vor sich, wie bei jedem anderen Begräbnis. Redner protestierte ganz entschieden dagegen, daß Polizei bei Begräbnissen zugelassen werden soll. Jeder Steuerzahler habe das Recht, städtische Einrichtungen zu benutzen. Nachdem noch die Stadtverordneten Weber und Dr. Kantorowicz sich in scharfen Ausführungen gegen Stadt. Schob gewandt haben, wurde der Änderungsantrag Kantorowicz abgelehnt und damit die Magistratsvorlage genehmigt.

Für den Umbau der Freibadanstalt in der Schäferstraße wurden 85 400 M. gefordert. Das Männerbad wird 1700 Quadratmeter groß, 40 Meter breit sein und 18 bezw. 24 Meter für Nichtschwimmer und Schwimmer weit in die Habel hineintragen. Das Frauenbad soll 1150 Quadratmeter und der Strand 1500 Quadratmeter groß sein. Es sind Bootstänbe, Anlegeteellen und Anschluß an die Kanalisation für die Aborte vorgefehen. Der Vorlage wurde zugestimmt. Alsdann folgte die Beratung der Sonderetats. Ohne weitläufige Debatte wurden folgende Etats genehmigt: Der Voranschlag des Sparkassenetats beläuft sich auf 50 800 M., gegen das Vorjahr 7800 M. mehr. Dem Straßenreinigungsetat sieht bei einer Einnahme von 57 051 M. eine Ausgabe von 170 960 M. gegenüber, er erfordert einen Zuschuß von 113 918 M., 7222 M. mehr als im Vorjahre. Beim Wasserwerks-Etat wird auf Grund der Ausgabe von 462 240,57 M. der Voranschlag in der Einnahme auf 463 287,92 M. festgelegt. Beim Kanalisationsetat werden die Einnahmen auf 555 782,86 M., die Ausgaben auf 568 580,51 M. festgelegt. Der Schlachthofsetat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 150 000 M. ab.

Die Festsetzung der neuen Straßenbahnfahrpreise rief eine lange Debatte hervor und kam deshalb so spät zur Verhandlung, weil der Referent Reich nicht erschienen war. Es referierte an seiner Stelle Stadt. Vender. Es werde in der Magistratsvorlage hauptsächlich verlangt, daß jede Fahrt 10 Pf. kostet und die Umsteigeberechtigung fortfällt. Nach 11 Uhr abends soll ein Zuschlag von 5 Pf. erhoben werden. Die Arbeiterwochenarten sollen nach dem Antrag von 80 Pf. auf 1 M. und von 1 M. auf 1,25 M. erhöht werden. Der Referent bemerkte, wenn die Fahrpreise nicht erhöht würden, müsse die Stadt die Zuschläge zur Einkommensteuer um 5 Proz. erhöhen. Allein die Linie Gartenfeld erfordere einen Zuschuß von 18—20 000 M. Er beantragte Zurückverweisung an die Straßenbahndeputation. Stadt. Kantorowicz sprach sich mit großer Entschiedenheit gegen die Erhöhung der Fahrpreise aus. Nachdem noch eine Reihe Stadtverordnete mehr oder weniger gegen die Fahrpreiserhöhung gesprochen haben, der Magistrat die Vorlage aber mit aller Entschiedenheit vertrat, wurde die ganze Vorlage auf Fahrpreiserhöhungen abgelehnt.

Eine Reihe von Vorlagen wird vertagt. Nächste Sitzung 19. Dezember.

Der Bildungsausschuss veranstaltet Sonntag, den 15. Dezember, im Lokale von E. Köpnic (Flora), Sigelsdorfer Str. 39, einen Kinder-Märchen- und Lieder-Nachmittag. Anfang nachmittags 2 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt für Kinder 10 Pf. und für Erwachsene 20 Pf.

Ferner findet in der Zeit von Sonnabend, den 14. bis Montag, den 16. Dezember, eine Jugendchriften- und Wanderausstellung Preisfrei. 64 statt. Dieselbe ist geöffnet wochentags von 2—8 Uhr und Sonntags von 11—8 Uhr nachmittags. Der Eintritt ist unentgeltlich. In Anbetracht des hohen Wertes beider Veranstaltungen wird die Arbeiterschaft erucht, dieselben tatkräftig zu unterstützen.

Eggersdorf.

Die letzte Gemeindevorteilerversammlung beschloß den Bau einer Leichenhalle: die Maurer- und Zimmerarbeiten will die Gemeinde in eigener Regie ausführen; dagegen sollen für den Transport von Material (Steine und Kalk) Ocherten eingesetzt werden. Die großen Bäume in der Straußberger Straße sollen zwecks Pflasterung derselben abgeholt und meistbietend verkauft werden. Der Vertrag mit der Stadt Straußberg betreffend Lieferung von elektrischer Kraft und elektrischem Licht ist nun abgeschlossen; die Arbeiten sollen innerhalb sechs Monaten fertiggestellt sein.

Versammlungen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Verwaltungsstelle Groß-Berlin hielt Donnerstagsabend eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der A. H. Mann einen mit lebhaftem Interesse verfolgten Bericht über den internationalen Kongress in Basel erstattete. Heber die Reorganisation der Expedition der Verbandszeitung berichtete W. u. H. Das reaktionäre Verhalten der Paktfahrtgesellschaft führte zur Lösung des mit dem Verbands bestehenden Vertragsverhältnisses. Es wurden nun mehrere Versuche unternommen, wie die Verbandszeitung am besten zu expedieren und den Mitgliedern zuzustellen sei. Einen bestimmten Vorschlag konnte die Verwaltung der Versammlung noch nicht unterbreiten. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Ortsverwaltung zu beauftragen, in Gemeinschaft mit der erweiterten Verwaltung die Frage der Zeitungs Expedition endgültig zu regeln. — Unter Verbandsangelegenheiten teilte W. u. H. mit, daß der Magistrat der Stadt Berlin neue Bestimmungen für den Arbeiterauschuss herausgegeben habe. Als ein Fortschritt sei es zu bezeichnen, daß die Vorsitzenden zu den einzelnen Ausschüssen jetzt durch die Arbeiter gewählt würden.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur

und zur Förderung des Vertriebes guter Unterhaltungsektüre hat das „Gewerkschaftshaus“ folgende Einrichtungen getroffen:

1. Anerkennt gute Jugendchriften zum Preise von 10—30 Pf. sind in größerer Anzahl angeschafft worden und werden leihweise gegen Deposition des Preises zur Verfügung gestellt.
2. Jedermann erhält in den nachstehend angeführten Ausgabestellen ohne Legitimation so viele Bücher wie er will. Er hat entweder den Wert der Bücher zu deponieren oder bereits früher entnommene Bücher zurückzugeben. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben.
3. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Betrag zu deponieren.

Zunächst sind folgende

Ausgabestellen

- eingerrichtet:
- Kantstr. 34. Zigarrengeschäft von Kriegsmann. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Blauenfelderstr. 10. Verband der Schuhmacher. Von 10—1 und 4 bis 7 Uhr mit Ausnahme des Freitags und Sonnabends.
 - Brunnenstr. 115. Arbeiter-Jugendheim. Von 6—10 Uhr.
 - Gartenstr. 21. Zigarrengeschäft von Gschmeil. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Glückstr. 11. Verband der Fleischer. Von 10—1 Uhr und 5—7 Uhr.
 - Emdenstr. 20 bei Wobbe. Montag von 8—9^{1/2} Uhr.
 - Engelstr. 15. Gewerkschaftshaus, Quergebäude, Erdgesch. Zimmer 10. Wochentags von 8—9^{1/2} Uhr.
 - Engelstr. 15. Zigarrengeschäft von Horst. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Fehmarstr. 8. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Gartenstr. 101. Verband der Kupfer Schmiede. Von 10—11 Uhr und 6—7 Uhr.
 - Gr. Frankfurter Str. 126. Arbeiter-Jugendheim. Von 6—10 Uhr.
 - Kopernikusstr. 11. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Lippenstr. 15. Zigarrengeschäft von Herforth. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Mantelstr. 73. Zigarrengeschäft von Otto Busse. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Niedlerstr. 28. Verband der Räder. Von 9—1 Uhr.
 - Niederstr. 91. Zigarrengeschäft von Edoar Schmidt. Von 8—8, Sonnabends von 8—6 Uhr.
 - Pappelallee 15/17. Bureau der Freireligiösen Gemeinde. Sonntags 10—12 Uhr, wochentags außer Donnerstags von 12—5 Uhr.
 - Petersburger Str. 5. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Rohrer Str. 10. Zigarrengeschäft von Berner. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Rotherstr. 1. Zigarrengeschäft von Helm. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Scharnweberstr. 1. Zigarrengeschäft von Rich. Wunsch. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
 - Sebastianstr. 37/38. Verband der Schneider. Von 9—1 Uhr.
 - Weinstr. 8. part. Verband der Räder. Von 9—1 Uhr und 3—7 Uhr.
 - Wörtherstr. 22. Zigarrengeschäft von Schirmer. Von 8—6 mit Ausnahme des Sonnabends.
- Berein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen. Vor und nach jeder Vereinsversammlung.

Vororte:

- Birkenwerder. Hauptstr. 90 II, bei Wilhelm Pieper. Wochentags zu jeder Zeit.
- Borsigwalde. Ausgabestelle: Irene Scholle Nr. 4, Max Jahau. Sonntags vormittags.
- Boghan-Nummelsburg. Al-Boghan 56. Jugendheim. Von 7^{1/2} bis 9 Uhr, mit Ausnahme des Dienstags.
- Britz. Waldverein, Ausgabestelle Restaurant Jäg. Berderstr. 28. Sonnabends von 8—10 Uhr.
- Charlottenburg. Arbeiter-Jugendheim, Köpenickerstr. 3. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag von 7—9^{1/2} Uhr.
- Glück a. Nordbahn. Hauptstr. 5. Zigarrengeschäft von Haberland. Täglich während der Geschäftsstunden.
- Hermisdorf. Berliner Str. 20. Schuhwarenladen von August Schulz. Wochentags während der Geschäftsstunden mit Ausnahme des Sonnabendnachmittags.
- Hohen-Neudorf. Ruhwaldstr. 46 I, bei Karl Liedt. Wochentags von 4—8 Uhr.
- Hohenschönhausen. Berliner Str. 112, bei Dr. Goldberg. Täglich von 7—9 Uhr.
- Kaulsdorf. Wolfstr. 11 II, bei Nathushilf. Montag, Donnerstag und Freitag von 6—8 Uhr.
- Lichtenberg. Bürgerheim 94, Arbeiter-Jugendheim. Von 10—7 Uhr.
- Lichterfelde. Babelstr. 7. Arbeiterbücherei. Sonnabends 8—10 Uhr.
- Mahlsdorf. Bahnhofsstr. 16, bei Thiele. Montag, Mittwoch und Freitag von 6—8 Uhr.
- Neukölln. Weichselstr. 8, Arbeiter-Jugendheim. Mittwoch und Sonnabend von 6^{1/2}—10 Uhr.
- Oberschöneweide. Alarstr. 2. Jugendheim. Mittwoch und Sonnabend von 8—9^{1/2} Uhr.
- Pankow. Nähnentrage 30. „Vorwärts“-Expedition. Von 10—7 Uhr.
- Prenzlauer Berg. 60. Zigarrengeschäft von Köpfer. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
- Reinickendorf-West. Schönbornstr. 87. Zigarrengeschäft von Rieck. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
- Schöneberg. Oberstr. 22. Zigarrengeschäft von Dräger. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
- Straßen. Krachstr. 10 II, bei Rauh. Montag und Donnerstag von 3^{1/2} bis 5 Uhr, Sonnabends von 8—8 Uhr.
- Tegel. Schlieberstr. 30. Jugendheim. Montags und Donnerstags von 8—10 Uhr.
- Tempelhof. Kaiser-Wilhelm-Str. 76. Arbeiter-Jugendheim. Wochentags 8—10, Sonntag 3—10 Uhr.
- Treptow. Gracchstr. 16. Postgeschäft von Fröhe. Von 8—8 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
- Waldneuenhof. Kurhausstr. 42 I, bei Willi Schulz. Wochentags 3—7, Sonntag 10—1 Uhr.
- Weißensee. Straßburg-Str. 103. Zigarrengeschäft von Klauke. Von 8—6 Uhr mit Ausnahme des Sonnabends.

Weitere Ausgabestellen werden auf Wunsch errichtet.

Musen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.

(Zutritt ist unentgeltlich, wenn nichts anderes vermerkt ist. — Als Feiertage gelten Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Karfreitag, Karfreitag, Nikolaus- (1. Advent), Karfreitag, Karfreitag.)

- Altes und Neues Museum. (Lustgarten.) Geöffnet: an Wochentagen (außer Montag) 10—4, im Oktober bis März nur bis 3 Uhr; an Sonntagen (auch an den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen) 12—6, im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Montagen und Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen).
- Architektur-Museum. (Charlottenburg, Berliner Straße 171/172, Technische Hochschule.) Geöffnet: Montag und Freitag 10—3, Dienstag und Donnerstag 12—3, Mittwoch 10—12. Geschlossen: Sonnabend und Sonntag.
- Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. (Charlottenburg, Braunsbergerstraße 11/12.) Geöffnet: an Sonn- und Feiertagen 1—5, an Wochentagen (außer Montag) 10—1, an Dienstag und Donnerstag auch abends 6—9. Geschlossen: an den ersten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen.
- Berg- und Hüttenmuseum. (Nauenstr. 44.) An Wochentagen (außer Sonnabend) 12—2, an Sonntagen 12—6, im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3.
- Botanischer Garten. (Dahlem, Köpenicker-Str. 6/8.) Geöffnet nur vom 1. April bis 15. Oktober: unentgeltlich Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 2—7; außerdem an Wochentagen vormittags gegen Eintrittsgeld, wofür der gedruckte „Führer“ gegeben wird.
- Botanisches Museum. (Dahlem, Köpenicker-Str. 6/8.) Mittwoch 10—5, im Oktober bis März nur bis 4.
- Eisenbahnmuseum. (nebe Verkehrsministerium.) Geöffnet: an den Wochentagen (außer Montag) 10—6, an Sonntagen (auch an den zweiten Weihnachts-, Ostern- und Pfingstfeiertagen) 12—6; an Wochentagen und Sonntagen (auch zweiten Feiertagen) im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Montagen und Feiertagen (außer den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen).
- Geographisches Museum. (Georgenstr. 34—36.) An Montag, Mittwoch, Sonnabend im Sommer 11—4, im Winter 10—3; an Sonntag im Sommer und im Winter 12—4.
- Kaiser Friedrich-Museum. (Wandlowskistr.) Geöffnet: an den Wochentagen (außer Montag) 10—6, an Sonntagen (auch an den zweiten Weihnachts-, Ostern- und Pfingstfeiertagen) 12—6; an Wochentagen und Sonntagen (auch zweiten Feiertagen) im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Montagen und Feiertagen (außer den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen).
- Meerestundemuseum. (Georgenstr. 34—36.) An Montag, Mittwoch, Sonnabend im Sommer 11—4, im Winter 10—3; an Sonntag im Sommer und im Winter 12—4.
- National-Galerie. (Museuminsel.) Geöffnet: an Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend 10—6, an Donnerstag 1—6, an Sonntag

GRAFF & HEYD



Wilmersdorfer Straße 118-119

Charlottenburg

Pestalozzistraße 23

Im großen Lichthof

Sonder-Verkauf weißer Blusen

elegante reich ausgestickte Voile-Blusen, desgleichen, aus allerfeinsten weißen Marquisette-Stoffen, la Madeira-Arbeiten usw.

nur erstklassige Verarbeitung

1⁸⁵

2⁸⁵

3⁸⁵

An den nächsten beiden **Sonntagen** von 12 Uhr ab geöffnet

An den nächsten beiden **Sonntagen** von 12 Uhr ab geöffnet

Beim Einkauf über 5 Mark erhält jeder Käufer eine elegante Zeitungsmappe mit Kalender gratis!

Unser grosser

Weihnachts-Verkauf

beginnt heute

Derselbe bietet eine selten günstige Gelegenheit, ausserordentlich vorteilhaft einzukaufen. Es liegt im Interesse eines Jeden, von diesem aussergewöhnlichen Angebot ergiebigen Gebrauch zu machen

Wir gewähren bis Dienstag, 24. Dezember, auf sämtliche regulären Waren, wie Ulster, Paletots, Jackett-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Hosen, Westen, Loden-Joppen, Loden-Pelerinen, Gummimäntel, einen Rabatt bis

Ausgenommen ist Berufskleidung.

20%

Bitte genau auf unsere Firma zu achten!

Bitte genau auf unsere Firma zu achten!

Tuchgesellschaft, Kottbuser Damm 16-17

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Kleidung, Massanfertigung, Berufskleidung

Am Sonntag, dem 15. und 22., sind unsere Geschäftsräume von 8-10 Uhr vorm. und 12-8 Uhr nachm. geöffnet!

Leihhaus Apollo

neben Apollo-Theater

Friedrichstr. 215 I.

Kaufen Sie von Kavaliere getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.

Sonntags geöffnet.

Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10% Rabatt.

Bekanntmachung!

Die Hauptauszahlung aller vollen Sparbücher des Rabattsparverein „Neukölln“ findet am Mittwoch, den 18. und Donnerstag, den 19. d. Mts., Bergstraße 147, nachmittags von 2-5 Uhr statt. Um denjenigen unserer werten Kunden, die ihre Sparkarte noch nicht vollgeklebt haben, Gelegenheit zu geben, dies bis zu genanntem Zeitpunkt zu erreichen, verabfolgen wir von Freitag, den 13. d. Mts. ab

Doppelte Rabattmarken!

Gustav Blumenfeld & Co. Neukölln, Berliner Str. 47/48

gegenüber dem Rathause.

Konfektionshaus für Damen und Mädchen

42 Bergstr. Paul Wagner Bergstr. 42

Große Auswahl Neukölln Billigste Preise

Maßbestellungen werden unter meiner persönlichen Leitung im eigenen Atelier angefertigt. Für tadellosen Sitz garantiert.

Stare M. 2.00.
Zelste, Stieglitz 2.50
Rotkehlchen 2.00
Schwarzplatt 5.00
Buchhaken 1.50-2.00
Feld- u. Heideleichen 2.00
Fritz Krügers Zoologische Handlung
Pestalozzist. 87
am Karl-Aug.-Platz, Amt Steinkl. 12495.

Vogelfäfige,
Holz und Metall, größte Auswahl vom einfachsten bis zum elegantesten, jede Preislage. Fritz Krügers Zoologische Handlung, Pestalozzist. 87, am Karl-August-Platz. Fernsprecher: Amt Steinkl. 18 495.

Uhren und Goldwaren

in reicher Auswahl und zu billigsten Preisen als Geschenkartikel zum Weihnachtsfest empfiehlt
Richard Wegner
Neukölln, Bergstr. 55.

Erstes Puppen-Spezial-Geschäft und Klinik
des Südostens
Becker Nachf. M. Forstreiter
Neanderstr. 7 (Seit 1893).

Herrenhüte
in den neuesten Formen u. Qualitäten zu solchen Damenhutformen in großer Auswahl
Gustav Palm, Hütemacher, Reichensberger Str. 60.
Lieferant der Konsumgenossenschaft.

Ulster, Paletots, Joppen, Anzüge
große Auswahl in neu und verschiedensten stauend billigen Preisen.
Herrengarderoben-Haus
Kottbuserdamm 99 (Laden).
Bergstr. 99.

Bekannt als beste und billigste Bezugsquelle für Herrenhüte in jeder Preislage ist
Radloff, Charlottenburg, Berliner Str. 51.
Gegründet 1873.

Lieferant d. Konsumgenossenschaft Berlins u. Umgegend



Eigene

Fabrikation

1, Kottbuser Straße 1 (Kottbuser Tor)
Eugen Kehr & Co.
Spezialgeschäft für Herrenhüte.
Große Auswahl. — Solide Preise. — Fachmännische Bedienung.

Passende Weihnachts-Geschenke



Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- u. Altiendwaren

empfehlen
Emil Quade
Schöneberg, Hauptstr. 148
Größtes u. billigstes Spezialgesch. Schönebergs
Leiste f. jede beliebige Uhr 3 Jähr. schr. Garantie

Beleuchtungskörper

Kronen, Lampen, Wandarme etc. zu durchaus soliden Preisen in guter Ausführung empfiehlt
Paul Greiner, Neukölln, Bergstr. 132
Eigene Betriebswerkstatt.

Emil Preuss
58 Turmstrasse 58
Weihnachts-Preise für
Ulster, Paletots Anzüge
und modernste Ausführung

1800	2200	2600
3000	3400	3900
4400	4800	8500

Meine Konfektion ist erstklassig in bezug auf Verarbeitung, Passform und Stoffqualität bei enorm billigen Preisen. Empfehlen nur eigenes Fabrikat.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend
Sonntag von 12 bis 8 Uhr geöffnet.

Herren-Garderoben Damen-Garderoben

Ulster + Paletots + Jackett-, Rock-Anzüge

Ulster + Paletots Pelzwaren
Plüschmäntel + Kleider Stolas
Blusen + Kostüme Muffen

von 5 Mark Anzahlung an.

Kredithaus zum Rollkrug

Berliner Strasse 1 Neukölln Hermannstrasse 257

Morgen Sonntag von 8-10 Uhr u. 12-8 Uhr geöffnet.

Gegründet 1891
Goldwaren! Uhren!
Große Auswahl von Festgeschenken!
Spezialität: Trauringe!
Während des Weihnachtsverkaufs: 5% Rabatt!
Heinrich Delfs, Bellcahnsee-Str. 5,
Ecke Teltower Straße.
Telephon-Amt: Kurfürst 8143.
Berlin SW. 61.



Handtaschen
Markttaschen
Schulmappen
Portemonnaies

Spezial-Geschäft für Lederwaren
Neukölln **Wilhelm Langner** Neukölln
Bergstr. 57 Bergstr. 57

Passende Geschenke ♦ Reelle Preise ♦ Gratis-Zugabe ♦ Reparaturen ♦

Zigarrentaschen
Brieftaschen
Hosenträger
Schaukelpferde
und
Felltiere sehr preiswert



Voranzeige! Milch-Schmidt

aus der Hermannstraße eröffnet am 14. Dezember 1912 in Neukölln, Bergstraße 157, sein 4. Geschäft.

Meierei J. Schmidt Söhne

Um geneigten Zuspruch bittet
1. Geschäft: Hermannstraße 53. 3. Geschäft: Berliner Straße 75.
2. Geschäft: Hermannstraße 95/96. 4. Geschäft: Bergstraße 157.

Billiger Weihnachts-Verkauf.

== Bedeutend herabgesetzte Preise in allen Abteilungen. ==

Jeder Käufer erhält ein Geschenk.

Täglich bis 9 Uhr geöffnet.

Täglich bis 9 Uhr geöffnet.

Konfektion	Schürzen, Trikotagen	Wäsche
Wollkleid mit Kurbelstickerei auf Futter, verschied. Farben 12.75	besonders preiswert.	Damenhemden Achselanschluß, Schallform mit Stickerei u. Fältchen 2.25, 1.95
Stickerei- u. Voile-Kleider mit hohem plisziert Volant 13.50 8.50	Tändel-Schürzen weiss und bunt, reizend garniert, mit u. ohne Achselband 1.45 95	Fantasiehemden auf feinfädigem Renforcé mit breiter Stickerei u. Banddurchzug 2.25, 1.95
Kostüm-Röcke Stoffe engl. Art u. blau Cheviot in den neuesten Ausführungen 10.50, 7.75, 5.90 3.50	Blusen-Schürzen sehr kleidsame Form, in aparten Farbestellungen. 1.75, 1.45 1.30	Damenbeinkleider Knieform aus fein. Wäsche-Tuch mit br. Stickerei u. Bortchenbesatz 2.25, 1.95
Schwarze Frauenpaletots lose und anschließende Fassons 19.50 15.50	Damen-Reform-Kleider-Schürzen in prima Stoff. 1.95	Damenbeinkleider a. Croisé-Barch. Knie- od. Passenform, mit Stickerei oder Lanzette 1.85
Ulster in Flaneshstoffen und Stoffen engl. Art, Riegellassen, offen u. geschlossen zu tragen 19.50, 15.50 8.75	Damen-Jabots reich garniert und plisziert. 2.35, 1.95 1.45	Damen-Jacken aus Wäsetuch mit krauser Stickerei und Umlegekragen 2.45
Bluse reine Wolle, auf Futter mit Fasse und Knopfgarnitur 4.50 2.90	Krawatten-, Taschentuch- u. Handschuhkasten Leder, imit. braun und oliv 95	Damen-Nachthemden halbfrei, mit Stickerei-An- und Einsätze u. Banddurchzug 3.75, 4.30
Bluse keine Seide, in dunkeln und hellen Farben, auch Oberhemdenform 8.75 5.75	Straussfeder-Rüsche mit voller Bandgarnitur 2.45	Damen-Nachthemden aus gut. Renforcé m. fein. Stickerei u. Einsätze 2.85
Unterrock in Tuch und Trikot, in verschiedenen Ausführungen 6.75, 4.90 2.95	Damen-Handtaschen in Leder u. Samt 2.45, 2.65 1.95	Damen-Unterröcke m. hoch. Stickerei-Volant und breitem Banddurchzug 4.75
Matinee in Flaneshstoff, Gelsaform, mit Seidenblenden besetzt 3.90	Herren-Socken reine Wolle gestriekt Paar 1.25 95	Garnituren aus feinem Renforcé, m. Stickerei-An- u. Einsätze sowie Banddurchzug 4.95
Modellkleider im Preise bedeutend herabgesetzt.	Directoire-Korsetts sehr preiswert 3.35, 2.65 1.95	Damen-Hemden in der Fasse reiche Hohlraum-Garnitur 1.25
	Gummi Gürtel schwarzer Samt Gummihand gute Qual. m. apertem Schluß 1.75, 1.25 95	Knie Beinkleider mit breiter Stickerei 1.25
		Nachtjacken Barobend m. Langletzen 1.25

Kleiderstoffe	Herren-Artikel	Pelzwaren	Bett- u. Tischwäsche
Kammgarnstoffe "Reine Wolle" mod. Farben, Robe 6 Mtr. 7.50 5.90	Oberhemden Percal-Einsatz in hellen und dunklen Dessins 2.25	Alaskafuchs od. Weissfuchs-Collier imitiert 4.95	Bettbezug m. 2 Kissen aus prima Hemdentuch od. Linon 4.95, 3.85 2.95
Kammgarn-Cheviot "Reine Wolle", Robe 6 Mtr. 7.50 5.90	Oberhemden durchweg Percal, in neuen hellen Dessins 3.95	Moufflon-Stola 5.85	Bettbezug m. 2 Kissen aus prima Elasse, Damast od. Dimiti 6.25, 6.50 5.90
Blusenstoffe Wolle mit Seide u. reinwoll. Streifen, Bluse 2 1/2 Mtr. 3.50 1.95	Bunte Garnituren hell und dunkel Ser-viteur u. Manschetten 1.45, 0.95 0.85	Fehwamme-Krawatten 7.75	Jacquard-Tischtücher für 12 Pers. für 6 Pers. für 4 Pers. 6.95, 4.25, 4.25, 1.95, 1.35
Seidenstoffe mit Streifen u. kar. Muster, Bluse 4 Mtr. 5.90 3.80	Breite Binder die neuest. Farben 1.25, 0.95 0.85	Persianer-Krawatten 1.25	Tisch- u. Kaffee-Gedecke weiß und weiß mit farbiger Kante für 6 Pers. 4.25 2.95
Seidenstoffe schwere Qual., mod. blau-grün kar. u. hübsche Chen-gant-Streifen 7.50 6.50	Gummi-Hosenträger Pa.-Qual. 1.25 0.95	Taschen-Muff imitiert, dazu passend 2.75	Stuben-Handtücher in prima Drell, Gerstenkorn u. Damast, 1/2 Dtd. 3.75, 2.95 1.95
Lindner Körper-Kleider Velvet garantiert Sorfast Mtr. 1.95 1.60	Hosenträger imit. Hodwall 2.00, 1.50 1.25	Kinder-Eisfell-Garnituren 2.95 1.45	Küchen-Handtücher in prima Drell u. Gerstenkorn m. roter Kante 1/2 Dtd. 3.75, 2.95 1.95
Velour du Nord-Samt für Mantel, ca. 80 cm. breit Mtr. 7.50 5.50	Damen-Schirme Fr. Gloria mit Futteral und Armhänger 2.95	Kinder-Eisfell- od. Rodel-Mützen 0.95	Kaffee-Decken hellgründig m. farb. Karolen 2.95, 2.25, 1.95 0.95
Eolienne halbesidene Gewebe in den neuesten Saison-Farben, ca. 110 cm breit, reg. Wert bis 4.25 jetzt 2.95	Herren-Schirme mit kleinen Webefehl., moderne Griffe, reine Seide 3.85	Kinder-Filzhüte reizend garniert 1.75	Taschentücher reinleinen mit Hohlraum 1/2 Dtd. 1.75
		Samt- od. Plüsch-Kinderhüte elegant garniert 4.95	Stickereitücher 3 Stück in Karton 1.95, 1.35 0.48

Ein Posten Erbstüll- u. Spachtel-Stores	Steppdecken	Teppiche enorm billig.	Läuferstoffe
etwas angekauft Wert bis 21.-, jetzt 7.50, 6.25, 4.75	in vielen Farben 5.65, 4.75, 3.25	Größe ca. 130/200 170/240 200/300 250/350	Jute Tapestry 95, 85, 65
Künstler-Gardinen in Alloverneta, Erbstüll, engl. Tüll u. buntes Madras enorm billig.	Handarbeit, Doppelseitig 9.50, 8.75, 7.25	Perser, doppelt 4.75, 7.25	Läuferstoffe Fr. Velour 3.25, 2.65 Fr. Tapestry 1.95, 1.65
	Gobelin-Gewebe, d. p. p. 14.25 11.50	Gobelin Perser 7.50, 14.25, 17.50, 25.25	Bett-Vorlagen und Felle unter Preis.
	Perser Muster 9.50, 7.75, 5.75	Plüsch, gute Qual. 7.75, 13.25, 18.75, 22.50	Ein Posten Plüsch- und Tischdecken zu aussergewöhnlich billigen Preisen.
	Toll-Bettdecken 1- und 2seitig enorm billig.	Fr. Tapestry 8.25, 13.75, 19.50, 29.75	
		Fr. Velour 12.25, 22.50, 31.50, 52.50	

Extra-Angebote für Trikotagen.
 Herren-Normal-Hemden gute Qualität, Stück 1.95, 1.60 1.25
 Herren-Normal-Beinkleider gute Qualität, Stück 1.90, 1.45 1.20

Wilhelm Joseph,

Berlin,
 Grossgörschenstr. 1.
 Schöneberg,
 Hauptstrasse 163.

Sonntag bis 8 Uhr geöffnet.

Billiger Weihnachts-Verkauf

<p>Kleiderstoffe Cheviotstoffe Meter 1.65, 95 Pf. Hauskleiderstoffe doppel-breit Meter 93, 68 Pf. Kostümstoff 130 cm br. Mtr. 2.90, 1.95</p> <p>Lederwaren Brief-Taschen Saffian-See-bundleder 8.50, 7.95, 5.85 Zigarren-Taschen 6.45, 3.85, 2.95 Akten-Mappen 6.85, 5.90, 4.85 Schul-Mappen 4.85, 2.25, 1.85 Besuchstaschen 3.85, 1.95 Album 5.45, 3.85, 2.95 Schreibmappen 3.85, 2.80, 1.95</p> <p>Festung 3.25, 1.85, 95 Pf.</p> <p>Pferde-Stall 1.65, 95, 58 Pf.</p> <p>Kaufmanns-Laden 1.55, 95 Pf.</p>	<p>Puppe aus Zelluloid, mit Haar und Schlaf- augen 95 Pf.</p> <p>Schürzen Weisse Stick-Zierschürzen 1.15 Satin-Teeschürzen 1.35 Damen-Reform-Hänger 1.95 Knaben-Schürzen 85 Pf. Kinder-Hänger 1.35 Blusen-Schürzen 1.85</p> <p>Handtaschen Prima Lederarten 8.75, 4.65, 2.95</p>	<p>Herren-Artikel Breite Binder reine Seide 95 Pf. Westen weiss, bunt 3.85, 2.85 Hosenträger 95, 68, 58 Pf. Nachthemden Ia. Qual. 2.95, 2.45, 1.95 Nachthemd. m. Tasche, reich besetzt 3.45 Oberhemden elegante Muster 2.25</p> <p>Bettwäsche Garnitur 1 Deckb. u. 2 Kissen Linon 3.85 Garnitur 1 Deckb. u. 2 Kissen Renforcé 4.25 Garnitur 1 Deckb. u. 2 Kissen Damast 6.25</p> <p>Stubenhandtücher Drellgewebe 48 x 110 1/2 Dtd. 3.25 Gerstenkorn 48 x 110 ges. 1/2 Dtd. 3.85 Reinleinen 90 x 120 1/2 Dtd. 3.95 Jacquard 1/2 Dtd. 2.95</p> <p>Eisenbahn mit Schienen u. Aufschieben 98 Pf.</p> <p>Automobil zum Aufschieben 95, 58 Pf.</p> <p>Kino mit Film 1.95</p>
--	---	--

Lachmann u. Scholz

Turmstr. 76
 Ecke Ottostr.

Sonntag von 8-10 u. von 12-8 Uhr geöffnet.

Puppenklinik!
Puppengelegenheitskauf!
Wegen Platzmangel verkaufe doch
fähige Puppen zu bedeutend
herabgesetzten Preisen.
Otto F. Kafka, Neukölln,
Erktr. 3, Hofparterre.
Anfertigung sämtl. Quarbeit.

Schuhvertrieb Turmstraße 37 Hofparterre.
Jedes Paar 2-4 M. billiger als in Ladengeschäften. Verkauf aller
Sorten Schuhwaren vom Einfachsten bis zum Elegantesten zum
Selbstkostenpreis und nur 7 1/2 Proz. Aufschlag. — Damenstiefel
von 5,90-11,35 M. Herrenstiefel von 4,70-11,35 M. Kinderstiefel
billig. — Besichtigung jedermann gestattet.

Gustav Schoder
Goldschmiedemeister.
Eigene Werkstatt.
Reichhaltiges Lager
von
**Gold, Silber,
Uhren**
BERLIN S.,
Oranienstraße 155/156.
Telephon: Mpl. 2107.
Gegründet 1872.

WOLL-FRICKE
Oranien
Str: 11

**Die schönsten
Weihnachts-Präsente!**

Schlafröcke u. Smokings weiche wollige Stoffe von **10.50 M. an**
Phantasie-Westen wunderbar Dessins . . . von **2.90 M. an**
Loden-Pelerinen wasserdicht mit Kapuze . . . von **8.50 M. an**
Gummi-Mäntel garantiert echt englisch . . . von **10.50 M. an**
Loden-Joppen warm gefüttert . . . von **5.90 M. an**
Herren-Hosen neueste Musterung . . . von **2.50 M. an**
Prinz Heinrich Knaben-Anzug, blauer Cheviot . . von **7.50 M. an**
Pyjack m. Armat. warm gefüttert, blauer Cheviot . von **3.50 M. an**

ULSTER Paletots und Anzüge sind
im Preise ganz bedeutend
herabgesetzt von M. **15.50..**

August Schega
vorm. A. Wormann G. m. b. H. o Kottbuser Damm 77

Füllten:
W. 35, Lützowstraße 80
Telephon: Lützow 5972
Schöneberg, Hauptstr. 142
Telephon: Lützow 8256
Charlottenburg,
Wilmsdorfer Straße 39
Telephon: Wilm. 4390.

Fahrräder: : Gramophone
Nähmaschinen
Sämtliche Zubehörlteile.
Eigene Reparatur-Werkstätten.
Verkauf gegen bar sowie Teilzahlung.
Fritz Magdeburg,
1. Geschäft: Baumschulenweg,
Baumschulenstr. 93 B.
Über-Schönevide,
Edisonstr. 54.

Das neue Geschäftshaus

**Eingang: nur
Ecke Dresdener Strasse**
Wir unterhalten keine Filialen!

Sonntag von 8-10 und 12-8 Uhr geöffnet.

Am Oranienplatz Ecke Dresdener Str.
Billige Weihnachts-Angebote!

ULSTER Die letzten Neheiten in Stoffen und Machart. I- und II-reihig 75, 65, 58, 50, 45, 40 36, 33, 30, 26, 24 u. 20 M.	PALETOTS In Qualitäten in Double-Eskimo, Chev. u. P. auf Seide. I- u II-reih. 75, 68, 60, 55, 48, 45 40, 36, 33, 28, 24, 20 u. 18 M.	ANZUGE Die neuesten Stoffe u. Fassons in erstklass. Verarbeitung I- u II-reih. 70, 62, 58, 52, 48 42, 36, 33, 30, 26 u. 24 M.
--	---	--

Loden-Joppen prima Qualitäten mit gutem, warmem Futter **8.00**
M. 24 CO, 20.00, 16.50, 14.00, 12.00, 10.00

Jünglings- u. Knabenkleidung die letzten Neuheiten in
größter Auswahl enorm billig
Aussergewöhnlich billig

Hocheleg. Beinkleider u. Phantasie-Westen
Vom billigsten bis zu dem feinsten Genre

HEITINGER & Co. Deutsche
Compagnie
Größtes Spezialhaus des Südens u. Südostens für moderne Herren- u. Knabenkleidung

Praktische u. enorm billige Weihnachtsangebote

Unser Geschäftshaus ist Sonntag von 8-10 und von 12-8 Uhr ab. geöffnet.

Wäsche

Schulterschluß-Hemden prima Hemden-
tuch, mit gestickter Passe und Lan-
gette 2.45 1.95

Schulterschluß-Hemden prima Hemden-
tuch, mit Stickerei-Einsatz, Hohlraum
und Langette 2.25 2.45

Phantasie-Hemden mit reicher Stickerei-
garnierung und Band-
durchzug 2.25 1.95

Beinkleider Knieform, in Sommer- oder
Winterstoffen, mit Stickerei
oder Langette 2.75 2.35 2.10

Beinkleider Passenform, in Sommer- oder
Winterstoffen, mit Stickerei
oder Langette 2.90 2.30 1.50

Garnitur: Hemd und Beinkleid
m. reicher Stickerei-Garnierung u. Band-
durchzug 9.90 7.50 6.25 4.95

Taschentücher

Weiß Batist mit Hohlraum und gestickten
Buchstaben 1/2 Dutzend 95

Batist mit Hohlraum u. gestickten Buch-
staben, im Karton 1/2 Dutzend 1.70

Herren-Buchstaben-Tücher
Linen, gewaschen 1/2 Dutzend 1.95

Kinder-Taschentücher weiß und weiß
mit roter Kante und gestickten Buch-
staben 1/2 Dutzend 85

Taschentücher in ausgew. Linen für
Damen u. Herren 1/2 Dtz 95

Taschentücher in Pa. Halbleinen f. Damen
und Herren 1/2 Dtz. 1.95

Taschentücher in Reinleinen für Damen
und Herren 1/2 Dtz. 2.65

Kindertaschentücher Stück 13, 10

Damen-Konfektion

Toll-Blusen weiß u. creme, äußerst schick
9.75 6.45 5.75

Seiden-Blusen halbfrei und geschlossen,
schön. Fass. 22.50 17.75 12.50

Samt-Blusen flotte Ausführungen, enorm
billig 15.75 9.85 6.85

Morgenröcke Flausch u. Velours, in allen
Farben 14.75 10.50 5.45

Flausch-Matinés m. Seidenbl., sehr kleid-
sam u. moll. 12.90 6.75 3.95

Kleiderstoffe

in eleganter Weihnachts-Präsent-Karton-Packung

Wollstoff-Robe Robe 5 Meter, doppeltbr. Serge
in vielen Farben 6.75

Wollstoff-Robe Robe 5 Meter, doppeltbr.
Popeline, schwarz u. farbig 8.00

Kostumstoff-Robe Robe 6 Meter, doppeltbr.,
schwere Qualität 5.70

Kostumstoff-Robe Robe 4 Meter, ca. 130 br.,
schwere Qualität 7.80

Waschseide hellfarbige Streifenmuster,
Bluse 2 1/2 Meter 2.35

Messalinenseide moderne Breitenmuster,
Bluse 2 1/2 Meter 3.75

Merveilleuxseide mit modernen Mustern,
Bluse 3 Meter 4.95

Phantasietücher Madeira-Imitation und
handgestickte Ecke
3 Stück im Karton 75 Pf.

Madeiratücher Reinleinen, mit hand-
gestickter Ecke Stück 95

Schweizer Batisttücher m. eleg. Stickerei
Stück 35 Pf.

Schweizer Stickereitücher m. modernen
Schmetter-
lingsmotiven Stück 50, 40

Seidentücher einf. u. gemust. f. Damen
und Herren Stück 95, 35

Kostüm-Röcke einfarbig und meliert, moder-
nat. Schnitt. 12.50 8.75 6.50

Moiré-Unterröcke größte Auswahl, gute
Verarbeit. 8.50 6.75 5.95

Tuch-Unterröcke letzte Neuheiten, solide
Qualitäten 10.50 6.50 4.25

Trikot-Unterröcke äußerst praktisch u. an-
genehm 9.75 7.75 3.25

Golf-Jacken in weiß und farbig, kleidsame
Fassons 22.00 15.00 12.50

Zephir-Robe Robe 7 Meter, gestreifte helle
Muster 2.65

Gingham-Robe Robe 6 Meter, für Servier-
kleider, ca. 95 cm breit 4.50

Blusenstoff 2 1/2 Meter, gestreift und mit
Bordüre 2.35

Blusenstoff 7 1/2 Meter, entzückende Streifen
in vielen Farben 3.00

Seiden-Samt sehr gediegene Qualitäten,
hübsche Farb. Bluse 3 Mtr. 3.75

Changeant rayé-Samt i. hochpart. Farben-
stell. Bluse 3 Mtr. 4.25

Seiden-Velours sehr haltb. Qual., aparte
Linienstreif. Bluse 2 1/2 Mtr. 4.75

Pelzwaren

Nerzmurmel-Stola 14.50

Nerzmurmel-Krawatten 17.50 13.50

Seal-Kanin-Stola m. Rückengarnit. 28.50 12.50

Mufflon-Kollier 4.50 3.25

Mufflon-Stola 9.50 7.50

Pelzwaren

Feehwamme-Krawatte 8.75 5.00 3.95

Hermelin-Imit.-Krawatte 9.50 7.50 4.75

Persianer-Imit.-Krawatte 5.50 3.75 2.45

Persianer-Imit.-Muff große mod. Form
12.50 8.75

Kinder-Garnituren

Eisbär-Imit. garniert 4.75 3.45 2.25

Schneehase-Pelz 8.75 5.75

Mufflon-Pelz 6.90

Hermelin-Imit. 5.50 5.50

Schürzen

Blusen-Schürzen für Damen, Pa. Haustuch,
reich garn. 1.95 1.75 1.45

Reform-Hänger für Damen, mit Volant
2.45 1.95

Kleider-Schürzen für Damen, mit Russen-
arm 4.75 3.90

Haus-Schürzen f. Damen, m. Vol. u. Tasche
vollkommen weit 1.45 1.25

Schmuck-Schürzen f. Dam., weiß, reich m.
Stück garn. 1.85 1.65 1.25

Schmuck-Schürzen für Damen, dunkel gem-
must. Satin, Empire-
u. Blusenform 1.75 1.45

Kinder-Schürzen reizende Neuheiten in allen
Größen und Preislagen.

Schirme

Damen-Schirme Gloria mit Natur oder
Phantasiekrücke 2.90

Damen-Schirme Halbseide, m. Futteral,
apart Stocksortiment 4.75 3.75

Damen-Schirme Halbseide, m. Futteral,
in Malacca, Horn- oder
Stahlkrücken 6.50 5.50

Damen-Schirme reine Seide, m. Malaccakr.
u. Futteral, haltb. Qualität
reine Seide, Taffet oder
Serge, aparte Phantasie-
krücken 15.00 10.50

Herren-Schirme Gloria 3.25 2.00

Herren-Schirme Halbseide mit Futteral
5.50 4.75 3.75

Herren-Schirme Reine Seide m. Malacca-
krücke und Futteral 8.50 6.50

Herren-Schirme Reine Seide, Taffet oder
Serge 15.00 12.00 10.50

Große Puppen- und Spielwaren-Ausstellung in den gesamten Räumen der vierten Etage

Neukölln H. JOSEPH & Co. Neukölln
Berliner Straße 54-55 Jäger-Straße 1-2
Berliner Straße 54-55
Jäger-Straße 1-2

Kottbuser Damm 78

Leske & Lehrer

Kottbuser Damm 78

Grosser Weihnachtsverkauf zu bedeutend ermässigten Preisen

Paletots und Ulster enorme Auswahl
 60⁰⁰ 55⁰⁰ 50⁰⁰ 45⁰⁰ 40⁰⁰ Mark
 35⁰⁰ 30⁰⁰ 25⁰⁰ 20⁰⁰ 15⁰⁰ Mark

Rock-Anzüge neueste Farben
 55⁰⁰ 50⁰⁰ 46⁰⁰ 42⁰⁰ 40⁰⁰ Mark
 38⁰⁰ 36⁰⁰ 34⁰⁰ 32⁰⁰ 28⁰⁰ Mark

Knaben-Anzüge u. Paletots neueste Fassons
 18⁰⁰ 17⁰⁰ 16⁰⁰ 15⁰⁰ 14⁰⁰ 13⁰⁰ 12⁰⁰ Mark
 11⁰⁰ 10⁰⁰ 9⁰⁰ 8⁰⁰ 7⁰⁰ 6⁰⁰ 5⁰⁰ Mark

Jackett-Anzüge neueste Stoffe und Schnitte
 55⁰⁰ 50⁰⁰ 46⁰⁰ 42⁰⁰ 36⁰⁰ Mark
 34⁰⁰ 30⁰⁰ 26⁰⁰ 22⁰⁰ 18⁰⁰ Mark

Gehrock-Anzüge tadellose Passform
 70⁰⁰ 60⁰⁰ 55⁰⁰ 50⁰⁰ 48⁰⁰ Mark
 45⁰⁰ 40⁰⁰ 36⁰⁰ 30⁰⁰ 27⁰⁰ Mark

Winter-Joppen doppelter Brustüberschlag
 26⁰⁰ 24⁰⁰ 22⁰⁰ 20⁰⁰ 18⁰⁰ 16⁰⁰ Mark
 14⁰⁰ 12⁰⁰ 10⁰⁰ 9⁰⁰ 8⁰⁰ 6⁰⁰ Mark

Moderne Hosen neuzeitige haltb. Stoffe
 18⁰⁰ 16⁰⁰ 15⁰⁰ 14⁰⁰ 13⁰⁰ 12⁰⁰ Mark
 10⁰⁰ 8⁰⁰ 6⁰⁰ 5⁰⁰ 4⁰⁰ 3⁰⁰ Mark

Smoking- u. Frack-Anzüge fertig am Lager
 70⁰⁰ 65⁰⁰ 60⁰⁰ 55⁰⁰ 50⁰⁰ 45⁰⁰ Mark

Schlafröcke u. Joppen mollige Stoffe
 45⁰⁰ 40⁰⁰ 36⁰⁰ 30⁰⁰ 26⁰⁰ Mark
 22⁰⁰ 20⁰⁰ 18⁰⁰ 16⁰⁰ 14⁰⁰ Mark

Praktische Weihnachtsgeschenke! Phantasiewesten in Wolle u. Seide 12, 11, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 M.
 Gratis! erhält jeder Herr beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine elegante Phantasieweste. Gratis!

Für den Weihnachtsbedarf

empfehlen wir als passende Geschenke

Herren- und Knaben-Kleidung

zu ganz besonders billigen Preisen.

Herren-Anzüge
 15⁰⁰ 17⁰⁰ 19⁰⁰ 23⁰⁰ 26⁰⁰ 29⁰⁰
 33⁰⁰ 36⁰⁰ 39⁰⁰ 43⁰⁰ 46⁰⁰—54⁰⁰

Schlafröcke
 10⁰⁰ 14⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁰⁰ 20⁰⁰
 23⁰⁰ 26⁰⁰ 39⁰⁰ 43⁰⁰ 46⁰⁰

Herr.-Paletots, Ulster
 15⁰⁰ 17⁰⁰ 19⁰⁰ 23⁰⁰ 26⁰⁰ 29⁰⁰
 33⁰⁰ 36⁰⁰ 39⁰⁰ 43⁰⁰ 46⁰⁰—54⁰⁰

Haus-Jacken
 8⁰⁰ 10⁰⁰ 12⁰⁰ 14⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁰⁰
 20⁰⁰ 22⁰⁰ 24⁰⁰ 26⁰⁰ 29⁰⁰

Herren-Hosen
 2⁰⁰ 3⁰⁰ 4⁰⁰ 5⁰⁰ 6⁰⁰ 7⁰⁰
 8⁰⁰ 9⁰⁰ 10⁰⁰ 11⁰⁰ 12⁰⁰—22⁰⁰

Jünglingsanzüge
 12⁰⁰ 14⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁰⁰ 20⁰⁰ 22⁰⁰
 24⁰⁰ 26⁰⁰ 28⁰⁰ 30⁰⁰ 32⁰⁰ 34⁰⁰

Herren-Westen
 2⁰⁰ 3⁰⁰ 4⁰⁰ 5⁰⁰ 6⁰⁰ 7⁰⁰
 8⁰⁰ 9⁰⁰ 10⁰⁰ 11⁰⁰ 12⁰⁰—16⁰⁰

Jüngl.-Paletots, Ulster
 10⁰⁰ 11⁰⁰ 12⁰⁰ 14⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁰⁰
 20⁰⁰ 22⁰⁰ 24⁰⁰ 26⁰⁰ 28⁰⁰—32⁰⁰

Großes Lager in Knaben-Anzügen, Paletots und Pyjacks zu außergewöhnlich niedrigen Preisen

H. Oetken & Co

BERLIN SO, Oranienstr. 166 Nähe Oranienplatz

Sonntag von 8—10 und 12—8 Uhr geöffnet.

Verkaufsstellen:

Nogatstraße 19-20
 Weisestraße 32
 (Ecke Leinestraße)
 Weisestraße 9
 Steinmetzstraße 102
 Hobrechtstraße 77

Nicht für Wiederverkäufer.

Verkaufsstellen:

Donaustraße 114
 Weserstraße 52
 Bergstraße 151-152
 Wipperstraße 20
 Niemetzstraße 4
 Hermannstraße 36

Nur so lange Vorräte reichen.



Back-Artikel

ff. Weizenmehl 000 Pfd. 17 Pf.

Feinstes Kaiser-
 auszugmehl „ 20 „

Allerfeinstes Viktoria-
 Auszugmehl

5 Pfd.-Leinenbeutel 110 „

10 „ „ 215 „

Rosinen, feine Pfd. 45 „

Rosinen, feinste „ 55 „

Sultaninen, feine „ 68 „

Sultaninen, feinste „ 76 „

Korinthen, feine „ 40 „

Korinthen, feinste „ 44 „

Mandeln, feine „ 135 „

Mandeln, feinste „ 140 „

Mandeln, bittere „ 140 „

Backmehl^{fertig gemischt} Pak. 30 Pf.

Backpulver Paket 6 „

Vanillin-Zucker „ 6 „

Vanille Stange 6 u. 10 „

Kuchengewürz-Öl Fl. 6 „

Zitronen-Öl-Essenz „ 6 „

Zitronen Stück 4 „

Zitronat, feinste Succade Pfd. 80 „

Margarine, Reik-Extramarkte Pfd. 100 „

Margarine, Reik I „ 79 „

Margarine, Reik-Pflanzenbutter „ 80 „

Unsere Margarine ist aus feinsten Rohstoffen hergestellt und eignet sich besonders gut zum Braten und Backen.

Palmutter 1 Pfd.-Tafel 68 Pf.

Palmutter 1/2 „ „ 35 „

Auf sämtliche vorstehenden Artikel noch **10% Rabattmarken**

Von Sonnabend, 14. Dezember ab, erhält außerdem bis auf weiteres jeder Käufer auf jedes Pfund

Reik-Margarine

eine Tafel extrafeine Vanille-Schokolade

gratis!

Gebser, Schwanke & Co., G. m. b. H.

Grosse Weihnachts-Gratis-Bescherung!

Jeder Käufer, ob alter oder neuer Kunde, hat das Recht, sich ein Weihnachtsgeschenk aussuchen In jedem Artikel Auswahl wie in Spezialgeschäften!

Sonntags geöffnet von 8-10 u. 12-8 Uhr

Ständiges Lager, ca. 1500 Piecen
 Herron-Jackett-Anzüge von M. 20 an
 Herren-Paletots von M. 25 an
 Herren-Ulster von M. 30 an
 Herren-Gehrock-Anzüge von M. 50 an
 Damen-Kostüme von M. 20 an
 Damen-Jackette von M. 18 an
 Damen-Ulster von M. 25 an
 Damen-Blusen u. Halms von M. 5 an

Niedrigste Anzahlung Nur beste Arbeit **Damen-Pelzsachen** in Skunka, Nerz, Tibet etc. in reichster Auswahl **Elegantester Schnitt**

Wochenrate von 1 M. an

Credithaus Moabit
 Turmstr. 55 Ecke Waldstr.